

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Beziehungen:
 Abonnementspreis: monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband in Deutschland und Oesterreich 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erklingt täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichts-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 26. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Aufklärung.

Vor dem Parteitage in Jena, in gemeinschaftlichen Sitzungen des Parteivorstandes, der Preßkommission und Redaktion am 1. und 8. September, wurden unter allseitiger Zustimmung die Redaktionsverhältnisse geregelt, nachdem sich die Notwendigkeit herausgestellt hatte, für die Differenzen der Mehrheit und der Minderheit der Redaktion einen Weg des Ausgleiches zu schaffen.

Die Vorgänge auf dem Parteitage in Jena, wo übrigens in den zur Debatte stehenden Parteifragen die Anschauungen der „Vorwärts“-Mehrheit durchweg als Vormeinung anerkannt worden sind, wurden allgemein so aufgefaßt und mühten so aufgefaßt werden, daß sie den Abschluß der leidigen internen Parteistreitigkeiten bedeuteten.

Trotzdem begann unmittelbar nach dem Parteitag der Vorstand geheime Beratungen zunächst mit den Parteifunktionären von Groß-Berlin, sodann mit der Preßkommission. Für diese Sitzungen, die unter Ausschluß der Redaktion stattfanden, wurde strenges Schweigegebot auferlegt — eine Methode, die in der Partei wohl noch niemals angewendet worden ist.

In diesen Geheimnissen machte der Parteivorstand zunächst den Vorschlag, zwei Redakteure des „Vorwärts“ sofort, einen dritten bei Gelegenheit zu kündigen. Als Ersatz wurde u. a. der Genosse **Stabthagen** für die Bearbeitung der kommunalen z. Angelegenheiten in Aussicht genommen. Ferner sollte die Genossin **Luzemburg** mit dem Recht einer gewissen Zwangsaufnahme ihrer Artikel und einem Privileg hinsichtlich der redaktionellen Kontrolle als ständige Mitarbeiterin eingestellt werden. Außerdem wurde in der ersten Sitzung des Parteivorstandes und der Preßkommission der jetzige Korrektor des „Vorwärts“ **Fälle** für einen Redaktionsposten auszuwählen, der seit Jahren hinter dem Rücken der Redaktion Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung“ ist. Die Preßkommission schlug dann ihrerseits die Kündigung eines anderen Redakteurs vor.

Für die unterzeichneten Redakteure war weder die grundlose Kündigung der für diese Aktion aussergewöhnlichen Kollegen noch die Aufdrängung eines mit Ausnahmestellung ausgestatteten Mitarbeiters, noch endlich die Einstellung Stabthagens annehmbar, weil, abgesehen von anderen Gründen, ein geistliches kollegiales Zusammenarbeiten unmöglich schien. Die geplanten Kündigungen mühten sie gerade deshalb als willkürliche Maßregelungen auffassen, weil die für die politische Haltung des Blattes in erster Linie verantwortlichen Kollegen auf der Vorschlagsliste des Vorstandes nicht standen.

In dessen waren diese falschen Einwendungen gegen die geplanten, zwar geheim gehaltenen, den Redakteuren aber doch bekannt gewordenen Veränderungen im Personal des „Vorwärts“ zunächst für die Unterzeichneten noch nicht entscheidend. Was die unterzeichneten Redakteure aber sofort zum schärfsten Protest herausforderte, war das in der Geschichte des „Vorwärts“ und der Parteipresse noch nicht erhörte formale Verfahren des Parteivorstandes. Bis hierher wurden alle Angelegenheiten der Redaktion in gemeinsamen Beratungen von Vorstand, Preßkommission und Redaktion, unter gelegentlicher Hinzuziehung der Funktionäre, beraten und entschieden. So lange Liebnecht lebte, unter dessen Leitung übrigens die Redaktion bereits genau in derselben Weise demokratisch organisiert war, wie gegenwärtig, hatte er nach dem Beschluß des Halleischen Parteitages das Recht der Teilnahme an den Sitzungen des Vorstandes. Nach seinem Tode wurde das gleiche Recht einem Vertreter der Gesamtkommission eingeräumt und auch bei redaktionell interessierenden Anlässen ausgeübt. Niemals aber wurde die Redaktion von den gemeinsamen Beratungen der Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts“ über Angelegenheiten der Redaktion ausgeschlossen.

Die unterzeichneten Redakteure wurden nun zu der ersten Sitzung des Parteivorstandes und der Berliner Funktionäre am 2. Oktober, in der ohne bestimmte Vorschläge im allgemeinen scharfe Maßregeln angekündigt worden sind, überhaupt nicht eingeladen. Zur ordentlichen Sitzung der Preßkommission am 6. Oktober war die Redaktion formell eingeladen, sie erschien auch, es wurde ihr aber, nachdem offenbar der Vorstand seinen Wunsch kundgegeben, allein mit der Kommission zu verhandeln, bedeutet, daß sie sich zu entfernen habe. Ueber diese Verhandlungen wurde strenges Schweigegebot den Teilnehmern auferlegt.

Da die unterzeichneten Redakteure nicht zu den Teilnehmern gehörten, waren sie an das Schweigegebot nicht gebunden. Und da sie inzwischen erfahren hatten, daß es sich um wichtige Veränderungen in der Redaktion handelte, erhoben sie am 10. Oktober beim Parteivorstand Protest gegen ihre Nichtbeteiligung. Niemand bestreitet dem Vorstand das Recht in Gemeinschaft mit der Preßkommission die schließlichen Entscheidungen zu treffen, auch unverbindliche Vorberatungen im engeren Kreise zu pflegen, es ist aber nicht nur bisher durchgängiger parteigenösslicher Brauch gewesen, es ist nicht nur parteiprogrammatische Forderung, sondern es bedingt auch die Würde der Parteipresse, daß ohne ethische Hinzuziehung der zunächst Beteiligten keine ernstlichen Vorschläge und Entschlüsse zur Reife gelangen dürfen.

Erst am 18. Oktober gab uns der Vorstand auf unseren Protest vom 10. Oktober Bescheid. Genosse **Pfannkuch** gab uns mündlich die überraschende Auskunft, daß es das gute Recht des Vorstandes sei, nicht nur ohne unsere Anhörung zu entscheiden, sondern auch ohne uns die Beratungen zum Abschluß zu führen. Er fügte hinzu, daß in unserem Falle von diesem guten Rechte Gebrauch gemacht worden würde. Dieser mündliche Bescheid klang uns so ungeheuerlich, daß wir noch am selben Tage (16. Oktober) um schriftliche Fixierung und zugleich um eine Konferenz mit dem Parteivorstand ersuchten, in der wir wenigstens die Gründe für das geheime

Verfahren zu hören wünschten. Am 17. Oktober wiederholten wir dieses Ersuchen, unter eingehenden Darlegungen über die bisherige moralische und rechtliche Stellung der Redaktion gegenüber den Aufsichtsinstanzen.

Am 19. und 20. Oktober hatten weitere — mit Schweigegebot ausgestattete — Verhandlungen der Aufsichtsinstanzen stattgefunden — ohne Hinzuziehung der Redaktion.

Am 20. Oktober, abends 9 Uhr, überreichte uns Genosse **Pfannkuch** endlich den schriftlichen Bescheid auf unseren Protest. Er bekräftigte in bürren Worten, daß es tatsächlich die Auffassung des Vorstandes sei, daß bei solchen Entscheidungen die Redaktion nicht einmal gehört zu werden brauche. Eine Konferenz die, wie erwähnt, lediglich dem Zwecke dienen sollte, die Gründe für die Geheimhaltung zu erfahren, wurde bewilligt, aber nur unter der Bedingung, daß die Gesamtkommission daran teilnehmen, also auch die Kollegen, die unserer dringenden Aufforderung, sich dem Protest gegen das formale Verfahren anzuschließen, nicht nachgekommen waren. Wir haben schon in unserem die Kündigung begründenden Schreiben an den Parteivorstand hierzu ausgeführt, es sei selbstverständlich, daß nach unserer Meinung alle Redakteure zu den Beratungen in allen Stadien der Verhandlungen zugezogen werden mühten. Als Bedingung der Konferenz aber die Teilnahme aller Redakteure zu stellen, das könnten wir nur als Verhöhnung der Mehrheit auffassen, da wir keinen Einfluß auf die Entschlüsse der Minderheit hätten.

Diese Prinzipienklärung, die im Widerspruch mit der ganzen bisherigen Parteipraxis steht, veranlaßte noch am selben Abend die noch anwesenden Kollegen, ihre Kündigung zu beschließen und die Begründung dieses Schrittes schriftlich zu fixieren. Ausschlaggebend war für sie die Erkenntnis, daß mit dieser neuen Auffassung die Freiheit und Unabhängigkeit der Presse bedroht, wenn nicht vernichtet sei, die bisher der schönste Stolz der Partei gewesen und allein den Redakteuren das moralische Recht gab, die Würdelosigkeit und Abhängigkeit des kapitalistischen Preßbetriebes zu geißeln.

Drei Redakteure erklärten sich noch am 20. Oktober entschlossen, unverzüglich zu kündigen, im Laufe des folgenden Tages wurden die drei anderen unterrichtet und schlossen sich dem Vorhaben an. Am Nachmittage berieten die sechs Kollegen nochmals gründlich die Angelegenheit. Inzwischen war uns bekannt geworden, daß Parteivorstand und Preßkommission sich am 20. Oktober wieder in einer Geheimnisung unter Ausschluß der Redaktion geeinigt hatten, einer Konferenz aller Parteifunktionäre Groß-Berlins den Vorschlag zu unterbreiten, der Gesamtkommission zu kündigen, jedem einzelnen aber freizustellen, sich wieder zu bewerben. Dieser Vorschlag wäre voraussichtlich bereits am Montag angenommen worden. Alle diese verhängnisvollen, unerhörten Pläne wurden geschmiedet, ohne daß die krettere Parteipresse überhaupt eine Ahnung hatte. Nicht einmal die Kreisleiterperschaften, denen sonst jede geringfügigste Gehaltsaufbesserung unterbreitet wird, waren in Vertrauen gezogen worden. Unter diesen Ausnahme-Umständen empfanden wir es als unsere Pflicht der Partei gegenüber, die Massen unserer Genossen zu unterrichten. Daher entschlossen wir uns, nicht nur unsere Kündigung sofort einzureichen, sondern auch unsere Kündigung unverzüglich der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Wir übertrieben vielleicht unsere Maßnahme, indem wir auch von der Absicht der Veröffentlichung den Parteivorstand vorher rechtzeitig in Kenntnis setzten. Am Sonntag erschien so die Notiz, die unsere Kündigung mitteilte.

Am folgenden Montag ließen wir unserem Kündigungsschreiben eine ausführliche Begründung folgen. Am selben Abend sahen die Funktionäre von Groß-Berlin den bekannten Beschluß; auch zu dieser Sitzung war die Redaktion nicht hinzugezogen. Tags zuvor fand, wie noch erwähnt sei, eine Zusammenkunft des erweiterten Vorstandes eines Kreises statt, zu der zufällig einer der Unterzeichneten delegiert war. Auf dieser Zusammenkunft gab der Kollege eine ausführliche Darstellung des Sachverhalts mit dem Ergebnis, daß die mehr als hundert Delegierten einstimmig die Einberufung einer Sitzung verlangten, zu der die Redaktion hinzugezogen werde. Die einzige Gelegenheit also, wo ein Redakteur sich äußern konnte, führte zu dem Ergebnis, daß die Beschwärde der Redakteure einstimmig als berechtigt anerkannt wurde. Der Protest von **Zeltow-Beckow** wurde am Montag in der Sitzung der Gesamtkommission beraten, und gegen 12 Stimmen abgelehnt, die Redakteure hinzuzuziehen, nachdem sie gekündigt hätten.

So entwickelte sich diese ganze Angelegenheit von Anfang bis zu Ende, ohne daß die zunächst beteiligten Redakteure trotz aller Proteste von den Aufsichtsinstanzen gehört wurden, ohne daß sie einen einzigen Grund für das in der Partei beispiellose Verfahren erfuhren!

Berlin, 25. Oktober 1905.
Hüttner, Eisner, Grabnauer, Kaliski, Schröder, Wegler.

Erklärung.

Auf den vorstehenden „Aufklärung“ überschriebenen Artikel haben wir zu erwidern, daß wir gemäß dem Beschluß, der in der Sitzung der Parteifunktionäre, der Genossen von Berlin und Umgebung in Gemeinschaft mit uns am 20. d. Mis. gefaßt wurde, und vorläufig jeder Nichtbeteiligung und Entgegnung enthalten.

Der hier in Frage kommende Beschluß lautet:
 „Den Parteigenossen soll über die Vorgänge, die zur Kündigung der genannten sechs Genossen und zu dem heutigen Beschluß führten, öffentlich Auskunft gegeben werden, sobald die Verhältnisse in der Redaktion geordnet worden sind.“

Hiernach ersuchen wir die Parteigenossen und die Parteipresse dringend, ihr Urteil über die Vorgänge im „Vorwärts“ bis zu der von uns in Aussicht gestellten Darlegung zurückzustellen.

Es bedarf nicht erst der Versicherung, daß die Berliner Parteifunktionäre und der Parteivorstand sich bei ihrem Handeln sich voll der Verantwortung bewußt waren, die sie der Gesamtpartei gegenüber tragen.

Selbstverständlich ist, daß die Teilnehmer der Versammlung, bevor sie ihren Beschluß faßten, Kenntnis von dem Wortlaut des Preiswechsels genommen hatten, welcher zwischen den Genossen im „Vorwärts“, die gekündigt haben, und uns geschlossen wurde.

Berlin, den 25. Oktober 1905.
Der Parteivorstand.

Wir haben hierzu vorläufig zu bemerken, daß wir selbstverständlich nicht in der Lage sind, mit der Aufklärung der Gründe, aus denen wir gekündigt haben, vor den Parteigenossen zu warten, bis die Verhältnisse in der Redaktion geordnet worden sind. Dies bedeutet, der Vorstand will die Aufklärung erst dann geben, wenn die beteiligten Redakteure nicht mehr in der Redaktion sind und die Darlegung ihres Rechtes nicht mehr unmittelbar veranlassen können. Außerdem erhebt bereits die Parteipresse mit Fug den Anspruch auf sofortige Aufklärung!

Die beteiligten Redakteure.

Eine neue Epoche der russischen Revolution.

Es scheint in der Tat, als ob eine neue Epoche der revolutionären Bewegung in Rußland angebrochen sei. Wenn die höfische und bürokratische Camarilla geschoßt hatte, daß nach der Beendigung des schmachwürdigen Krieges in Ostasien, dessen frivole Anzettelung durch die Revolution beantwortet worden war, die Masse des russischen Volkes wieder in den Zustand der lethargie zurückfallen würde, so hat sie sich bitter getäuscht. Der schmachvolle Zusammenbruch des Zarismus in Ostasien hat im Gegenteil die Erbitterung des Volkes gesteigert und die revolutionäre Tatkraft zu energischer Betätigung entflammt. Die entsehligen Aberlassen, die die zarische Soldateska an dem Volke vorgenommen hat, haben nur neuen Haß, neuen Ingrimm gefaßt. Und die Bewegung, die vielfach sporadisch, ohne Zusammenhang, ohne klaren politischen Erkenntnis bald hier, bald da aufgeflakert war, hat dank der rastlosen politischen Aufklärung, die namentlich durch die sozialistische Agitation verbreitet worden ist, an Zusammenhang, Organisation und politischer Einsicht außerordentlich gewonnen. So schwer auch die Massen der Industriearbeiter unter den zahllosen Ausständen, Aussperrungen und Raffazern zu leiden hatten: ihre Kampfesenergie ist, das zeigen die Vorgänge der letzten Zeit und namentlich dieser letzten Tage, nicht nur nicht gebrochen, sondern im Gegenteil durch all die opferreichen Kämpfe nur gestärkt worden. Wenn wir die Angelegen richtig deuten, rüstet sich das russische Proletariat zu entscheidenderen Kämpfen, als sie bisher je geführt worden sind. Ein universeller Ausstand droht den ganzen Staatsorganismus, der ohnehin in allen Fugen kracht, zu erschüttern. Und die Pioniere dieses Kampfes sind diesmal die Eisenbahnangestellten, die bereits an vielen Orten, darunter den wichtigsten des Reiches, in den Generalstreik eingetreten sind. Was als das Erfreulichste an diesem Kampfe ist, ist die anscheinend so große politische Klarheit und Energie, mit der der Kampf um die Erringung politischer Freiheiten geführt wird.

Bevor die Eisenbahner zum äußersten, zur Stilllegung des Verkehrs schritten, wandten sie sich erst noch einmal an den Verkehrsminister Fürsten **Chilkow** und den Präsidenten des Ministerkomitees, **Herrn Witte**, um ihre Forderungen vorzutragen und auf deren Erfüllung zu dringen. Herr Witte ließ wiederum alle diplomatischen Künste spielen, aber er konnte doch den konkreten Forderungen der Arbeiter gegenüber nicht umhin, sein wahres Gesicht zu zeigen. Herr Witte hatte noch in den letzten Tagen englische Berichterstatter dazu gebraucht, um sich als Fortschrittmann vom reinsten Wasser ausposaunen zu lassen, der all seinen Einfluß bei dem Jaren dazu bemühen werde, um ausgebreitetste Volksfreiheit durchzuführen. Der Deputation der Eisenbahner gegenüber mußte er, trotz aller glatten Redensarten, erklären, daß keine Aussicht sei, daß die Forderung des allgemeinen gleichen Wahrechtes erfüllt werden könne. Damit war für die Massen die Frage, ob der Kampf auszunehmen sei, entschieden. Die gewaltige Ausdehnung des Streiks war die Antwort auf Wittes Abwiegungsversuche. Und die übrigen Arbeiterkategorien machen mit den streikenden Eisenbahnern gemeinsame Sache!

Ueber die Verhandlungen mit den Ministern meldet der offiziöse russische Telegraph:

Petersburg, 24. Oktober. (Melbung der Petersburger „Telegraphen-Agentur“.) Ein hier abgehaltenes Kongreß von Delegierten der Eisenbahnangestellten beschloß, unverzüglich an den Verkehrsminister und an den Präsidenten des Ministerkomitees zwei Deputationen zu entsenden, die ihnen folgende Vorstellung unterbreiten sollen: Die Delegierten sind die wahren Vertreter der Forderungen der Eisenbahnangestellten und Arbeiter und vertreten das gesamte Eisen-

Bahnpersonal. Die Zeiten sind vorüber, wo Entscheidungen über Fragen von vitaler Bedeutung auf dem Verortungsswege entschieden werden konnten, und alle Forderungen der arbeitenden Klassen müssen durch Gesetze geregelt werden, die mit dem Willen des Volkes übereinstimmen und von ganz Russland genehmigt sind. Es gibt nur eine einzige Lösung: Sofortige Erklärung der politischen Garantien und Freiheiten und Einberufung einer auf dem Wege des allgemeinen und direkten Wahlrechts gewählten konstituierenden Versammlung. Das Land darf nicht zur bewaffneten Revolution getrieben und es darf kein neues Blutvergießen gestattet werden. Das Volk hat genug Blut in der Mandschurei und jetzt in allen Städten, Dörfern und Dörfern Russlands geopfert. Wenn an dem Rechte der Delegation, sich Vertreterin des gesamten Eisenbahnpersonals zu nennen, gezwungen wird, so behält die Delegation sich das Recht vor, ihre Auftraggeber über die Mittel zur Erlangung einer besseren Zukunft zu belehren. — Eine Versammlung von Eisenbahngestellten, die in der Universität abgehalten wurde und von 8000 Personen besucht war, beschloß den allgemeinen Ausstand vom 25. d. M. ab auf allen in Petersburg mündenden Eisenbahnen.

Petersburg, 25. Oktober. Die Sitzung des Kongresses von Delegierten der Eisenbahngestellten wurde mit der Verlesung eines Memorandums eröffnet, welches die professionellen Bedürfnisse der Angestellten und ihre Forderungen aufzählt. Der Vorsitzende betonte die Notwendigkeit, eine Abschrift des Memorandums an den Grafen Witte zu schicken, da dasselbe so ernste Fragen enthält, wie die Schaffung einer konstituierenden Versammlung. Der Kongreß beschloß, Abordnungen von je 5 Personen mit einer Abschrift des Memorandums an Witte und den Verkehrsminister Fürsten Schilow zu entsenden und ihre Rückkehr abzuwarten. Die zu Schilow entsandte Abordnung traf denselben nicht an, da er nach Peterhof gefahren war, um dort über die Ereignisse in Moskau Bericht zu erstatten. Man ließ daher das Memorandum bei dem Minister und ließ ihn bitten, nach seiner Rückkehr von Peterhof der Abordnung eine persönliche Zusammenkunft zu gewähren; man werde seine Antwort im Eisenbahnerklub erwarten. Große Spannung herrschte, als die zu Witte gesandte Deputation zurückkehrte. Ein Mitglied derselben berichtete, Witte habe sie sofort in seinem Kabinett empfangen. Er habe ihnen eröffnet, daß ihre Unterredung einen durchaus privaten Charakter haben müsse, da der Präsident des Ministerkomitees nicht das Recht habe, das Memorandum entgegenzunehmen. Gegen eine Veröffentlichung der Unterredung habe er aber nichts einzuwenden. Witte bemerkte, die Denkschrift enthalte zahlreiche Forderungen, die auch in jedem anderen Lande unerfüllbar seien, aber viele verdienten die Aufmerksamkeit. Er sprach sich an erster Stelle gegen eine konstituierende Versammlung aus, welche gegenwärtig unmöglich sei. Dies wiederholte er mehrere Male und setzte auseinander, daß allgemeine Stimmrecht gebe den reichen Klassen ein Übergewicht durch die Mehrzahl der Stimmenanteile, es sei daher durchaus nicht ohne Fehler. Der Gedanke des allgemeinen Stimmrechts sei somit offenbar nicht von einem wesentlichen Bedürfnis der Eisenbahner eingeleitet. Witte erklärte weiter, er erkenne die Versammlungs- und Pressefreiheit an, welche sehr bald zugelassen werden würden. Er sei überrascht, zu erfahren, daß der Kriegszustand auf den Eisenbahnen noch nicht außer Kraft gesetzt sei. Dies sei ein Mißverständnis, das in den nächsten Tagen abgestellt werde. Weiter erklärte Witte sich als Gegner alles Druckes und Blutvergießens und als Befürworter der weitesten Freiheit, aber er könne nicht vorhersehen, wie man dem Ausstand ein Ende setzen werde. Er werde mit Schilow konferieren und sein möglichstes tun; seiner Meinung nach müsse der Ausstand eingestellt und dann friedfertige Bedingungen ausgearbeitet werden. Ein Delegierter berichtete, Witte habe den Kongreß anerkannt und den Wunsch ausgedrückt, derselbe möge eine ständige Einrichtung werden. Auf die Bemerkung eines Delegierten, daß die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht nicht auf einer momentanen Eingebung, sondern auf einem notwendigen Bedürfnis beruhe und daß der Buchhandel mit Schriften über das allgemeine Wahlrecht, welches Gegenstand der Forderungen von fast ganz Russland geworden sei, geradezu überschwemmt werde, erklärte Witte, es gebe in der ganzen Welt keinen gelehrten Fachmann, der für das allgemeine Wahlrecht eintrete. Ein Mitglied der Abordnung bemerkte hierzu, man dürfe sich über diese Antwort Wottes nicht wundern, der als ein richtiger Beamter gehandelt habe, welcher stets laviert, ohne etwas Bestimmtes zu sagen. Um aber Charakter zu zeigen, müsse man, damit man seine Forderungen durchsetzen könne, ein weiteres Vorgehen bis zum 25. Oktober herabschieben, wo die Zusammenkunft mit dem Fürsten Schilow stattfinden dürfte. (Beifall.) Die Bureaucratie werde den Eisenbahngestellten nichts geben, man müsse es sich daher nehmen. Man solle also nehmen, was man brauche. (Beifall.) Ein anderes Mitglied der Abordnung erklärte: Wir haben unsere Pflicht erfüllt, indem wir die Forderungen aller Angestellten zusammengefaßt und vorgebracht haben. Im Augenblick, wo für die leitenden Kreise die Notwendigkeit ergibt, dieselben zu erfüllen, fällt die Verantwortung auf diejenigen zurück, welche das nicht tun. Ich beantrage, nach der Zusammenkunft mit Schilow eine endgültige Entscheidung zu treffen. Obgleich die Ansicht der Versammlung in Bezug auf die Bereitwilligkeit Wottes und das Vertrauen, welches sie seinen Worten schenkte, keinem Zweifel unterlag, beschloß die Versammlung dennoch, die Ergebnisse der Besprechung mit Schilow abzuwarten, und begab sich sodann in corpore zu dem Meeting in der Universität.

Auch aus diesem offiziös friierten Bericht ergibt sich deutlich genug, daß sich der Kongreß durch Wottes diplomatischen Ränke und staatsrechtlichen Belehrungen nicht hat dupieren lassen. Er hat aus den Phrasen des Jarengünstlings den Kern richtig herausgegriffen: die nackte Erklärung, daß die weitestgehenden Volksfreiheiten in der lächerlichen Spottgeburt der Duma bestehen sollen und daß das allgemeine gleiche Wahlrecht unter keinen Umständen bewilligt werden soll! Keine konstituierende Versammlung soll die Verfassung des Volkes schaffen, sondern die lächerliche Vertretung der hohen Bureaucratie und des korrupten Geldsacks soll unter dem fadenscheinigen Deckmantel einer „beratenden“ Körperschaft das zarische Schändensystem mit all seinen vollstündenden und volksauswürgenden Praktiken aufrecht erhalten helfen! Das Volk freilich hat den perfiden Plan durchschaut und läßt sich durch girtende Redensarten nicht födern. Es hat den Kampf mit wüthiger Energie aufgenommen.

Die Kriegserklärung der Eisenbahner

ist unmittelbar erfolgt:

Petersburg, 25. Oktober. An der in der Universität abgehaltenen Versammlung der Eisenbahngestellten nahmen 15 000 Personen teil, darunter auch Arbeiter, Studenten und viele Frauen. Die Versammlung dauerte bis nach Mitternacht; es wurden terroristische und aufrührerische Reden gehalten, die stürmischen Beifall fanden.

Die Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks

erschließt aus folgenden offiziösen, sicher eher schönfärbereichen als übertriebenen Nachrichten:

Moskau, 24. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Ausstand der Bahnarbeiter greift immer mehr nach allen Seiten um sich.

Von ihm sind bis jetzt folgende Städte betroffen worden: Simbirsk, Jekaterinoslaw, Kiew, Smolensk, Woronesch, Saratow, Charlow, Simferopol, Jaroslaw, Nischni-Nowgorod. Heute mittag näherte sich eine aus 500 Personen bestehende Volksmenge der Station des Güterbahnhofes der Linie Moskau—Saratow. Der Offizier, der den Befehl über die Truppenabteilung führte, die den Bahnhof besetzt hielt, drohte auf die Menge Feuer zu lassen. Hierauf zerstreute sich der Volkshaufen. Auf der Linie Moskau—Wladimir gelangte der Abend-Schnellzug nur bis zu der Station Gornostobnaia, von wo die Reisenden zu Fuß nach Moskau gehen mußten. Auf der Bahnlinie Moskau—Kasan warten 2000 Personen auf die Abfahrt der Züge, zum größten Teil arme Leute. Von der Verwaltung der Linie erhalten sie eine tägliche Entschädigung zum Lebensunterhalt. Die Reisenden 2. Klasse erhalten ein tägliches Vorratgeld von 1 Rubel. Auf der Linie Moskau—Petersburg traf heute nacht nur ein Sonderzug mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten ein, sonst verkehren keine Züge. Heute verlor eine Anzahl Ausständiger den Betrieb des Hauptpostamtes einzustellen, wurde aber durch die Truppen auseinandergetrieben.

Petersburg, 25. Oktober. Der Verkehr auf sämtlichen Eisenbahnen Polens ist eingestellt worden, ebenso auch der Eisenbahnverkehr auf der Linie Petersburg—Wlana—Wirkallen und auf der Linie Petersburg—Wlana—Warschau. Die Kolonne des deutschen Roten Kreuzes, die heute mittag die Rückfahrt nach Deutschland antreten wollte, hat deshalb nicht abreisen können. Auch der Postverkehr ist unterbrochen. Für einfache Briefe aus Deutschland wird der Weg Stockholm—Abo empfohlen; die Beförderung von Wertbriefen, eingeschriebenen Briefen und Paketen wird abgelehnt. Aus Kiew wird gemeldet, daß die Südweskbahnen den Verkehr ebenfalls eingestellt haben. Auch von den baltischen Bahnen Petersburg—Riga, Petersburg—Reval, Riga—Wladimir wird gemeldet, daß dort der Betrieb eingestellt worden ist.

Petersburg, 25. Oktober. Die telegraphische Verbindung zwischen Petersburg und Charlow ist unterbrochen.

Warschau, 25. Oktober. Auf der Eisenbahnlinie Warschau—Petersburg ist heute der Verkehr eingestellt. Somit ruht der Betrieb auf allen Eisenbahnen Polens mit Ausnahme der Warschau—Wiener Bahn.

Warschau, 25. Oktober. Die Arbeiter der Warschau—Wiener Bahn sind heute dem allgemeinen Ausstand der Bahnarbeiter beigetreten. Der Betrieb ist heute abend eingestellt worden.

Aber nicht nur der Eisenbahnerstreik liegt so auf den wichtigsten Linien bereits still, sondern auch die Arbeiter der anderen Berufe schiden sich an, massenhaft an dem

allgemeinen Generalausstand

teilzunehmen. So wird gemeldet:

Warschau, 24. Oktober. In Lodz und Pabjanice sind die Arbeiter einer Anzahl großer Fabriken in den Ausstand getreten; bisher feiern etwa 40 000 Arbeiter, weitere Arbeitseinstellungen werden erwartet. Ueber das Gouvernement Petrikau, in dem ein Streik der Eisenbahnarbeiter auszubrechen droht, soll der Belagerungszustand verhängt werden.

Kulawa, 25. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Hier herrscht allgemeiner Ausstand. Auch der Unterricht in den Mittelschulen ist eingestellt. Die Zeitungen werden morgen nicht erscheinen.

Moskau, 25. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein von der Vereinigung der Ingenieure abgehaltener Kongreß entschied, daß es die Pflicht aller Ingenieure sei, in allen Unternehmungen, Werken, Fabriken, Konstruktionsbüros usw. in den Ausstand zu treten. Dieser Ausstand wird heute seinen Anfang nehmen.

Moskau, 25. Oktober. Die Lage verfinstert sich immer mehr. Die städtischen Angestellten und Arbeiter haben nochmals der Stadtverwaltung ein Ultimatum gestellt, worin sie mit dem Generalstreik drohen, falls ihre Forderungen nicht berücksichtigt werden. Die Situation wäre dann um so gefährlicher, als auch die städtischen Wasserwerke nicht im Betriebe erhalten werden könnten.

Jekaterinoslaw, 24. Oktober. Nachdem Kosaken eine Ansammlung von Schülern mit Kogaken zerstreut hatten, sammelte sich beim Stadthause eine tausendköpfige Menge an. Als Truppen erschienen, schritt die Menge zur Errichtung von Barrikaden. Die Truppen gaben eine Salve ab. Eine Anzahl Personen wurden getötet beziehungsweise verwundet. Gleichzeitig feuerten Truppen am anderen Ende der Stadt beim Puschkinsdenkmal auf ausständige Eisenbahnarbeiter und töteten drei von ihnen, neun Eisenbahnarbeiter wurden verwundet.

Wie die letzte Meldung beweist, arbeitet auch diesmal wieder die zärtliche Regierung mit Peitsche, Pulver und Weil voranschreitend wird dies Blutbad nicht das einzige bleiben. Herr Witte selbst, der Freiheitsbegehrte, hat ja angedeutet, daß er für nichts garantieren könne!

Aber mit diesen heiligen Mitteln alles Gottesgnadentums wird man gegenüber der Revolution nicht fertig werden. Das Volk ist durch die erhaltenen Plutungen zur Revolution erzogen worden. Die Arbeiter werden, selbst wenn diesmal wieder die Bewegung aufsehend erfolglos zusammenbrechen sollte, aber- und abermals den Ansturm erneuern. Ob aber der Absolutismus diese immer erneuten, immer gewaltigeren Katastrophen auf die Dauer aushalten kann, ist eine andere Frage. Zumal die freche Duma-Presse, die auch die minder bemittelten Schichten der Gebildeten, das Kleinbürgertum und die Bauern vor den Kopf gestoßen hat, diese Schichten gewaltsam an den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse fetter. Die breiten Schichten der Intelligenz nehmen denn auch an dem Kampfe tätigen Anteil. Und auch die schwer in Bewegung zu bringende Masse der Bauern scheint zum mindesten nicht geneigt zu sein, sich zum Breitboden gegen die industriellen Proletarier gebrauchen zu lassen. Die letzten Tagungen der Bezirks-Semstwo beweisen das.

Eine besonders radikale Resolution wurde im Semstwo Starich (Gouvernement Twer) gefaßt, die wörtlich folgendermaßen lautet:

„Das Gesetz über die Gossudarstwoemaja Duma vom 6. August befriedigt keineswegs die klar ausgesprochenen Wünsche der russischen öffentlichen Meinung und ändert nichts an der polizeibureaucratischen Ordnung Russlands. Außerdem besitzt die russische Gesellschaft nicht die elementaren Menschen- und Bürgerrechte, wie z. B. die Freiheit des Wortes, der Presse u. Unter solchen Bedingungen wird eine Volksvertretung nicht in Stande sein zu existieren und wird nur als der Schatten einer solchen erscheinen. Deshalb protestiert die Semstwoversammlung gegen das Gesetz vom 6. August.“

Die in die Reichsduma entsandten Delegierten dürfen nur ein Ziel verfolgen: Umwandlung der Duma selbst auf Grund des allgemeinen, ohne Unterschied des Geschlechts, der Nationalität und der Konfession ausgeübten direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts, die Verleibung der gesetzgeberischen Macht an die Duma sowie der Kontrolle über die Tätigkeit der Regierungsorgane.“

Wobei nicht überflüssig ist zu bemerken, daß die Bezirks-Semtwos im Vergleich zu den Gouvernements-Semtwos weniger fortschrittlich sind.

So bietet Russland nach der Tragödie in Ostasien jetzt das begeisterte Schauspiel eines heldenhaften Freiheitskampfes! Mögen die westeuropäischen Kräftefreunde die große historische Lehre dieser Kämpfe nicht in den Wind schlagen!

Ausdehnung der Auslandsbewegung.

Petersburg, 25. Oktober. Die Auslandsbewegung hat sich weiter ausgedehnt. Die Lage wird immer bedenklicher. Moskau und Petersburg sind vollständig abgeschlossen. Der englische Gesandte, der heute abreisen wollte, mußte seine Abreise verschieben und wird mit dem ersten angehenden Dampfer nach London verlassen. Seine Reise steht in Zusammenhang mit dem englisch-russischen Abkommen. Der Gesandte wird in London längeren Aufenthalt nehmen, um die Einzelheiten des Abkommens mit seiner Regierung durchzuberaten. Der russische Gesandte in London kehrt zum gleichen Zweck auf einige Zeit nach Russland zurück.

Petersburg, 25. Oktober. Die ausländischen Eisenbahner begannen die Arbeiter der Linien, auf denen der Betrieb noch nicht ruht, ebenfalls zum Niederlegen der Arbeit zu veranlassen. Es wurde eine große Anzahl von Soldatensoldaten, die vom Kriegsschauplatz kamen, angehalten. In Jekaterinoslaw herrscht offener Aufruhr. Die Bevölkerung errichtete Barrikaden, die von den Kosaken gestürmt wurden. Viele Personen wurden durch die Salven der Kosaken getötet und verletzt, doch ist die Zahl der Opfer unbekannt.

Warschau, 25. Oktober. Die revolutionäre Partei agitirt für die sofortige Einstellung der Arbeit in sämtlichen Fabriken in Warschau und Lodz. Die polnischen National-Demokraten waren vor gewalttätigen Ausschreitungen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Oktober.

Zur Einberufung des Reichstages schreibt eine Parlamentskorrespondenz: „Nachdem die Verhandlungen über die Reichsfinanzgesetze im Bundesratsauschusse schneller als man gedacht ihrem Ende entgegengehen — man denkt sie noch in dieser Woche endgültig auch im Plenum des Bundesrats zur Verabschiedung zu bringen — geht man in Regierungskreisen mit dem Gedanken um, den Reichstag schon in der dritten Novemberwoche (14. bis 18. November) einzuberufen, um der Volksvertretung noch vor Weihnachten mehr als vier Wochen Zeit zur Erledigung der ersten Lesung der Finanzgesetze und des Etats, der gleich beim Zusammentritt vorliegen wird, zu geben. Wie wir hören, denkt man den 16. November zu wählen, an dem der Reichstag die geschäftlichen Angelegenheiten erledigen soll; am 17. November würden Finanzreform und Etat eingebracht werden und dann zum Studium beider Gesetze eine Pause bis zum 20. eintreten, an welchem Tage die erste Lesung beginnt. Bis zum Eintritt der Weihnachtsferien wären dann noch 24 Arbeitstage worden, die für beide erste Lesungen ausreichen. Man ist zur Ueberzeugung gelangt, daß eine Einberufung in den letzten Tagen des November bei 16 Arbeitstagen nicht vorteilhaft für die Beratung sein würde, da sie dann entweder über das Knie gedrohen oder in zwei Etappen beraten werden müßten.“

Zum Verfassungskampf in Hessen.

Man schreibt uns: Der weitere Verlauf der Debatte in der Zweiten Kammer über das Scheitern der Wahlreform zeigte die nationalliberale Fraktion in ihrer ganzen Mächtigkeits- und inneren Zerrissenheit. Kein einziger dieser „liberalen“ Männer bekennt sich noch zu dem Antrag der Liberalen aus den 70er und 80er Jahren auf Aufhebung der Ersten Kammer. Der Senior der nationalliberalen Fraktion, der Abg. Köllinger, der jenen Antrag im Jahre 1873 mit unterzeichnet hatte, hat sich inzwischen sogar zu einem prinzipiellen Gegner des direkten Wahlrechts durchgemauert. Mit ihm begründete der Abg. Dr. Heidenreich das Scheitern der Reform. Die Erste Kammer verdiene Dank, so meinte dieser nationalliberale Volksvertreter, daß sie Hessen davon bewahrt habe, ein Versuchsland für wahlreformerische Experimente zu werden. Ein anderer nationalliberaler Held, Abg. Pitthan, brachte seine Freunde zum Ausbruch darüber, daß man die seinen lokalen Wahlreformwünschen nicht zuzugende neue Wahlrechtsenteilung nicht in Kraft trete. Daß die alte, scharfe, ungedechte Einteilung für das ganze Land nun bestehen bleibt, stieß ihn nicht an. — Für die Freisinnigen sprach Abg. Dr. Gutschick, der sich eingehend mit dem Treiben Heids beschäftigte, das eine bedeutende agitatorische, fast nichtige man sagen demagogische Art berate und einmüthige Entrüstung verdiene. Eine gleich scharfe Kritik übte der Abg. Dr. Schmitt (3.) an der Methode des Wormser Lederkönigs. Da sich der Zentrumsführer aber zugleich als prinzipieller Anhänger des Dreiklassen-systems bekannte, so werden seinen Worten keine Taten nachfolgen, die den reaktionären Quertreibereien der Hehl und Genossen ein Ziel setzen.

Genosse Ulrich geißelte in scharfer Weise das Verhalten der nationalliberalen Reaktionäre und Weiserer, die wartete ihnen mit Pitthan aus ihrer eigenen Presse auf, die denn doch noch mehr Empfinden für die Situation habe, als viele Mitglieder der nationalen Kammerfraktion. So schrieb dieser Tage das „Rheinische Tagblatt“ im Hinblick auf den Budgetrechtsantrag der Ersten Kammer:

„Eine Vertretung des Volkes kann unmöglich mithelfen, die Macht einer Institution zu vergrößern, die entstehen muß, wo der Reich und selbst von sehr genähigt liberalen Politikern als Anachronismus empfunden wird. Wenn man das bewitterte, dochlebensschwärmte Gemäuer, das aus dem Rebe einer feudalen Vergangenheit in unsere nächste Gegenwart hineinragt, selber unbewußt sich, so geschah dies nur aus dem Grunde, weil man annahm, daß die Ruine keinen Schaden mehr stiften könne. Man wollte der Zeit überlassen, ihren Zusammenbruch herbeizuführen und hielt es für überflüssig, Sturm gegen sie zu laufen. Nachdem die Erste Kammer aber deutlich zu erkennen gegeben hat, daß sie noch immer die Kraft in sich fühlt, jenen patriarchalischen Despotismus auszuüben, den unser mannbar gewordenen Volk längst entworfen ist, wird die heilige Wälerschaft, der man es ruhig überlassen kann, sich ihr Schicksal selbst zu schmieden, sich sehr energisch auflehn gegen die ersuchten und ehen Herren, die in ihrer Mehrheit keinen anderen Befähigungsnachweis zum Staatenlenker und Volkserzieher erbringen können, als ihre Adelsbriefe und Geldsäcke. Es ist doch sicher auch ein unheilbarer Zustand, daß ein kleines Volksein Standesherren und Großkapitalisten der Regierung und Volksvertretung Trost bieten und berart hemmend in die Gesetzgebungsmaschine eingreifen kann, daß eine Ausgestaltung unserer Verfassung und unserer Gesetze nach freisinnigen und gerechten Prinzipien zur Unmöglichkeit wird.“

Diese Sprache eines nationalliberalen Amisablaits hebt sich vorteilhaft ab gegenüber den schwächlichen Auslassungen der Nationalliberalen in der Kammer. Freilich die Konsequenz aus diesen Auslassungen zu ziehen, die radikale Abschaffung der Privilegienkammer zu fordern, dazu kann sich auch das zitierte Blatt nicht aufschwingen; es begnügt sich mit dem Verlangen nach einer „grundlichen Reform“ der vermoderten Institution. Abg. Ulrich wies treffend darauf hin, daß die strenge Durchführung der Artikel 67 und 75 der Verfassung die nächstliegende, notwendige „Reform“ sei, die die hohen Herren in die ihnen gezogenen Schranken zurückweise.

Dann kam die mit großer Spannung erwartete Erklärung der Regierung. Die Rede des Staatsministers Roth war eine Schamade lächeliger Art. Kein Wort der Kritik an dem Vorgehen der Ersten Kammer, die zwei hochwichtigen Regierungsvorlagen in den Orkus geschleudert hat; kein Wort des entschlossenen Wider-

Handes, ja nicht einmal ein Wort davon, daß die Regierung auf ihren Vorlagen beharren werde. Als ob die ganze Partei nur zwischen der Ersten und der Zweiten Kammer gespalten werde, begnügte sich der Minister mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß das Verhältnis zwischen den Kammern sich f. „unfreundlich“ gestaltet habe, und hielt es für angebracht, der Zweiten Kammer gut zuzureden, doch ihrerseits recht verächtlich zu sein. In bezug auf den Initiativantrag der Ersten Kammer erklärte der Staatsminister, die Regierung werde zwar das in Artikel 75 enthaltene Anrecht wahren, hinsichtlich des beiderseitigen Budgetrechts aber möchten doch die beiden Kammern von sich aus eine Verständigung suchen. Der seit herge „Vertrag“ sei zwar im Artikel 67 nicht festgelegt, aber doch zum Zustandekommen des Budgets erwünscht. Staatsrat v. Krug unternahm dann sogar den Versuch, den Artikel 67 im Sinne der seitherigen Praxis zu interpretieren. — Dieses Andeutungsstückchen wurde freilich sofort vom Abg. David in seiner ganzen Wichtigkeit gebührend beleuchtet. Das sei keine Auslegung, sondern eine willkürliche Unterlegung. Die Regierung habe die Pflicht, sich streng an die Verfassung zu halten. Es bleibe dabei: Rekonstruktionen seitens der Ersten Kammer in Einzelfragen des Budgets seien verfassungswidrig. — Hinsichtlich der Frage der Wiedereinbringung der Wahlreformvorlage hat sich die Regierung ausgeprochen. Auch das ist bezugnehmend für die Altersschwäche des Ministeriums Rothe.

In große Verlegenheit kamen die Nationalliberalen bei der Abstimmung über unseren Antrag, der die Regierung ersucht, sofort bei Beginn des nächsten Landtages eine Vorlage auf Erzielung des indirekten Wahlsystems durch das direkte wieder einzubringen, dabei aber unter keinen Umständen den Wünschen der Ersten Kammer auf Veränderung der Artikel 67 und 75 zu entsprechen. Vor der Öffentlichkeit gegen den Inhalt des Antrages zu stimmen, wagte die Mehrheit nicht; andererseits wollte man aber auch nicht für einen sozialdemokratischen Antrag stimmen. So machte man dann allerdings Versuche, uns zu veranlassen, unseren Antrag zurückzuziehen zugunsten eines durch Streichung der Worte „sofort“ und „unter keinen Umständen“ etwas abgemilderten Antrages, angeblich im Interesse möglicher Einstimmigkeit. Das gelang aber ebensowenig wie der Versuch, unseren Antrag an zweite Stelle bei der Abstimmung zu schieben. So mußten die Herren in den saueren Apfel beißen. Die namentliche Abstimmung führte zur Annahme des sozialdemokratischen Antrages mit allen gegen drei nationalliberale Stimmen. —

Der dritte Tag der Auseinandersetzung mit der Ersten Kammer galt der von dieser abgelehnten Gemeindesteuerreform. In dieser Sache rückte selbst der alte rheinische Abgeordnete Köllinger, der in der Wahlreformfrage nach seinem Parteifreund Hehl die Stange gehalten hatte, mit einem hörbaren Ruf von dem Hauptling der obstruierenden Privilegierten ab. An Hand des Landtagsmaterials wies Köllinger eine Reihe von unwarren Behauptungen des Hehl'schen Ausschusses zurück. Die gesamte nationalliberale Kammerfraktion billigte diese Kritik und verurteilte scharf das Vorgehen Hehl's, der, nebenbei bemerkt, aber trotzdem immer noch dem Vorstand der nationalliberalen Partei Gehorsam angedeutet. — Auch der freisinnige Abgeordnete Dr. Guffel sprang heute gar grausam mit dem Lederkönig um, dessen Argumentierung er unter dem Hohngelächter der ganzen Kammer in ihrer ganzen Oberflächlichkeit und Unsinngigkeit aufdeckte.

Das schärfste Gericht über die moralische Qualität der Hehl'schen Kampfesweise hielt Genosse Ulrich, der sich dabei zwar zwei Ordnungsrufe wegen seiner die Grenze des Parlamentarischen übersteigenden Ausdrucksweise zuzog, nichtsdestoweniger aber in der Sache das Haus auf seiner Seite behielt. Hehl hatte die Unverschämtheit besessen, in der Ersten Kammer auf Grund von Zitaten aus dem „Vorwärts“ zu behaupten, die Sozialdemokraten hätten an der Gemeindesteuerreform früher ein gutes Haar gelassen, dann aber, als er in Opposition zu derselben getreten sei, hätten sie sich plötzlich für die Vorlage ins Zeug gelegt. Ulrich wies nun an Hand der „Vorwärts“-Artikel nach, daß wir von Anfang bis zum Schluß zwar Einzelheiten der Vorlage (Verbot des Schuldenabzugs, Begünstigung der Kapitalrenten) scharf kritisiert haben, dabei aber stets den Fortschritt, den die Vorlage im Vergleich zu dem seitherigen Zustand bringt, anerkannt haben. Demgemäß haben auch unsere Abgeordneten bei aller Kritik an Einzelheiten doch dem Gesetz im allgemeinen zugestimmt. Von einer Scheinung infolge der Hehl'schen Opposition kann also gar keine Rede sein. Der von Hehl erhobene Vorwurf, die Sozialdemokraten hätten sich einer „Charakterlosigkeit“ schuldig gemacht, entbehrt somit jeder sachlichen Grundlage. Die Art, wie Hehl aus dem „Vorwärts“ gitiert hat, kennzeichnete Ulrich als eine absichtliche Fälschung, und die Hehl'sche Behauptung, die Sozialdemokratie betreibe nur eine unfruchtbar ablehnende Politik, bezeichnete er unter Verufung auf das Zeugnis der ganzen Kammer als „eine wider besseres Wissen ausgesprochene grobe Unwahrheit“. Wenn von Charakterlosigkeit geredet werden sollte, so treffe dieser Vorwurf den Reichsrat Hehl zu dem Herrn, der „unter der Maske der Freundschaft für die Kleinen die Vorlage zum Scheitern gebracht habe, um seinen eigenen Besitz vor der schärferen Besteuerung zu schützen“.

Und die Regierung? — Sie teilte durch den Mund des Staatsministers Rothe mit, daß sie von der Vorlage nicht absehen werde und die Hoffnung hege, daß im kommenden Landtag eine Verständigung über das Reformwerk zustande kommen werde. Wie sie sich das vorstellt, darüber sagte sie nichts. Sie scheint sich mit der stillen Hoffnung zu tragen, den harten Sinn des „Großherzogs von Worms“, der sich inzwischen von seinen Getreuen telegraphische Glückwünsche wegen seines großartigen parlamentarischen Erfolges“ schicken läßt, doch noch erweichen zu können. Hoffen und harren.

Den Abschluß der Debatte bildete die einstimmige Annahme des Auswahlantrages, der die Regierung ersucht, auf der Vorlage zu beharren und den Beschlüssen der Ersten Kammer nicht Folge zu geben. Damit ist der Kampf in der parlamentarischen Arena vorläufig beendet. Am Mittwoch wird der Landtag geschlossen und der Wahlkampf offiziell eröffnet. Rumrühr wird die Wählerschaft zum Wort kommen. Will sie die einzig richtige und wirksame Antwort auf den reaktionären Vorstoß der Privilegierten geben, so kann dies nur durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmentzels geschehen. Denn die sozialdemokratische Partei allein ist entschlossen, den Widerstand der hohen Herren gründlich aus dem Wege zu räumen durch Abschaffung der Ersten Kammer. —

Fob in Halle.

Halle, den 24. Oktober. (Eig. Ver.)

Heute wollte Erzengel Fob in unseren Mauern, um an der Einweihung des Denkmals für den vor vier Jahren verstorbenen Professor Dr. Raeder, früherer Leiter der Landwirtschaftskammer teilzunehmen. In der vorangegangenen Plenarsitzung für die Landwirtschaft hielt Fob die übliche Fleischartrede, bei der er u. a. sagte, über die Ursachen der Fleischnot müsse er sich hier nicht äußern. Da er aber in der letzten Zeit in den Zeitungen betreffs der Fleischsteuerung mit ungerechtfertigten Vorwürfen gerade überschüttet worden sei, möchte er nur zwei Sätze ansprechen. Erstens: Die Schuld an der Feuerung der Fleischpreise treffe die deutsche Landwirtschaft nicht. Zweitens: Die von gewissen Seiten so stürmisch verlangte weitere Öffnung der Grenzen werde nicht nur ein Versuch mit untauglichen, sondern auch mit schädlichen Mitteln sein. Dann redete er in der üblichen Weise von der drohenden Seucheneinschleppung, der Rot der Landwirtschaft usw.

Die von vielen Seiten so stürmisch verlangte Öffnung der Grenzen,“ meinte er, wird nach meiner feinen Überzeugung ein Versuch nicht nur mit untauglichen, sondern mit schädlichen Mitteln sein; mit untauglichen Mitteln: denn sie wird nach der Lage der Dinge im Auslande keine erhebliche Erleichterung unseres Marktes bewirken, mit schädlichen Mitteln: weil durch die gesundheitliche Gefährdung

unserer Viehbestände die gedeihliche Entwicklung der deutschen Viehzucht auf das schwerste geschädigt und damit erst recht eine dauernde Fleischknappheit herbeigeführt werden würde. Die deutsche Landwirtschaft hat die Aufgabe, unser Volk mit dem nötigen Fleisch zu versehen, und ich habe das feste Vertrauen, daß die preussische Landwirtschaft dieser Aufgabe gerecht werden wird!

Ob Herr v. Bobbielski „Vertrauen“ hat oder nicht, ist ganz gleichgültig. Sein Vertrauen ist keinen Pfifferling wert, denn wie wenig Sachverständnis er besitzt, zeigt seine auf dem Kaiserhof-Tiner mit Plomb abgegebene Versicherung, schon im September würden die Schweinepreise ganz erheblich fallen. —

Ueber die neuen Flottenforderungen

macht ein kleiner Blatt, dessen Ausführungen möglicherweise auf mehr als naheliegenden Kombinationen beruhen, allerhand Andeutungen. Die Frage der Verstärkung der Auslandsflotte trete heute mehr in den Hintergrund, es gelte in erster Linie die Verstärkung der heimischen Schiffsflotte durchzuführen. Aus diesem Grunde werde der Ausbau der Hochseetorpedobootsflotten in der neuen Flottenvorlage einen größeren Raum als bisher einnehmen, ferner werde eine Vergrößerung des Displacements der Schiffsflotte durchgeführt werden, durch die eine Erhöhung der Kosten für die neuen Schiffsflotten um 50 Proz. eintreten werde. Dadurch werde dann wieder die Korrektur des Nordostkanals — durch Vertiefung der Fahrrinne des Kanals und Umbau der Schleusen — notwendig gemacht werden.

Es kann nicht ausbleiben, daß dies Flottenprogramm in England wiederum als eine gegen die englische Seemacht gerichtete Rüstung aufgefaßt werden wird. Die bloßen Phantastereien unserer Weltpolitiker vom „Flotten- und Kolonialverein“ und so alberne Anpassungen Englands, wie sie dieser Tage im „Verl. Tageblatt“ zu lesen waren, können diesen Eindruck nur verstärken. Auch wenn direkte Konflikte mit England vermieden werden, so kann der Effekt der deutschen Flottenrüstungen nur der sein, daß England seine Rüstungen in gesteigertem Tempo fortsetzt und dadurch wieder den deutschen Weltpolitikern Veranlassung gibt, auch die deutschen Marinerrüstungen immer mehr zu forcieren. Die Kosten dieses tollen Wettlaufes hat dann das deutsche Proletariat zu tragen, während die Krupp, Stamm, Tappeler und Konsorten immer kolossalere Profite einheimen! —

Statt amtlicher Aufklärung Anklage!

Wie wir bereits in unserer gestrigen Nummer im Depeschenteil meldeten, hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gegen das „Verl. Tagebl.“ wegen „Verdächtigung“ des Kolonialdirektors Dr. Stuebel Strafantrag gestellt.

Dies Vorgehen der Regierung ist sehr seltsam. Statt einfach durch ein rundes und klares amtliches Dementi die vom „Verl. Tagebl.“ mitgeteilten Gerüchte niederzuschlagen, wird Anklage erhoben. Warum dieser Umweg? Er hätte allenfalls noch einen Sinn, wenn das „Verl. Tagebl.“ positive Behauptungen aufgestellt hätte. Das Blatt hatte aber wiederholt erklärt, daß es die ihm von verschiedenen Seiten mitgeteilten Gerüchte ihrer Ungeheuerlichkeit wegen nicht glauben könne, es unterbreite sie nur der Öffentlichkeit, um den beteiligten Staatsbeamten Gelegenheit zu geben, sich rasch und in aller Öffentlichkeit reinigen zu können. Trotzdem erfolgt kein amtliches Dementi, sondern eine Anklage. Das könnte ja beinahe so gedeutet werden, als ob man erst einmal auf den Dusch klopfen wolle, wieviel das „Verl. Tagebl.“ denn eigentlich wisse!

Auffallend an dem Vorgehen der Regierung ist auch, daß Bobbielski ganz aus dem Spiele gelassen wird!

Wir brauchen wohl kaum zu bemerken, daß auch wir nicht glauben können, daß in den Kreisen unserer höchsten Beamten amerikanische oder italienische Korruption herrsche. Gerade deshalb aber halten wir das Vorgehen der Regierung für das allerunglücklichste. Es muß geradezu das Gegenteil des Eindruckes hervorrufen, den man doch wohl beabsichtigte. —

Städtische Lohnpolitik.

Ueber die neuen Grundzüge für die Entlohnung städtischer Arbeiter, die in Strahburg im Ufah eingeführt worden sind, macht Genosse Peirotes in der jüngsten Nummer der „Kommunalen Praxis“ Mitteilungen, die sehr instructiv sind. Wir geben deshalb das wesentliche daraus wieder. Es wird bei diesem Lohnsystem die Größe der Familie des Arbeiters berücksichtigt und ferner werden Dienstalterszulagen gewährt. Die Vorlage begründete das so:

Die Folge des heutigen unsozialen Lohnsystems ist, daß für den verheirateten Arbeiter der Lohn stets auf einem Stand steht, der nicht hinreicht, einer großen Familie auch nur eine den notdürftigsten Anforderungen der Hygiene entsprechende Existenz zu gewähren. Was fehlt, muß nachgetragen die Frau, müssen frühzeitig die Kinder verdienen. Forderung des Familienlebens, Verwirklichung der Jugend sind die traurigen Folgen dieser Zustände. Mit der Erkenntnis dieser Mängel einverstanden aber für die Stadt die Verpflichtung, für ihre Arbeiter eine Besserung herbeizuführen.

Eine öffentliche Körperschaft hat die Pflicht, dem Arbeiter einen Lohn zu gewähren, der zu seinem und seiner Familie Unterhalt ausreicht. Dazu genügt es aber nicht, ausreichende Minimallöhne festzusetzen, es muß vielmehr das Bestreben der städtischen Lohnpolitik sein, bei der Festsetzung der Löhne der städtischen Arbeiter auch diejenigen Faktoren zu berücksichtigen, die das Wohlfühlen des Bedarfs im Arbeiterhaushalte bestimmen.

Von diesen Grundzügen und von der Erzdüngung ausgehend, daß der ledige Arbeiter zu seinem Unterhalt weniger gebraucht als der Verheiratete, schlug der Entwurf für die in Betracht kommenden acht Arbeitergruppen 13 sozialistische Lohnklassen mit Grundlöhnen von 2,70, 2,80, 2,90, 3,10, 3,20, 3,30, 3,50, 3,80, 3,90, 4,00, 4,20 und 4,50 M. vor. Auf diese Grundlöhne sollten dann diejenigen Arbeiter mit mehr als drei Kindern 5 Proz., die mit mehr als fünf Kindern 10 Proz. und die mit mehr als sieben Kindern 15 Proz. Zuschlag erhalten. Außerdem waren vier Klassen von Dienstalterszulagen vorgesehn, die in der ersten Klasse von 10 bis 60 Pf., in der zweiten von 15 bis 70 Pf., in der dritten von 20 Pf. bis 1,20 M. und in der vierten Klasse von 30 Pf. bis 1,80 M. betragen. Die höchsten Zulagen wurden in der ersten und zweiten Klasse mit dem ersten Dienstjahre, in der dritten Klasse mit dem vierzehnten Dienstjahre, in der vierten Klasse mit dem sechszehnten Dienstjahre erreicht.

Konnten sich die sozialdemokratischen Vertreter — die zurzeit in einer Anzahl von 15 neben 17 bürgerlichen Gemeinderäten auf dem Strahburger Rathaus sitzen — auch mit den angeführten Grundzügen und schließlich auch, unter Berücksichtigung der bisherigen verworrenen und rein willkürlichen Zuständen, mit der vorgeschlagenen Einteilung und den Zuschlägen einverstanden erklären. So konnten sie dies doch nicht in bezug auf die oben angeführten Grundlöhne. „Auskömmliche Löhne“, von denen die Begründung der Vorlage zu wiederholten Malen spricht, konnten sie mit dem besten Willen in diesen Grundlöhnen nicht erblicken, zumal diese für den Normalarbeiter, das heißt den verheirateten Arbeiter mit bis zu drei Kindern, gelten sollten, während der ledige Arbeiter unter 25 Jahren sich einen Abzug von 10 Proz., der zwischen 25 und 30 Jahren einen solchen von 5 Proz. hätte gefallen lassen müssen. Sie setzten daher eine allgemeine Erhöhung der Grundlöhne um je 20 Pf. durch und definierten als Normalarbeiter den ledigen Arbeiter, auf dessen Grundlohn außer den Dienstalterszulagen der verheiratete Arbeiter einen Zuschlag von 5 Proz., Arbeiter mit größerer Familie Zuschläge von 10, 15 und 20 Proz.,

je nachdem sie für mehr als drei, mehr als fünf, mehr als sieben Kinder zu sorgen haben.

Durch diese Erhöhung der Grundlöhne und die Umänderung der Definition des Normalarbeiters werden für die circa 600 städtischen Arbeiter etwa 60 000 M. mehr herausgeschlagen, die Mehrbelastung des städtischen Budgets steigt bereits im kommenden Jahre auf 112 000 M., kein Wunder, daß die bürgerlichen Vertreter sich mit aller Macht gegen diese Vorschläge wandten und nur nach schweren Kämpfen und da die Verwaltung selbst sich auf unsere Seite stellte, nachgaben.

Die festgesetzten Grundlöhne gelten nun freilich nicht für längere Zeit sondern nur für das laufende Jahr. Alljährlich wird nach der Statistik der Orts-Krankenkasse der Durchschnittslohn für die in Frage kommenden Gewerbe festgesetzt und dieser dann als Grundlohn abgeprägt. Auf diese Weise macht die Stadt das Steigen und Fallen der Arbeitslöhne mit, jedoch darf der gesunkene Grundlohn nur neu einzustellenden Arbeitern bezahlt werden, die alten Arbeiter bleiben bei ihren Bezügen auch wenn die Löhne sinken, während ihnen das Steigen immer zugute kommt. Unter den ortsüblichen Tagelohn darf der Grundlohn nicht sinken, und falls jener weniger als 2,50 M. betragen sollte, so ist dies die äußerste Grenze, bis zu der der Grundlohn sinken darf. Es ist also ein gewisses Existenzminimum für den städtischen Arbeiter festgesetzt.

Oldenburgische Lehrergehälter. Wie in Oldenburg die Jugend-erzieher besoldet werden, ersieht man aus der neuen Landtagsvorlage über die Aenderung des Schullehrgesetzes. Danach beziehen gegenwärtig die Hauptlehrer ein Anfangsgehalt von 1000 M., die unwiderruflich angestellten Nebenlehrer 800 M. und die widerruflich angestellten Nebenlehrer 700 M. Dazu kommen sechs Alterszulagen zu je 125 M. in 3 bzw. 5 Jahren, so daß das höchste erreichbare Gehalt 1750 M. beträgt. Nach der neuen Vorlage sollen die Anfangsgehälter auf 1200, 900 und 800 M. erhöht werden, und es sollen 12 Zulagen von je 100 M. in Zwischenräumen von 2 Jahren gewährt werden. Demnach steigt nach 24jähriger Dienstzeit das Gehalt im besten Fall auf 2400 M.! —

Ausland.

Von der norwegischen Thronfrage

reden jetzt die Monarchisten in und außerhalb Norwegens, die die Frage der Staatsform für immer und ewig durch den ersten Paragraphen der alten Verfassung als entschieden ansehen. Aber die unerwarteten Widerwärtigkeiten, die ihnen in Dänemark entstanden sind, werden sie vielleicht doch zu dem unangenehmen Schritt einer neuen Volksabstimmung zwingen. Soll doch, wie den „Times“ aus Kopenhagen telegraphiert wird, selbst König Christian so etwas wie eine Volksentscheidung verlangen und gefast haben: „Mein Enkel muß in vollem Einverständnis mit dem Volke sein, das er möglicherweise regieren soll, und darum erwarte ich, daß man Garantien dafür beibringt, daß seine Wahl durch den wahren und freien Willen des norwegischen Volkes erfolgt.“ — Uebrigens haben sich auf eine Anfrage des Kopenhagener Blattes „Politiken“ die leitenden Männer aller Volksparteien in gleichem Sinne ausgesprochen, und Vorgbjerg erklärte:

„Daß das norwegische Volk selbst seine Regierungsform bestimmt und daß die dänische Regierung keiner einzigen norwegischen Partei eine Handhabe bietet, das muß ich sowohl als Däne, wie als Skandinavier und als internationaler Sozialdemokrat wünschen. Die Anerkennung der Volkssouveränität ist die Grundlage für das freie und friedliche Zusammenwirken der Nationen, auf das ich hoffe. Preußen versprach 1866 das Recht der Nordschleswiger auf Volksabstimmung anerkennen zu wollen, aber hat dies Versprechen, nicht ohne Einwirkung unfluger dänischer Hospoliti, zurückgenommen. Unsere einzige, aber auch lebenskräftige Hoffnung in der nordschleswiger Frage ist ein demokratisches Deutschland, das das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker respektieren wird. Darum dürfen wir hier in Dänemark niemals etwas unternehmen, was im Widerspruch steht zu der reinsten Grundlage unserer eigenen Zukunftshoffnung als Dänen, dem großen Prinzip der Volkssouveränität.“

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien Dänemarks lassen sich bei ihrer Vorliebe für das Selbstbestimmungsrecht des norwegischen Volkes jedenfalls auch stark durch die Tatsache leiten, daß man in Schweden, wie leicht erklärlich, die dänische Thronkandidatur sehr ungern sieht. Ueber die Stimmung in Schweden schreibt unser Bruderorgan „Arbetet“ unter anderem:

„Wir haben in ganz Schweden nicht ein einziges Blatt finden können, das der Thronkandidatur wohlwollend gegenübersteht. Mehrere Organe der Geschäftswelt, darunter verschiedene in Schweden, haben sich ausdrücklich für einen allgemeinen Boykott Dänemarks ausgesprochen, und nicht eine dieser Äußerungen ist auf Widerspruch gestoßen.“

Wie die norwegische Regierung die Volksabstimmung wünscht, das zeigt folgendes Telegramm:

Kristiania, 26. Oktober. Der von der Regierung in der heutigen geheimen Storchingssitzung angeordnete Vorschlag wird darauf hinausgehen, daß für die Regierung die Ermächtigung des Storchings gefordert wird, Verhandlungen mit dem Prinzen Carl von Dänemark darüber aufzunehmen, daß er die Wahl als König von Norwegen unter der Voraussetzung annimmt, daß das norwegische Volk durch eine Volksabstimmung, ähnlich der Abstimmung vom 13. August, seine Zustimmung zu dem Beschlusse des Storchings und der Regierung gibt.

Man will also erst das offizielle Jawort des Dänenprinzen haben und dann will man dem Volke gnädig gestatten, seine Meinung zu sagen. Daß das eine Ueberumpelung des Volkes ist, ist klar. Allerdings kann man sich für dies Verfahren auf die Unionsauflösung berufen, die ja auch erst von Regierung und Storching beschlossen und dann durch Volksabstimmung bestätigt wurde. Doch damals lag die Sache so, daß man des einmütigen Willens des Volkes sicher war, während dies in der Frage der Staatsform, die doch bei dieser Angelegenheit die wichtigste ist, durchaus nicht zutrifft.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wiener Arbeiter und das Wahlrecht.

Die Vertrauensmänner der Arbeiterchaft Wiens haben beschlossen, am Tage der Eröffnung des Reichsrats eine Massen demonstration zu veranstalten, die dem Parlament und der Regierung die Forderung der Arbeiterchaft von ganz Oesterreich überbringen soll. Es wird ein Bockentag sein, aber die Arbeit wird ruhen. Die Demonstration wird durchgeführt werden mit jenes imponierenden Selbstbeherrschung und Würde, die die Arbeiter Wiens stets zu betätigen wußten, wenn es galt, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen und für ihr Recht einzutreten. Diese Umgebung wird aber auch deutlich sein und keinen Zweifel darüber lassen, daß die Arbeiter Wiens gewillt und entschlossen sind, den Kampf für das gleiche Wahlrecht fortzuführen bis zum letzten Siege.

In Vemberg fand dieser Tage eine Demonstration vor dem Landtage statt, an der mehr als 60 000 Personen beteiligt waren. Die Arbeiterschaft war nahezu vollständig; fast alle Fabriken feierten, die Bauarbeiter verließen die Bauten; alle Lohnführer, wie auch die Tramwayen stellten den Verkehr ein. Aus zwanzig Orten der Provinz waren Deputationen erschienen, zahlreiche Frauen und Studenten beteiligten sich daran. Eine Delegation unter Führung von Daschnöki und Gankiwicz wurde vom Landmarschall Grafen Wadeni empfangen. Daschnöki hielt eine Ansprache, worin er

Die dringende Notwendigkeit dem arbeitenden Volke sein Recht zu geben deutete. Der Landmarschall erwiderte, daß er einer weitgehenden Erweiterung des Wahlrechtes sympathisch gegenüberstehe. Von hier aus begab sich die Demonstration nach dem Statthaltergebäude. Die gleiche Bewegung und Begeisterung von Arbeitern ist in Schlesien und Tirol vorhanden, wo ebenfalls Kundgebung auf Kundgebung für das allgemeine gleiche Wahlrecht erfolgt.

Italien.

Die antimilitaristische Agitation. Rom, den 19. Oktober. (Fig. Ver.) In seiner Sitzung vom 18. d. M. hat sich der italienische Parteivorstand mit der Frage der antimilitaristischen Agitation und den brutalen Abwehrmitteln der Regierung (Verhaftungen in Turin, wiederholte Verhaftungen der Parteipresse, Verbot der Protestversammlungen) beschäftigt.

Vissolati führte aus, daß das Verhalten der Regierung verschieden zu beurteilen sei, je nach der Auffassung von der Stellung der Partei zum Militärproblem überhaupt. Er selbst sei der Ansicht, daß die antimilitaristische Agitation der Partei nicht auf die Desorganisation des Heeres gerichtet sein dürfe, da das Heer das Werkzeug der nationalen Verteidigung sei. Die Agitation müsse auf Demoralisierung der Armeen, Herabsetzung der Heeresausgabe und gegen die Verwendung von Soldaten im inneren Sicherheitsdienst gerichtet sein. Die Aufreizung zur Fahnenflucht, wie sie Hervé in Frankreich predigte, könne nach seiner Ansicht die Partei nicht billigen. Diese wird auch den Verhafteten von Turin vorgeworfen, der Parteivorstand müsse aber von der Ansicht ausgehen, daß die Turiner Genossen die Agitation nur in dem von der Partei anerkannten Sinne geführt haben. Schließlich schlägt Vissolati vor, die Agitation nicht wie bisher allein in den Händen der Jugendorganisationen zu lassen, und reicht eine in diesem Sinne gefasste Tagesordnung ein.

In der Diskussion hebt Marangoni hervor, daß die Agitation sich vor allem wider den Gebrauch der Soldaten gegen die Arbeiter richten müsse. Die Agitation müsse auch in der Kammer selbst getrieben werden, da in der Kammer die Regierung ihre antimilitaristische Agitation treibe. Die geeigneten Träger der antimilitaristischen Propaganda wären die Jugendorganisationen, aber die Gesamtpartei müsse sich auch daran beteiligen. Lerda ist gegen die Agitation in der Kammer, weil sie unbedeutend große Opfer fordert; man muß die Arbeiter schon vor der Dienstzeit zu gewinnen suchen. Ferri schlägt diesen Ausführungen Verdas bei und legt folgende Tagesordnung vor:

Der Parteivorstand protestiert gegen die polizeilichen Verfolgungen der Sozialisten und ihrer Freie gelegentlich der jüngsten antimilitaristischen Kundgebungen; konstatiert mit Befriedigung den Enthusiasmus, mit dem die Jugendorganisationen die antimilitaristische Agitation der Partei fortgeführt haben und beschließt, daß an dieser Agitation, unter Teilnahme des Parteivorstandes, die ganze Partei mitwirke, nicht allein, um die öffentliche Meinung über die ungenügende Verwendung der Staatsgelder in der Militärverwaltung aufzuklären, sondern auch vor allem, um die Heertruppen und Soldaten zu erziehen, nicht ihre Pflicht der Landesverteidigung zu verletzen, wohl aber ihre Mitwirkung zu den Arbeitermorden zu verweigern, deren Häufigkeit und Straflosigkeit den Schimpf unseres Landes bilden.

Diese Tagesordnung wird mit allen gegen die Stimme Vissolatis angenommen. Dieser erklärt, dagegen zu stimmen, weil die Pflicht der Landesverteidigung nur nebenbei erwähnt sei und weil der Parteivorstand die Verantwortung für eine Agitation aufgelassen würde, deren Grenzen sich nicht übersehen ließen.

Schließlich beschloß der Vorstand, den Abgeordneten Genossen Cicotti mit der Abfassung einer zur Massenverteilung zu bringenden antimilitaristischen Broschüre zu beauftragen.

Militärmusiker-Kongreß.

Berlin, den 25. Oktober.

Der Kampf, der nun schon seit mehreren Jahren zwischen den Zivil- und Militärmusikern tobt, ist mit dem heute hier begonnenen Militärmusiker-Kongreß in ein neues Stadium getreten. Bisher hatten sich lediglich die Zivilmusiker mit ihren Klagen an die Öffentlichkeit gewandt und als letzte Forderung das Verbot des gewerkschaftlichen Musizierens der Militärmusiker verlangt. Diese Wünsche der Zivilmusiker hatte der in diesem Jahre in Bremen abgehaltene Kongreß der Zivilmusiker aufs neue mit Nachdruck ausgeprochen und dadurch einen Gegenprotest der Militärmusiker veranlaßt, die sich durch jene Forderungen in ihrer Existenz bedroht glaubten. Es bildete sich ein Komitee, das alle Lokalinhaber, die Militärmusiker beschäftigen, zu einem Kongreß der Militärmusiker-Interessenten nach Berlin einlud. Diesem Ruf sind über 200 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands gefolgt, darunter befinden sich die Vorsitzenden der beiden großen deutschen Gastwirts-Organisationen: Ringel vom Deutschen Gastwirts-Verband und Seider vom Bund deutscher Gastwirte. Ferner haben sich mehrere Vorstandsmitglieder des Zivilmusiker-Verbandes eingefunden, denen das Wort gestattet werden soll. Den Vorsitz führt Gastwirt Ringel-Panlow. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten schied der Vorsitzende die Aufgaben des Kongresses auseinander: In dem Kampfe zwischen Zivil- und Militärmusikern seien die Gastwirte die Leidtragenden. Den Militärmusikern sei Schweigen auferlegt, daher müßten sich andere ihrer annehmen und sie gegen unbedachte Angriffe in Schutz nehmen. Durch die Erlaubnis der Teilnahme auch des Vorstandes des Zivilmusiker-Verbandes an den Verhandlungen soll eine gegenseitige Aussprache herbeigeführt und eine Verständigung versucht werden.

Ueber den „Zweck des Kongresses“ sprach sodann zunächst Leutnant a. D. Wasserfuhr-Berlin. Von dem Vorstand des Zivilmusiker-Verbandes werde bestritten, daß der Verband in sozialdemokratische Fahrwasser geraten sei. Demgegenüber betweise der Redner auf den Vortrag des politisch-radikalen Redateurs Schneid zugunsten der Zivilmusiker. Der Reichstags-Abgeordnete Bruhn, der von den Zivilmusikern sogar antelegraphiert worden sei, habe erklärt, nach dem Vortrage des Herrn Schneid wolle er von den Zivilmusikern nichts mehr wissen. (Zuruf: Weht auch ohne den!) Die Musik, so führt der Redner weiter aus, ist keine Mühsal. (Heiterkeit.) Wer kein Talent hat und wer keinen Fleiß zeigt, der soll die Finger davon lassen. (Zustimmung.) Die Gastwirte seien in dem Kampfe zwischen den beiden Richtungen der Puffer. Viele Gastwirte können auch mit dem besten Willen von der Militärmusik nicht lassen. Man sagt, das Publikum habe etwas an den Uniformen gefressen. Das müßte ja eigentlich eine gewisse Berechtigung haben, denn Zivilkapellen haben 1902 in Düsseldorf in den verschiedensten Uniformen gespielt. (Hört! hört!) Wenn die Zivilmusiker glauben, der Anbruch zu den Militärkapellen liege nur an den Uniformen, so mögen sie doch Uniformen anziehen. (Heiterkeit.) In der Verteilung des „Anfugs der Jugendweh-Kapellen“ stimmt der Redner mit den Zivilmusikern überein und beweist weiter auf die Konzerte der I. Original Wiener Kapelle in fast jedem Kaffeehaus. Es muß ja in Wien gar keine Musiker mehr geben, da die Wiener ja alle hier spielen. (Heiterkeit.) Seit 1880 tobt nun der Kampf und es ist wirklich jetzt Zeit zum Friedensschluß.

Wiese-Berlin (Ehrenmitglied des Deutschen Gastwirts-Verbandes): Das Publikum verlangt heute Militärkapellen. Und es hat ein Recht, das zu verlangen, denn in den Militärkapellen herrscht eine strenge Disziplin, die eine gute Musik gewährleistet. Pflicht der Zivilmusiker-Verbände ist es, zunächst einmal in ihrem eigenen Heim Reinigkeit zu halten und dafür zu sorgen, daß die tatsächlich bestehenden Uebelstände beseitigt werden. Zum Vortrurf muß dem Zivilmusiker-Verbande gemacht werden, daß er in das Fahrwasser einer gewissen politischen Partei hineingeraten ist. (Beifall.) — Präsident Vogel vom Allgemeinen Deutschen

Musiker-Verbande nimmt die Zivilmusiker in Schutz. Die Gastwirte verlangen, wir sollten sie zu der Aufstellung der Tarife hinzuziehen. Hören und denn die Gastwirte, wenn sie ihre Tarife ausarbeiten? (Minutenlanges Oh!) Die Kunst ist bei den Militärkapellen meistens nur Drill. — Zivilmusiker Wersch-Berlin: Die Gastwirte engagieren Militärkapellen in großer Zahl. Was würden die Gastwirte sagen, wenn die Militär-Kapellen dem allgemeinen Verlethe freigegeben würden? Gegen eine solche staatliche Konkurrenz, wo es das Glas Bier schon für 5 Pf. gibt, würden sie schief front machen. Ebenfalls wollen wir uns die staatlich unterstützte Konkurrenz der Militärmusik nicht gefallen lassen. (Beifall.)

Zimmer-Berlin (Vorsitzender des Vereins Berliner Musiker): Der Soldatenrod ist ein Ehrenrod. Aber ist es ein Wunder, wenn das Ansehen dieses Rodes sinkt? In niedrigster, gewinnjudiger Weise wird dieser Rod ausgenützt! Leutnant Wasserfuhr empfindet uns, doch auch Uniformen anzuziehen. Darauf kann ich nur erwidern, daß der deutsche Zivilmusiker es betrachtet, in einem Gaultier-Los zu seine Kunst zu zeigen. Er will sich die Gunst des Publikums durch sein Spiel erwerben. Man hat uns vorgeworfen, daß wir sozialdemokratisch geworden seien. Das muß ich im Namen des Vereins Berliner Musiker zurückweisen. Ist denn gleich jeder, der sich gegen staatliche Uebergriffe wehrt, Sozialdemokrat? Wir haben ein Recht, dagegen zu protestieren, daß die Militärkonzurrenz und in den Rücken fällt, und wir verlangen, daß die gewerbliche Tätigkeit der Militärmusiker eingeschränkt wird. — Musikdirektor Philipp-Berlin wendet sich gleichfalls gegen die Auswüchse der Militärmusikfunktion. Es ist ein Unfug, wenn Militärmusiker in Trupps zu 5 oder 6 über Land ziehen, um Langmuß zu machen.

Gastwirt Weide-Breslau: Sonst wird so viel vom freien Spiel der Kräfte gesprochen. Nun, dann möge man es auch im Kampfe zwischen Militär- und Zivilmusik walten lassen. Wenn die Zivilmusiker daselbe leisten würden wie die Militärmusiker, wären die Gastwirte die ersten, die zur Zivilmusik übergehen würden. — Gastwirt Kitzel-Chemnitz mahnt zum Frieden. Sonst würden sich die Gastwirte aber auch ihrer Haut zu wehren wissen. — In später Abendstunde gelangte eine Resolution Thomas-Bremen zur Annahme, in der der Kongreß sein Bedauern darüber ausdrückt, daß der Begehrtag des Zivilmusiker-Verbandes beschloß, die Militärkapellen zu bekämpfen, was für die Lokalinhaber eine Existenzgefährdung bedeute. Damit schlossen die Verhandlungen dieses Tages ab. Morgen soll über die Gründung eines Reichsverbandes der Saal- und Konzertinhaber gesprochen werden.

Literarisches.

Die älteste deutsche Gewerkschaft: Die Organisation der Tabak- und Zigarrenarbeiter bis zum Tode des Sozialistengesetzes. Von Dr. Franz Klüh, Karlsruhe, Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei 1905. Mit anerkennend-würdiger Einsicht in die Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung in den sechziger und siebziger Jahren behandelt der Verfasser die 1865 erfolgte Gründung des Allgemeinen deutschen Zigarrenarbeitervereins, seinen Uebertritt in den Schweizerischen Arbeitervereinsverband und dann die 1872 vor sich gegangene Rekonstruktion der Gewerkschaft als Deutscher Tabakarbeiterverein, sowie dessen weitere Entwicklung bis zu der 1878 auf Grund des Sozialistengesetzes erfolgten Vernichtung. An der Hand der Mitteilungen im „Vothschafter“, dem früheren Gewerkschaftsorgan der Zigarrenarbeiter, sowie auch unter Benutzung des ihm von behördlicher Seite zur Verfügung gestellten Materials ist es dem Verfasser gelungen, ein durchweg zutreffendes Bild vom Wesen der Tabakarbeiter-Gewerkschaft zu entwerfen. Er schildert, wie den Behörden anfangs auch die gewerkschaftliche Bewegung gut genug schien, um sie gegen die bürgerliche Opposition auszuspielen, wie dann aber, nachdem die Bourgeoisie ihren Frieden mit Bismarck geschlossen hatte, die Letzter namentlich des preussischen Staates nichts anderes den gewerkschaftlichen Bestrebungen gegenüber anzufangen wußten, als Polizei und Justiz gegen sie in Bewegung zu setzen. Es muß den deutschen Arbeiter mit Stolz erfüllen, wenn er in diesem Büchlein daran erinnert wird, daß seine politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu ihrer heutigen Bedeutung gelangt sind in ihrem Kampf mit Staatsgewalt und Unternehmertum, und daß kein Mittel härtester Verfolgung unversucht blieb, die jungen Keime einer selbständigen Arbeiterbewegung zu erlöten. Der bürgerliche Ideologe, der seine Antwort weit auf die Frage, warum der Klassenbewußt denke Teil der deutschen Arbeiter seine bekannte Stellung zum Staat der Sozialreform einnimmt, möge das Buch von Klüh lesen, und er wird bei einiger Ehrlichkeit sich sagen müssen, daß der Staat den Arbeiter förmlich der Sozialdemokratie aufdrängte, daß er sich für absehbare Zeiten unwürdig machte des Anspruches auf irgend welches Vertrauen von Seiten der Arbeiterschaft. Das Buch von Klüh befaßt sich in besonderen noch mit der Stellung, die Friedrich Wilhelm Frigische, der vor kurzem in Amerika verstorbenen frühere Reichstags-Abgeordnete als Leiter der Tabakarbeiter-Organisation einnahm. Es zollt der Klugheit und Wahrung dieses Gewerkschaftsfilzers volles Lob und bewundert das Geschick, mit dem Frigische die Organisation an allen Klippen der deutschen Vereinsgeschichte vorbeizusteuern wußte. Eingehend befaßt Dr. Klüh sich noch mit den Vorbildern, die Frigische bei der sozialistengesetzlichen Auflösung der Organisation auch aus Arbeitermunde hören mußte und sucht deren Berechtigung zu widerlegen. Es sei bemerkt, daß der Verfasser durchaus auf bürgerlichem Boden steht; um so mehr ist die Objektivität und die Sorgfalt anzuerkennen, mit der er eine Arbeit geschaffen hat, die in keiner gewerkschaftlichen Arbeiterbibliothek fehlen sollte. W. S.

Versammlungen.

Für den siebenten Kommunal-Wahlbezirk fand gestern abend eine öffentliche Kommunal-Wählerversammlung bei Grohmann in der Kreuzbergstraße statt, die gut besucht war. Zuerst nahm der Kandidat Genosse Dr. Herzfeld das Wort zu einer Ansprache, in welcher er die Sünden des Kommunal-Freiwilts geißelte, wie die schwächliche Haltung in Fragen der Selbstverwaltung, wobei Redner die bekannten Fälle des Märchenbrunnens und des Friedhofsportalis freistellte. Besonders kennzeichnete Genosse Herzfeld die zweideutige Stellung des Freiwilts in Sachen der Lehrergehälter und die Rückständigkeit in Schulfragen. Nachdem Genosse Herzfeld zu reger Agitation aufgefordert hatte, hielt Genosse Jubeil sein Referat. Er charakterisierte den bössigen Freiwilts, wie er seit bei Fünfen empfangen bereit sei, das Geld der Steuerzahler zu vergeuden. So seien jetzt wieder 20 000 M. für den Empfang des Königs von Spanien veranschlagt. Nachdem Redner ausführlich die Bestrebungen der Hausagrarer gekennzeichnet hatte, sowie die Bestrebungen der Gegner, der Arbeiterklasse das Wahlrecht möglichst zu beschränken, hob er unsere Forderungen in bezug auf die Volksschule und Fortbildungsschule hervor, unser Verlangen nach unentgeltlichen Lehrmitteln, Besserstellung der häuslichen Arbeiter und feuerte die Parteigenossen an, bis zum Tage der Wahl ihre Schuldsigkeit zu tun, damit die Sozialdemokratie am 8. November als Siegerin aus der Wahl hervorgehe.

Der Streik der Kupferhämmer. In der Hillaerversammlung des Kupferhämmerverbandes, die gestern abend den großen Saal von Dräsel in der Neuen Friedrichstraße füllte, gab Korchowicz den Überblick über den Stand des Streiks. Er teilte mit, daß 18 Firmen, die 77 Kupferhämmer beschäftigen, beteiligt haben. Im Streik befinden sich 123 von 12 Firmen. Da im wesentlichen nur die sogenannten reinen Kupferhämmerereien für den Streik in Frage kommen, ist demnach die Arbeit dem Beschluß vom Sonnabend entsprechend fast überall, wo nicht betrieblig ist, einmütig niedergelegt worden. Um eine durchaus zuverlässige Kontrolle über die gemeldeten Bewilligungen zu haben, beschloß die Versammlung, daß alle zu den neuen Bedingungen Arbeitenden am Sonnabend ihre Lohnzettel oder eine andere Bescheinigung über ihren Verdienst im Ge-

werkschaftshaus vorlegen sollen. Da es den Streikenden freigestellt ist, wenn bei bewilligten Firmen weitere Arbeitskräfte verlangt werden, dort zu arbeiten, außerdem auch die Unverweilenden aufgefunden wurden, Berlin zu verlassen, werden vielleicht manche Arbeitgeber, wenn sie sich länger weigern, die Forderungen anzuerkennen, einen Teil ihrer Gesellen verlieren. — Die Versammlung beschloß einstimmig, die Forderungen unverändert aufrecht zu erhalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Reichs-Finanzreform.

Berlin, 25. Oktober. Die die „Nölnische Zeitung“ zur Reichsfinanzreform berichtet, wurden in den Bundesratsausschüssen im allgemeinen die Vorschläge des Reichsfinanzamtes angenommen.

In die Vorlage haben Aufnahme gefunden eines Reichsberufssteuers und eine Erweiterung der Tabak- und Brausesteuer und der Reichsberufssteuern. Bei der Reichsberufssteuern ist auf eine mögliche Schonung der bisherigen Einnahmequelle der Einzelstaaten, die bisher sämtlich — außer Waldeck — schon eine Erbschaftsteuer hatten, besonders in der Uebergangszeit Rücksicht genommen. Die Deszendenten und Ehegatten sind von der Steuer ausgenommen. Da die Erbschaftsteuer bisher in den Einzelstaaten meist nur mangelhaft ausgebildet war, konnte man bei aller Schonung der Einzelstaaten und der Rücksicht auf die Deszendenten und Ehegatten für das Reich eine beträchtliche Einnahme aus der Reichsberufssteuern in Ansatz bringen. Eine Ueberstimmung Preußens in der Erbschaftsteuer hat nicht stattgefunden. Für die Erweiterung der Tabaksteuer hat man wieder das Monopol, noch die Form der Fabriksteuer gewählt, sondern in möglichster Entlastung an die jetzige Form der Tabaksteuer die besseren Tabake und Zigaretten stärker herangezogen. Die Brausesteuer erfährt eine erhebliche Erhöhung, aber unter Schonung der als Nahrung der ärmeren Volksschichten anzusehenden Biere. Die Erhöhung des Ertrages der Reichsberufssteuern soll durch eine Novelle zum Reichsberufssteuergesetz erreicht werden. Der Artikel fährt fort: Durch die Vorlage soll auch eine regelmäßige Tilgung der Reichsschulden ermöglicht, sowie auch eine Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten in der Richtung herbeigeführt werden, daß die Einzelstaaten einer unerträglichen, ganz unbegrenzten Inanspruchnahme mit Matrikularbeiträgen nicht mehr ausgesetzt sind. Auch soll eine weitere Entlastung des Inwoblenfonds von den Ausgaben beabsichtigt sein, die über dessen eigentlichen Stiftungszweck hinaus durch spätere Gesetze ihm auferlegt worden sind. Wenn die Reichsberufsteuer nicht mit in die Vorlage aufgenommen wurde, so kann man wohl die Erklärung hierfür dazu finden, daß die eifrigsten Befürworter ihr Erträgnis von vornherein für Sonderzwecke festgelegt haben wollten; zur Sanierung der Reichsfinanzen schien sie daher nicht geeignet und paßt deshalb nicht in den Rahmen der Reichsfinanzreform. Man wird die an sich aus Gründen der ausgleichenden Gerechtigkeit genügend gerechtfertigte Reichsberufsteuer daher als Zwischsteuer einer späteren besonderen Vorlage überlassen können. Der Umfang der Vorlage erklärt sich dadurch, daß nach Lage der Verhältnisse, wenn man die vorgezeichneten Ziele erreichen will, zuzusetz mit einem Bedarfsbedarf von 150—200 Millionen zu rechnen ist und daß dieser Bedarf weiter steigende Tendenz hat.

Entscheidung im Lippischen Thronfolgestreit.

Leipzig, 25. Oktober. Das Schiedsgericht des Reichsgerichts für die Ordnung von Thronfolge und Regentenschaft in Lippe-Deimold gab den Urträgen der Biederfelder Linie in allen Teilen statt.

Leipzig, 25. Oktober. (W. L. B.) Das Reichsgericht verworft die Revision des Reichstagsabgeordneten, Währungsbesitzers Viktor Kulerzh-Grandenz, der am 20. Oktober von dem Landgerichte Braunschweig wegen Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthatigkeiten gegeneinander zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Das Reichsgericht hat ferner das Urteil des Landgerichts I Berlin vom 12. Mai d. J., durch welches der Schriftsteller Frank Webedin-Königsberg und Verlagsbuchhändler Bruno Passier-Charlottenburg von der Anklage einer unethischen Schrift (Webedins Tragödie „Die Wälsche der Pandora“) verurteilt zu haben, freigesprochen wurden, auf Revision des Staatsanwalts aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung an das Berliner Landgericht II verwiesen.

Bielefeld, 25. Oktober. (W. L. B.) Nachdem das Schiedsgericht in Leipzig im Lippischen Thronfolgestreit entschieden hat, hat der Fürst zu Schaumburg-Lippe folgendes Telegramm an den Regenten gerichtet: An den Grafregenten Leopold zur Lippe, Lohhausen, Deimold. Soeben erhalte ich die Nachricht, daß das Schiedsgericht zu Ihren Gunsten entschieden hat. Da ich von dem Rechte meines Hauses ebenso überzeugt war, wie Euerer Erlaucht von dem des Ihrigen, mußte ich auf richterliche Entscheidung dringen. Nachdem diese zu Ihren Gunsten ausgefallen ist, will ich der erste sein, der Euerer Erlaucht zu diesem Ausgange Glück wünscht und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß Ihre Regierung unserem gemeinsamen Stammlande zum Segen gereichen möge. Georg.

Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 25. Oktober. (W. L. B.) Der Eisenbahnverkehr zwischen Petersburg, Peterhof und Drantenbaum ist eingestellt. Der Justizminister, der heute in Peterhof zum Vortrag beim Kaiser weilte, muß deshalb mittels Wagen hierher zurückkehren.

Petersburg, 25. Oktober. (W. L. B.) Der Verkehrsminister Fürst Gyllow unterbreitete dem Kaiser den Antrag, daß der Kabinettsrat unter Vorsitz des Kaisers heute zusammentrete, um über den Ausstand in Moskau eine Entscheidung zu treffen. Der Kaiser stimmte dem Zusammenritte der Minister zu, erklärte jedoch, daß statt seiner Graf Witte den Vorsitz führen werde.

Petersburg, 25. Oktober. (W. L. B.) Die Postverwaltung hat ab heute auch die Briefbeförderung über Jnland für unmöglich erklärt. Es verläutet, das Telegraphenpersonal habe ebenfalls Forderungen gestellt und beabsichtige, falls diese nicht erfüllt werden, vom Sonnabend ab zu streiken.

Petersburg, 25. Oktober. (W. L. B.) Bei den gestrigen Unruhen in Jekaterinostaw wurden 15 Personen getötet und 26 verwundet. — Die ausländischen Arbeiter des Hüttenwerks in Orjansk haben Barrikaden von Eisenstücken errichtet; bei einem Kampfe mit den Truppen gab es auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Heute haben in Orjansk das Gericht, die Wanken und die Rotare ihre Bureaus geschlossen.

Eisenbahnunfall.

Baderborn, 25. Oktober. (Amtliche Meldung.) Heute vormittag 10 Uhr 10 Minuten fuhr Personenzug 607 auf der Haltestelle Wachen auf einem Gleis 3 haltenden Arbeitszug. Ein Zugführer wurde aufschneidend schwer, ein Zugführer, ein Postbeamter und drei Reisende wurden leicht verletzt. Sämtliche Verletzten sind mit dem Personenzug 607 nach Baderborn weitergefahren und werden dort ärztlich behandelt. Der aufschneidend schwerverletzte Zugführer wurde dem hiesigen Krankenhaus zugeführt. Betriebsstörungen und Entgleisungen sind nicht dorgekommen. Der Materialschaden ist unbedeutend.

Arbeiter! Parteigenossen Berlins!

In einem Aufrufe vom 1. Oktober d. J. wendet sich der Parteivorstand an die politische und gewerkschaftliche Arbeiter-

Im weiteren wird die Parteipresse darauf aufmerksam gemacht, welche Aufgaben sie als Arbeiterpresse den Gewerkschaften gegenüber zu erfüllen hat.

Arbeiter! Parteigenossen! Aus der Kundgebung des Parteivorstandes geht unzweifelhaft hervor, daß er, gleich wie bei den politischen Organisationen, eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation für notwendig hält.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission und mit ihm die ganzen Berliner zentralistischen Gewerkschaftsorganisationen sind derselben Meinung.

Es ist ein bedauerlicher Zustand, daß in Berlin für einzelne Berufe noch immer mehrere Organisationen bestehen. Aufgabe jedes aufgelösten Arbeiters muß es daher sein, Sonderbestrebungen den Rücken zu kehren und in die bestehenden Zentralorganisationen einzutreten.

Sachliche Differenzen sind zwischen den verschiedenen Organisationen ein und desselben Berufes heute nicht mehr vorhanden. Die früher viel bekämpften Einrichtungen, als Tarifverträge, paritätische Arbeitsnachweise, Arbeitslosenunterstützung und andere Unterstützungsweize haben heute, entgegen früherer Auffassung, bei einer Anzahl abgezwigter Organisationen Eingang gefunden.

Was trennt also die Arbeiterschaft noch von dem Ziele einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation? Unserer Meinung nach nichts!

Arbeiter, Parteigenossen! Laßt allen Kleinlichen und persönlichen Hader beiseite! Vereint Euch zur einheitlichen Organisation!

Den bestehenden Organisationen, die noch neben den Zentralverbänden vorhanden sind, wird und muß es — unter Wahrung ihrer vollen Rechte bei etwaigem Uebertritt — ein leichtes sein, in die in Betracht kommenden Zentralverbände überzutreten.

Vereint und zu jeder Stunde gewappnet, sollen wir dem Gegner gegenüberstehen und uns nicht zum Gaudium desselben in Kleinlichen, häuslichen Zwist verlieren.

Arbeiter! Parteigenossen! Die Einheitlichkeit auch der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Zukunft herbeizuführen, muß unsere heiligste Aufgabe sein.

Daher fort mit allen Sonderbestrebungen auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung! Sinein in die Zentralorganisationen.

Nicht Kampf den Brüdern, sondern einig gegen den Gegner!

Nur so und nicht anders kann die Ruheanwendung aus den Tagen von Jena und dem Aufruf des Parteivorstandes gezogen werden.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Aus der Partei.

Die Erklärung des Parteivorstandes, die Kündigung der sechs Redaktionskollegen betreffend, konnte in der Dienstagnummer nur für die Berliner und Vorort-Ausgabe gebracht werden, weil dieselbe erst in später Nachtstunde in Satz gegeben werden konnte; für die Post-Ausgabe ist sie deshalb erst in der Mittwochnummer enthalten. Dies zur Aufklärung auf eine Anzahl Anfragen.

In Offenbach hat am Sonntag eine Konferenz der sozialdemokratischen Kreisvorsitzenden und Vertrauensmänner mit Hinzuziehung der Landtagsabgeordneten und Kandidaten getagt und einstimmig beschlossen: Die Konferenz empfiehlt den Genossen des Landes, überall, wo es möglich ist, eigene Landtagskandidaten und Wahlmänner aufzustellen; da, wo dies nicht möglich ist, sollten sie nur solche Wahlmänner bzw. Landtagskandidaten, die sich verpflichten, für das allgemeine und lauteleisfreie direkte geheime Wahlrecht einzutreten, unterstützen, im übrigen jedoch Wahlenthaltung üben.

Totenliste der Partei. Der Parteigenosse Wilhelm Busch, einer von der alten Kasse der Parteigenossen, ist am Montag gestorben. Busch war einer jener vielen Genossen, deren Namen nicht in die große Oeffentlichkeit dringen. Er war einer von denen, die die oft unterschätzte Kleinarbeit, die in Wirklichkeit gar keine kleine Arbeit ist, unermüdet ausübten. Busch war politisch und gewerkschaftlich gleich rührig und speziell in der schlimmsten Zeit unter dem Sozialistengefetz stellte der Braven allezeit seinen Mann. Busch war Schuhmacher; vor mehreren Jahren begann er zu kränkeln und nur zu bald erkannte man, daß wenig oder gar keine Aussicht vorhanden sei, ihn jemals wieder in den Reihen der Genossen wirken zu sehen. Busch war geistig erkrankt und mußte einer Irrenheilanstalt zugeführt werden. Dort ist er nun verstorben. Das Gedächtnis auch dieses Braven wird allezeit in Ehren gehalten werden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Autorität des Arbeitgebers muß geschützt werden. Wegen Verleumdung des Vorsitzenden des Schuhmacherverbandes der Düsseldorf Holzindustrie, Paul Siebel-Naß, wurde der verantwortliche Redakteur der Düsseldorfer „Volkzeitung“, Genosse Schotte, vom Schöffengericht zu Düsseldorf zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Klage ist hervorgerufen worden aus Anlaß der Ansperrung der Düsseldorfer Schreiner, gefunden wurde die Verleumdung in einem Artikel der „Volkzeitung“, worin an der Hand von Vorgängen im Siebelschen Betriebe gegen Siebel der Vorwurf erhoben wurde, er habe sich an dem Beschlusse der Siebelerkommission der Arbeitgeber, seine Lohnhöhe zu erhöhen, vorbeigedrückt und zwar als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes und des Siebelerausschusses. In der Beweisaufnahme wurde befunden, daß Arbeiter des Siebelschen Betriebes in den Glauben versetzt worden seien, es gäbe Lohnzulage, worauf auch die Kündigung unterblieb. Gen. Schotte hatte wegen Verleumdung Widerklage erhoben, die aber zur Freisprechung Siebels führte. Schließlich Schotte hat das Gericht entschieden, daß zwar eine willkürliche Verbreitung von Unwahrheiten nicht vorliege, Schotte sich aber vor Aufnahme des Artikels hätte genauer informieren müssen; daß er dies nicht getan, grenze dicht an willkürliche Verbreitung von Unwahrheiten. Weiter komme auch in Betracht, daß dem Angeklagten

bekannt war, daß Siebel Vorsitzender der Arbeitgeber war und dadurch um so schwerer beleidigt würde. Auch sei Siebel Arbeitgeber und nicht durch den Artikel seine Autorität seinen Arbeitern gegenüber. Verurteilung ist selbstverständlich eingelegt.

Aus Industrie und Handel.

Die Steinkohlenproduktion Deutschlands hat seit der Beendigung des Bergarbeiterstreiks einen derartigen Aufschwung genommen, daß bereits im September der durch den Streik hervorgerufene Ausfall völlig ausgeglichen worden ist und sich für die ersten drei Quartale dieses Jahres gegenüber dem Vorjahre schon ein Ueberschuß von 250 000 Tonnen ergibt. Es betrug nämlich die Steinkohlenförderung in den ersten neun Monaten der beiden letzten Jahre:

Table with 2 columns: 1904 and 1905. Rows for months from January to September, and a total row. Values in Tonnes.

Roch weit mehr hat die Braunkohlenförderung, da diese nicht vom Streik getroffen worden ist, zugenommen. Sie lieferte folgende Mengen:

Table with 2 columns: 1904 and 1905. Rows for months from January to September, and a total row. Values in Tonnes.

Diesen Zahlen gegenüber nimmt sich das Gemahner der Regensgesellschaft über die schwere Schädigung, die ihnen angeblich der Bergarbeiterstreik gebracht hat, geradezu lächerlich aus. Was in den beiden Monaten Januar und Februar weniger an Steinkohlen gefördert worden ist, das hat die verstärkte Förderung nach dem Streik reichlich wieder eingebracht.

Rheinisch-westfälisches Zement Syndikat. Die Bestrebungen zur Bildung eines großen westdeutschen Zement Syndikates versprechen Erfolg zu haben. Der Rhein. Westf. Zg. zufolge wurden in der gestrigen Bochumer Verammlung des Rheinisch-Westfälischen Zement Syndikates die Verträge der Gruppen Hannover, Mitteldeutschland, Unterelbien, Rheinland-Westfalen genehmigt. Mit den noch ausstehenden Werken Teutonia, Saturn, Elsa, Bonner Bergwerks- und Hüttenverein und Stoppenberg-Bratwede schweben Verhandlungen, die voraussichtlich Vertragsabschlüsse ergeben werden.

Die russischen Anleihe-Verhandlungen stoßen allem Anscheine nach auf immer neue Schwierigkeiten. Die Bankentfortien finden jetzt die Summe von 1800 Millionen Frank zu hoch und verlangen eine Verminderung der Summe auf 1400, einige sogar auf 1250 Fr., also auf eine Milliarde Mark. Außerdem soll der russische Finanzminister darauf bestehen, daß der Zinssfuß auf 4 Proz. festgesetzt wird, während die Bankgruppen eine 4 1/2-prozentige Verzinsung fordern. Das Uebereinkommen Konjunktionsrat setzt sich aus französischen, deutschen, englischen, holländischen und amerikanischen Bankhäusern und Banken zusammen, die Anleihe erhält also einen internationalen Charakter. Die Quoten, mit denen die einzelnen Gruppen an der Anleihe partizipieren, sollen indes noch nicht genau festgestellt sein.

An dem Zustandekommen der Anleihe ist trotz dieser Hindernisse natürlich nicht zu zweifeln, und das kapitalistische Publikum wird, wenn ihm durch die Presse und schöne Prospekte die Sache mündgerecht gemacht, schließlich wiederum dem Jargonismus neue Riesensummen zur Festigung seiner fuchswürdigen Herrschaft vorziehen.

Von der Baumwolle. Nach einer amtlichen Statistik, die jüngst in Washington veröffentlicht wurde, verfügten die Vereinigten Staaten für das Jahr vom 1. September 1904 bis 1. September 1905 über einen Reichtum an Baumwolle von 14 455 994 Ballen. Davon wurden 61 Proz. exportiert, 30 Proz. betrug der einheimische Verbrauch und 9 Proz. war Ueberschuß vorhanden. Die amerikanische Baumwollenernte erreichte im Jahre 1904 die Höhe von 13 698 279 Ballen. Auf den Weltmarkt kamen 13 041 859 Ballen im Jahre 1904 und der Weltkonsum betrug 15 474 980. Demnach mußte noch ein Vorrat von 2 566 879 Ballen vorhanden sein. Der größte Teil der Produktion fällt auf die Vereinigten Staaten. In Ostindien wurden 2 980 000 Ballen geerntet und Ägypten lieferte 1 187 000 Ballen. In den letzten 25 Jahren ist die Produktion in den Vereinigten Staaten von 5 675 359 auf 13 698 279 Ballen gestiegen und der Konsum von 1 671 883 auf 4 278 980 Ballen. Der Export war im vergangenen Jahre, bis 1. September 1905, um mehr als eine Million Ballen größer als jemals vorher. Wie die verschiedenen Länder von den Vereinigten Staaten ihre Baumwolle kaufen, zeigt folgende Tabelle über das besprochene Jahr:

Table with 2 columns: Country and Quantity in Ballen Baumwolle. Rows for Great Britain, Germany, France, Italy, Japan, Spain, Belgium, Russia, West Indies, Mexico.

Eine kuriose Verurteilung sendet uns die Dresdener Zigarettenfirma Georg A. Jasmah. In Nr. 245 des „Vorw.“ veröffentlichten wir einen kurzen Bericht über eine Gerichtsverhandlung, in der die Frage zur Erörterung gelangte, ob die Jasmah-Gesellschaft sich einer Nachahmung der Verpackungen und der Stempelbandrollen der russischen Firma F. D. Bogdanoff u. Co. schuldig gemacht. An diesem Bericht hat die Generaldirektion der Jasmah-Gesellschaft folgende Bemerkungen angehängt:

1. Es ist nicht wahr, daß die Aktiengesellschaft Georg A. Jasmah von Anfang an in Uebereinstimmung mit der Firma der Amerikan Tobacco Company, der sogenannte amerikanische Tabaktrust, ihre Hände im Spiele gehabt habe. Im Gegenteil, in einem Kalender, den die Georg A. Jasmah-Aktiengesellschaft, noch bevor sie ein Jahr in Existenz war, in einer Auflage von einer Million Exemplaren zur Verteilung gebracht hat, wurde die Beteiligung der Amerikan Tobacco Company an der Georg A. Jasmah-Aktiengesellschaft ausdrücklich erwähnt. Die Georg A. Jasmah-Aktiengesellschaft hat allerdings später, und zwar im Herbst 1902, die interessierten Kreise informiert, daß die Amerikan Tobacco Company keine Aktien mehr in ihrer Gesellschaft besitzt, da damals die Amerikan Tobacco Company ihre familiären Aktien, die sie noch in der Georg A. Jasmah-Aktiengesellschaft besaß, veräußert.

2. Das Aktienkapital ist nicht auf eine halbe Million, sondern auf 5 Millionen erhöht worden.

3. Es ist nicht wahr, daß bei der Begründung der Aktiengesellschaft Jasmah an die Spitze des Unternehmens die Direktoren Ernst Friedrich Güttschow und James Marsh Dixon getreten sind, sondern es übernahm Konsul Jasmah bei Gründung der Gesellschaft die Leitung derselben als alleiniger Direktor. Die Herren Güttschow und Dixon traten als Direktoren erst in die Jasmah-Gesellschaft, nachdem dieselbe bereits mehr als ein Jahr bestand.

4. Es ist nicht wahr, daß die Jasmah-Gesellschaft eine russische Zigarette „Kampanzia“ auf den Markt gebracht hat, sondern vielmehr geschah dies vor mehr als 10 Jahren seitens der alten Firma Georg A. Jasmah.

Nach dem Vergehen sind wir nicht zur Aufnahme dieser schönen Verächtigung gezwungen. Wenn wir sie dennoch zum Ausdruck bringen, so geschieht dies, weil sie in allen wesentlichen Punkten unseren Bericht bestätigt und nur einige ganz nebensächliche Apollonien zu modifizieren vermag. Es ist sicherlich ganz gleichgültig, ob die Firma Georg A. Jasmah etwas früher oder später zugestanden hat, daß sie dem amerikanischen Tabaktrust angehöre, und ebenso unbedeutend ist es, ob bereits die Firma Jasmah vor oder nach ihrer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft die Zigarette „Kampanzia“ eingeführt, Tatsache ist jedenfalls, daß die neue Firma dieses Fabrikat ruhig weiter vertrieben hat. Ueber den Eintritt der Herren Güttschow und Dixon in das Geschäft haben wir kein einziges Wort geschrieben. Vielleicht haben die Verfasser der Verächtigung irgend etwas Derartiges in einem anderen Blatte gelesen und in ihrem Eifer dann den „Vorwärts“ mit diesem Blatte verwechselt.

Gewerkschaftliches.

Inzureichender Arbeitswilligenshau!

Die Unternehmer werden über Klassenjustiz zetern, wenn sie das Nachsichende lesen! Während die Gerichte streikbrechende Arbeiter, wie sie schon oft bewiesen haben, in ausreichendem Maße vor den bösen Streikbrüdern schützen, sind arbeitswillige Unternehmer dem Terrorismus „faulenzender“ Kollegen beinahe schamlos preisgegeben!

Der Maschinenist Eusebius Grosser stand am 19. Mai vor dem Tore der Landesischen Maschinenfabrik in München, wofür ein Streik ausgebrochen war, auf Kosten. Er nannte einen Arbeitswilligen namens Josef Fleischmann, ein abgehauener Gaswirt, einen „Schuft“ und spuckte ihm ins Gesicht. Das Schöffengericht München I verurteilte Grosser wegen eines Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zu drei Wochen Gefängnis.

Das gleiche Gericht verurteilte in der vorigen Woche (s. Nr. 238 des „Vorw.“) zwei Fuhrwerksbesitzer, die einen Kollegen, weil er sich nicht an dem im Mai ausgebrochenen Streik der Kraftfuhrwerksbesitzer beteiligte, ebenfalls ins Gesicht spuckten und ihm unter den gemeinsten Schimpfnamen sogar die Pferde ausspannten, zu je — zwei Tagen Gefängnis! Zwischen diesen beiden Urteilen besteht nur der eine Unterschied, daß es sich hier um einen Arbeiter und dort um zwei Unternehmer handelte!

Hier drei Wochen Gefängnis, dort zwei Tage Gefängnis. Wunderbar sind die Wege der blinden Dame Justitia!

Berlin und Umgegend.

Die Lohnkommission der Kohrer gab in der letzten Versammlung des Vereins bekannt, daß sich noch circa 150 Kollegen im Auslande befinden. Auch suchen die Firmen H. Arndt, E. Schröder und Weise Arbeitswillige. Sie versprechen ihnen dauernde Winterarbeit. An der Meisterversammlung haben nur zwei Kohrgewebefabrikanten teilgenommen, nämlich die Firmen Frank u. Rief-Kottbus und Schwarz & Ripphe. Diese mußten daran teilnehmen, weil sie mit den Firmen Jahresabschlüsse gemacht haben. In der Diskussion wurde ein Bericht gegen die Lohnkommission richtig gestellt. Die Mitglieder derselben sollen pro Tag 8 Mk. bekommen. Dies trifft aber nicht zu. Sie bekommen ebenfalls nur ihre Streikunterstützung. Es wurde als Pflicht der Kohrer hingestellt, daß diese nicht allen Schuld pugen mögen und den Streikbrechern mehr auf die Finger sehen. Den Rabigpauern wurde das Lob der Streikenden ausgesprochen. Wenn ein arbeitswilliger Kohrer auf den Bau kommt, wo Rabiger sind, so muß derselbe den Bau bald wieder verlassen. Die Versammlung nahm von zwei Resolutionen, welche gleichen Inhalts waren, die folgende an: Die heute tagende, von über 200 Kohrern besuchte Versammlung erklärt sich mit der Taktik der Kommission vollständig einverstanden. Die Streikenden treten erst dann wieder in Arbeit, wenn der Streik aufgehoben ist.

Achtung, Schuhmacher! Um Ihren Lohnforderungen Nachdruck zu verleihen, haben die Kollegen der Schuhfabrik von Lissenheim, Spandauerstr. 65/67, die Arbeit niedergelegt. Wir ersuchen, den Zugzug fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher.

Ausland.

Die Gasarbeiter von London sind in einen Ausstand getreten. Die Stadt war zum größten Teil in Dunkel gehüllt. Der Seeprefekt hat 90 Heizer und Maschinenisten in die Gasanstalt entandt, um wenigstens den Betrieb der elektrischen Maschinen zu ermöglichen.

Die Massenansperrung in der schwedischen Metallindustrie. Die Aufforderung des Verhandlungskomitees an die Unternehmer und Arbeiter der verschiedenen Betriebe, sich über bestimmte Minimallöhne zu einigen, hat zu keinen hoffnungreichen Ergebnissen geführt. Zu einem großen Teil sind diese Verhandlungen gescheitert und einige Unternehmer haben es überhaupt abgelehnt, mit den Vertretern der Ansperrten zu verhandeln. Man muß also darauf gefaßt sein, daß der Kampf noch längere Zeit fort dauert. Das Verhandlungskomitee hat allerdings die Hoffnung auf Erfolg nicht verloren und setzt seine Tätigkeit ununterbrochen fort.

Die Lohnbewegungen schwedischer Buchbinder. In Stockholm haben die Buchbinder nach langwierigen Verhandlungen einen neuen Tarifvertrag erzielt, der den Arbeitern und Arbeiterinnen annehmbare Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen sichert. In Göteborg aber sind die Verhandlungen noch nicht beendet.

Aus der Frauenbewegung.

Die Proletarierinnen und die Stadtverordnetenwahlen.

Die Volksversammlung, die von den sozialdemokratischen Frauen im Einverständnis mit den Genossen zum Dienstag nach der Brauerei Friedrichshain einberufen war, um der Agitation für die Kommunalwahlen zu dienen, erzielte sich eines zahlreichen Besuches. Circa 1500 Personen, darunter viele Frauen, lauschten dem Referat des Genossen Paul Singer. Er machte es sich mit zur Aufgabe, zu zeigen, in wie hohem Maße die Frauen aus dem Proletariat interessiert seien an der Kommunalpolitik, die nicht nur für die Bürgerlichen Grundlag der reinen Vermögensverwaltung, sondern stets die Erfüllung der großen sozialen Aufgaben der Gemeinde im Sinne der sozialdemokratischen Auffassung im Auge haben müsse. In diesem Sinne behandelte er das Schulwesen, die öffentliche Gesundheitspflege, die Armenpflege, das Wohnungswesen, die Stellung der Gemeinde zu

In einer Branchenversammlung der Sigmundarbeiter, die am Donnerstag stattfand, wurden die Arbeitsverhältnisse in diesem Spezialberufe der Tischlerei besprochen. Den Erörterungen lag eine Statistik zugrunde, die sich auf 31 Werkstätten im Südosten mit 307 Arbeitern erstreckt. Gearbeitet wird teils in Lohn, teils in Afford. Die Löhne gehen bis 18 M. hinunter, sind aber bei besonders tüchtigen Arbeitern erheblich höher. Die Affordlöhne ergaben einen für jede einzelne Werkstatt berechneten Durchschnittslohn von 22 bis 35 M. Die niedrigeren Löhne sind jedoch überwiegend. Ueber die allgemeinen Verhältnisse der Branche wurde ausgeführt, daß die einfacheren Sigmund, besonders Stühle, im Harz, in Hannover und Sachsen fabrikmäßig hergestellt werden und für Berlin meist nur bessere Arbeiten in Frage kommen, deren Muster häufig wechseln, weshalb die Arbeiter beim Veranschaulichen neuer Arbeiten oft recht unzufrieden davonkommen. Neue Tarife gibt es fast gar nicht, auch stehen die Spezialwerkstätten für Sigmund nicht unter dem für das Tischlergewerbe bestehenden Verträge. Empfohlen wurde, die Affordarbeit möglichst zu meiden und grundsätzlich die Lohnarbeit anzustreben, die für die in Berlin hergestellten Artikel das beste Lohnsystem ist.

Eine Versammlung der Uhrmacher, die einen verhältnismäßig guten Besuch aufwies, war vom Metallarbeiter-Verein am Donnerstag nach den „Arminhallen“ einberufen worden. Außer einem Vortrag des Genossen G. Rempe nahm die Versammlung noch einen Bericht entgegen über die Mitstände in der Gesellschaft für Elektricitätszähler, Firma Dr. Aron zu Charlottenburg, Wilhelmsdorferstr. 39. Diese Firma löst seit geraumer Zeit junge Uhrmachergesellen aus der Provinz in ihren Betrieb, wobei sie den Gehülfen einen Affordlohn von 30—40 M. pro Woche in Aussicht stellt. Nun können zwar gut eingearbeitete Gehülfen bei intensiver Anstrengung annähernd einen solchen Verdienst erzielen. Junge Leute aber, die in einem Provinzialort meistens noch nie etwas mit einer derartigen mechanischen Arbeit zu tun hatten, vermögen es in der Regel nur zu einem Durchschnittslohn von 15, 18, 20, höchstens 22 M. zu bringen; für Berliner Verhältnisse natürlich viel zu wenig. Die Affordpreise für Motorzähler sind in letzter Zeit derartig heruntergefallen, daß kein Arbeiter dabei einen auch nur halbwegs auskömmlichen Verdienst zu erzielen vermag. So verlassen die hergelohnten Gehülfen denn gar bald wieder den Betrieb und vermehren hier dann das Heer der Arbeitslosen, bis sie sich schließlich in einer anderen Branche für jeden Preis anbieten, um nicht völlig unterzugehen. Besonders schmerzhaft geht die Firma auch gegen organisierte Gehülfen vor. Sobald sie durch ihre Meister resp. Antreiber herausgefunden hat, daß ein Gehülfe etwa Mitglied des Metallarbeiter-Vereins ist, wird er ohne weiteres entlassen. Vertrauensleute der Organisation sind dort noch regelmäßig entlassen worden, weil sie angeblich die übrigen Gehülfen „aufzuregen“, für so niedrige Affordpreise nicht zu arbeiten. Erfährt die Firma irgendwo, daß „ihre“ Gehülfen zu einer Werkstattbesprechung zusammenkommen wollen, so verbietet sie ihnen ganz einfach die Beteiligung daran. Sogar, wenn organisierten Gehülfen wird der Verbleib in dem Betriebe durch Schikanierungen und schlechte Afford ummöglich gemacht. Eine Einladung zur Versammlung hat die Firma mit dem Bemerkten abgelehnt, daß jeder Gehülfe bei ihr wohl zufrieden sein muß, weil sich seit Jahr und Tag noch niemand bei ihr beklagt habe. Uebrigens lehne sie es auch ab, ihre Betriebsverhältnisse vor „fremdem“ Publikum zu erörtern. Die Versammlung war einmütig der Ansicht, durch die Arbeiterpresse vor der Firma Aron zu warnen, damit sich besonders junge, unerfahrene Gehülfen von auswärts fernhalten nicht mehr durch vielversprechende Annoncen nach diesem Betriebe hinlocken lassen.

Der Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter Berlin und Umgebung nahm in seiner ordentlichen Generalversammlung die Abrechnung vom Stiftungsfest entgegen. Dasselbe ergab einen Ueberschuß von 96,15 M. Vom dritten Quartal blieb ein Ueberschuß von 824,35 M. Aufgenommen wurden 87 Mitglieder. Daffner gab hierauf den Bericht von dem am 27. August stattgefundenen Konföderation. Nach der Berichterstattung stellte Popenhagen den Antrag, am 30. Oktober eine außerordentliche Generalversamm-

lung einzuberufen, um bei der Wichtigkeit der Materie eine möglichst weitgehende Diskussion zu pflegen, was bei der vorgerückten Zeit nicht mehr möglich wäre. Dem wurde allseitig zugestimmt. Der Kollege Galland wurde wegen seines denunziatorischen Vorgehens in der Fabrik von Masendorf aus dem Verein ausgeschlossen.

Achtung, Vereine!

In den Anfang November zur Veröffentlichung gelangenden Vereinskalender finden nur die Vereine Aufnahme, die bis zum 28. d. Mts. unter Angabe des Sitzungstages und Lokals darum nachsuchen.

Arbeiter-Zamawiter-Kolonie. Heute abend 9 Uhr Fortsetzung des Anrufes in der 3. Abteilung, Schöneberg, bei Obdt. Weiningerstr. 8; Vortrag über Psychologie. Neue Mitglieder können noch eintreten. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. Eintrittsbeitrag 25 Pf., Monatsbeitrag 25 Pf.

Eingegangene Druckschriften.

Hochstetter, Franz. Die wirtschaftlichen und politischen Motive für die Abschaffung des britischen Elfenbeinhandels im Jahre 1800/1807. Verlag von Duncker u. Humblot. Leipzig 1905.

Das Problem der Gebürtigkeit. Eine rechtsgeschichtliche und genealogische Studie von Otto v. Dungen. Rindgen, R. Piper u. Co. 155 Seiten. Gebotet 2 M.

Lehr-Programm der Volkshochschule Humboldt-Akademie 1905—1906. Sammlung Schär-Langenheidt. Winterbuchhaltung für das Kleingewerbe. Von Dr. J. F. Schär. Langenscheidt. Großlichterfelde-Dr.

Ludwig Gurlitt. Der Deutsche und seine Schule. Erinnerungen, Beobachtungen und Wünsche eines Lehrers. 240 Seiten. Preis geb. 2 M., geb. 3 M. Verlag Wiegandt u. Grieben, Berlin, Ludenwallstr. 1.

Die Vort-Archivur kel! Tagebuch der darmbergischen Krankenschwester Olga von Baumgarten. (Straßburg i. E. und Leipzig, Josef Singer.)

Grethleins praktische Hausbibliothek. Erziehungsfragen. Wegweiser zur Heilung der Fehler unserer Jugend. Von H. Rieg.

G. Schroeder. Die englische Handelsflotte. (Halle a. S. Gebauer-Schwelbke.)

Der Weg. Heft 3. Wochenschrift für Politik und Kultur. Preis 24 Heller. Verlag Der Weg, Wien, IX 3, Garsellgasse 3.

Arnd, Briefmarken-Zamawiter. Bearbeitet von Max Thier, Briefmarken-Prüfungskommissioner, Charlottenburg. Verlag von J. N. Kund. Leipzig 1905/06.

Dies. Ueber Heizung und Lüftung der Schulräume. 32 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag B. Hoff, Müller u. Co., Charlottenburg, Spandauerstraße 10a.

Deutsche Gartenbau-Gesellschaft. Geschäftsbericht 1904—1905. Selbstverlag, Schlichtersee.

Prof. A. Journer. Das hat der Vater seinem achtehnjährigen Sohn zu sagen? Aus dem Französischen überseht von Dr. C. Kavalan. 32 Seiten. Preis 20 Pf. Verlag: J. N. D. Diez, Stuttgart.

27. Generalversammlung des Internationalen Vereins zur Reinhaltung der Flüsse, des Bodens und der Luft. 56 Seiten. Preis 1,20 M. Referat zum internationalen Fischereikonferenz Wien 1905. 12 Seiten. Preis 30 Pf. Gebr. Bieding, Verlagsbuchhandlung, Hamburg 30.

Der Weg. Nr. 4. Wochenschrift für Politik und Kultur. Preis 24 Heller. Wiener Verlag, Wien.

Riehings Wunderbuch mit 14 farbigen, sehr brauchbaren Karten, bearbeitet von Dr. E. Albrecht Verlag von Neigus Riehling in Berlin SW. Kleinbeerenstr. 26, Teil I in neuester Auflage. 180 Seiten. Preis 1,50 M.

Reisebegleiter. Herbstausgabe 1905. Frankfurt a. M. (Frankfurter Societätsdruckerei.)

Die neue Frauenrecht. Mitteilungen der freien Vereinigung für Verbesserung der Frauenbildung. (Georg D. B. Callwey, München.)

Wicht, Rheumatismus, Gicht (Rachis), Verhärtung und naturgemäße Behandlung. Von Dr. E. Kollegg. 2 Aufl. (1.—) — **Die Nervosität.** Die Robekantheit unserer Zeit, ihre Ursachen, die Selbstvergiftung und ihre Heilung durch ein erprobtes Blutreinigungsverfahren. Von Dr. med. Walter. 2. Aufl. (1,20 M.) Verlag: Edmund Demme, Leipzig.

Schillers Werke. Multirierte Vollausgabe. Lieferungen 13—18. Jede Lieferung 30 Pf. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Die geschichtliche Verleugung der Kinder. Zur Geschichte und Kritik des Gedankens von Maria Wilmers. 36 Seiten. Preis 50 Pf. Frankfurt a. M. J. D. Sauerländer's Verlag.

Die Garde vom Hugelrad. Episoden aus dem Dienstleben der Eisenbahnbeamten. Braunshweig, Richard Sattlers Verlagsbuchhandlung. Preis geb. 3,50 M.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

N. 10. Scheidungsfrage können Sie erheben, müssen aber den Scheidungsgrund beweisen und die Zahlung zum Scheidetermin spätestens sechs Monate nach Kenntnis von dem Scheidungsgrund zu leisten lassen. Die Ehefrau kann Widerklage erheben. Ist sie das und wird auch wegen des Antrags zur Last fallenden Ehebruchs die Ehe geschieden, so tritt die Scheidung erst mit dem Verdict zum Scheidetermin in Kraft. Zweck der Erwirkung des Scheidetermins ist die Wirkung eines Annahls nicht erforderlich. Ein Beispiel für eine Zahlung zum Scheidetermin finden Sie Seite 226 des „Arbeiterrecht“ beigefügten „Führers durch das S.G.B.“. Nach fruchtlosem Ablauf des Scheidetermins amischen Sie zweckmäßig das Armenrecht. Durch Bewilligung des Armenrechts erheben Sie keinen Verdict Ihrer politischen Rechte. Eine Anleitung und ein Beispiel für die Erwirkung des Armenrechts finden Sie Seite 592 des „Arbeiterrecht“. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **C. N. 9.** Rein. — **S. 10.** Da eine Fälligkeit des Darlehens nicht vereinbart ist, so muß zunächst Kündigung erfolgen. Die Kündigungsfrist beträgt bei Darlehen über 300 M. drei Monate, bei geringeren Höhen einen Monat. Zahl der Schuldner am Fälligkeitstage nicht, so kann gegen ihn Darlehensklage erhoben oder Zahlungsbegehren erhoben werden. Ein Formular für eine Klage finden Sie S. 229 Nr. 34 des „Arbeiterrecht“ beigefügten „Führers durch das Bürgerliche Gesetzbuch, ein Beispiel für einen Zahlungsbegehren S. 297, 598 des „Arbeiterrecht“. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **Bücherei 27.** Sie könnten in Höhe von 50 M. mit Erlaß Ihre Ansprüche geltend machen. Maßstab ist es, die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts eingeholen. — **1885.** 1. und 2. Ja. 3. Nein. — **Warienborf.** Der preussische Staat berechnet für Logis und Verpflegung in einer Strafanstalt 50 Pf. für jeden Tag. Der Fiskus kann versuchen, seine Forderung in derselben Art wie jeder andere Gläubiger beizutreiben. — **Zf. 100.** 1.—3. Sie würden sich am zweckmäßigsten der öffentlichen Klage als Nebenklägerin anschließen und Ihre Rechte in diesem Strafverfahren geltend machen. Ein Beispiel für solchen Ansuchen finden Sie S. 575 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden „Arbeiterrecht“. Die Wirkung eines Annahls ist nicht notwendig in Ihrem Falle aber zweckmäßig. Wir lehnen es grundsätzlich ab, bestimmte Annahle zu empfehlen, wenden Sie sich an einen Anwalt, zu dem Sie Vertrauen haben. 4.—6. Durch Pfändungsvorläufe müßten Sie Ihren Anspruch zu erfüllen suchen. Die Kosten für eine Zahlung zur Leistung des Pfändungsverfahrens (abläßliche Angabe des Vermögens) richten sich nach der Höhe des Objekts. — **N. 2. II.** Aus nicht bekannt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63—68 pr. 100 Pfund, IIa 56—62, IIIa 50—55, IVa 40—48. Kalbfleisch Ia 85—90, IIa 73—82, IIIa 66—72, Hammelfleisch Ia 63—73, IIa 48—58. Schweinefleisch 68—74. Rotmilch Band 40—53 Pf. Salen Stück 3,80—4,35, klein 1,75—3,50. Kamidger Stüd 0,85—1,00. Krammettsbögél 20—25 Pf. Weibhühner, junge Ia 1,00 bis 1,30, junge IIa 0,90—0,90, junge kleine 0,00—0,00, alte Ia 0,65—0,85, alte IIa 0,00—0,00. Hühner, alte 1,40—1,50, junge 1,00—1,20 das Stück. Tauben, junge 0,45—0,60, alte 0,30—0,35. Enten, junge 1,40—2,45. Gänse Ia, 3,50—4,20, IIa 2,50—3,00 per Stück, Ia 0,58—0,61, IIa 0,48—0,56 per Pfund. Hechte 82—89 M. Schlei, unsoct. 00 M. Nase, groß 00—00, mittel 00—00 M. Bläßen 00—00 M. Karper 00—00 M. Lachs 00—00 M. Schellfische 00—00 M. Flunder 00 M. pro 100 Pfund. Schottische Vorkuttere (gepalten) 36—38 M. Krebse, kleine. Schod 0,00 M. unsoctiert 0,00 M. Eier, Schod 3,70. Butter pro 100 Pfund Ia 120—124, IIa 114—120, IIIa 110—114, abfallende 100—110. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 1,90—2,16, Rosen 1,50—1,75. Blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Weizenlohl pr. Schod 4,00—7,00. Weizlohl 6,00—8,00, Rogglohl 4,00—6,00, Holl. 7,50—12,00, 29. Emire Gurken, neue, Schod 2.—.

Witterungsbericht vom 25. Oktober 1905, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.		
Eintriede	764	SSW	2	bedekt	2	Hararanda	772	RS	2	bedekt	-3
Damburg	765	SSW	2	Rebel	-0	Petersburg	763	ONO	2	Regen	4
Berlin	765	SSW	2	bedekt	1	Scilly	769	NO	4	5	6
Frankfurt a. M.	767	SD	1	mollert	1	Aberdeen	769	SSW	2	bedekt	4
München	765	SD	3	mollert	-3	Paris	766	NO	2	bedekt	1
Wien	765	SW	1	Rebel	3						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 26. Oktober 1905. Ziemlich trübe, neblig und kühl mit geringen Niederschlägen und schwachen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keine Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 26. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Theaterpark. Prinz Friedrich von Homburg.
Neues. Ein Sommernachts Traum.
Wehen. Der Opernball.
Deutsches. Das Käthchen von Heilbrunn.
Berliner. Andalusia.
Anfang 8 Uhr:
Zöllner O. (Wollner-Theater.) Nachtmann als Erzähler.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Der Traum ein Leben.
Festung. Stein unter Steinen.
Zentral. Zur indischen Witwe.
Nachm. 4 1/2 Uhr: Prinzesschen Goldstrand.
Reichens. Die Höhle des Löwen.
Kleines. Hidalla.
Trianon. Madame Torera.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Thalia. Bis früh um fünf!
Carl Weiß. In Berlin ist was los.
Luffen. Die lustigen Weiber von Windsor.
Deutsch. Amerikanisches. Aber, Herr Herzog!
Metropol. Auf — ins Metropol!
Kaffee. Der Adelsnarr.
Apollo. Frau Luna. — Spezialitäten.
Walhalla. Eine tolle Nacht.
Gartenfeld. Die Weichsel.
Wintergarten. Ein Abend in einem amerikanischen Lunge-Tempel. — Spezialitäten.
Folies Caprices. Nach dem Hapsenreich. Sock und Haben. — Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Robert Koppel. Karthall, der Mann mit den Hüllen. Georg und Gusti Ebler.
Urania. Laudenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtsjonne.
Zur Orchestral: Dr. Donath: Die chemischen Stromwirkungen.
Sternwarte. Invalidentheater. 57/62.
Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Berliner Theater.
Charlottenstr. 90/92.
Andalusia.
Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Florian Uebli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag: Andalusia.
Sonabend u. Sonntag: Rean.
Sonntag nachm.: Rean.
Montag: Andalusia.

Kleines Theater.
Hidalla.
Anfang 8 Uhr.
Freitag:
Hidalla.

Zentral-Theater.
Zwei Vorstellungen.
4 1/2 Uhr: Kinder-Vorstellung. Preise.
5 Uhr: Prinzesschen Goldstrand.
8 Uhr: Indische Witwe.
täglich: Indische Witwe.
Operette in 3 Akten v. Josef Strauß.
Sonabend nachmittags 3 1/2 Uhr: Klaffervorstellung: Wilhelm Tell.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Geisha.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Gastspiel des Theaters des Westens:
Die lustigen Weiber von Windsor.
Freitag: Premiere: Sinfon.
Sonabend: Das Erbe.
Sonntag nachm.: Die Kinder der Erzberger. Abends: Othello.
Montag: Sch-Schule.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20.
Direktion: Richard Schultz.
Heute und folgende Tage:
Eine tolle Nacht.
Besetzt: Gr. Spezialitäten-Programm.
Auf 8 Uhr. Nachher überall gehalten.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67.
Zam. Jeden Abend 8 Uhr!
Gastspiel Ad. Philipp
54. ABER!
Male: Herr Herzog!
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Halbe Preise!
„Ueber'n großen Teich.“

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Flachmann als Erzähler.
Komödie in drei Aufzügen von Otto Ernst.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Flachmann als Erzähler.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Büh. N.).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Franz Grillparzer.
Freitag, abends 8 Uhr:
Flachmann als Erzähler.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.

Achtung! Gewerkschaften und Vereine!
Bringe meine mit allem Komfort der Neuzeit versehenen
Ritter-Festsäle, Ritter-Str. 71/75.
mit Bühne, zirka 700 Personen fassend, und Verolns zimmer in jeder gewünschten Größe in empfehlende Erinnerung. Ebenso erlaube ich mir auf meine zwei neuerbauten, 30 Mtr. lange, mit elektrischem Licht, Heizung und vorzüglicher Ventilation versehenen Kegelbahnen hinzuweisen.
Um geneigten Zuspruch bitte!
Robert Voigt, Ritterstraße 75.
Fernsprecher Amt IV No. 7509.

Zirkus Albert Schumann
Heute abends präglte 7 1/2 Uhr:
Eltio-Abend. Gala-Programm, u. a.:
Rea! Die größte und sensationellste Attraktion der Gegenwart! Die
9 heiligen Chunchusen
Zauberer und Gaukler aus Mukden.
Rea und phänomenal
Zavauer-Truppe.
Grotesquakünstler aus Java.
Rea! Polly Dasso und August.
Sensation! Das einen halben
Saltomortale schlagende Pferd.
Die unübertrefflichen
John und Louis Boller
Vor- und Rückwärts-Saltomortali
mit dem Bockrad.
Ferner: Sämtliche Spezialitäten
und Direktor Alb. Schumanns neue
moderne Dressuren.
Zum Schluss: Einzig dastehender
Erfolg! Der Tag des
Englischen Derby.
Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee Nr. 148.
Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch:
Konzert, Theater u. Spezialitäten
mit darauffolgendem Tanz.
Anfang Sonntags 6 Uhr.
Donnerstags 8 Uhr.

Urania Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtsjonne.
Hörssaal 8 Uhr: Dr. Donath: Die chemischen Stromwirkungen.
Sternwarte Invalidentheater. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Joëls Traum.
!! Pompeji !!
Die Ehre des Vaters!
Restaurant:
Dresdener Sänger.

Trianon-Theater.
Madame Torera
(Madame L'ordonnance).
Schwan in 3 Akten v. Jules Chancel.
Deutsch von Max Schoenau.
Anfang 8 Uhr.
In Vorbereitung:
Der letzte Troubadour.

Colosseum
Tresdennerstraße 97.
humoristische Spezialitäten
16 u. a.: **Bendix.**
Litke Carlsen.
Wally Walborg.
La Perle, die deutsche Juller.
Heute: Debut der jüngsten Berliner Sourette
Trudy Truth
15 Jahre alt.
Debut der populärsten jüngsten Humoristen
Neumann-Bliemchen.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr jeder
Wag 10 Pf. Ein Kind frei!
Souvenierverteilung.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel des
Bernhard Rose-Theaters.
Vom Chron zum Schafott.
Historisches Drama in 5 Aufzügen von St. Leb.
Anfang 8 Uhr. Rosenstraße. 7 Uhr.
Sonntag, den 29. Oktober: Berliner Kinder.

Kasino-Theater
Lothringersr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis Freitag!
„Der Adelsnarr.“
Sonabend: Premiere,
Sonntag nachmittags 4 Uhr: „Der Adelsnarr.“

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum erstenmal:
Gastspiel des Pr. Leonore Bajt vom Thalia-Theater:
In Berlin ist was los.
Gr. Ausstattungsposten-Revue mit Gesang und Ballett in 6 Bildern von F. Bajan.
Anfang 8 Uhr.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Rotkäppchen. Abends: Anne-Liese.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags: 7 Uhr.

ELYSIUM.
Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert.
Auftrou v. 36 erstklassigen intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Buggenhagen. Platz.
Heute sowie jeden Donnerstag
Humoristische Soires der
Fritz Steidl
Sänger
Entree 30 Pf. Sperrplatz 50 Pf.
Anf. 8 Uhr. Nachher Tanzkränchen

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachts Traum.
Morgen u. folgende Tage:
Ein Sommernachts Traum.

Soziales.

Die Kollerei in statistischer Beleuchtung.

Wie mit den Polen, so hat Preußen, bzw. das Deutsche Reich auch mit den Dänen entschieden Rech. Von der Reichsgründung bis zum Jahre 1900 waren 29 Jahre verfloßen, und in 29 Jahren läßt sich schon etwas schaffen. Und die Regierung hat ja keine moralischen Unkosten gescheut; sie ist mit starker Hand ans Werk gegangen. Sie hat auch etwas geschafft in diesen 29 Jahren! — Aber die Frage, was sie denn geschafft hat, wird man vergeblich hören; niemand stellt sie, obwohl ihre Beantwortung bereit liegt. Der deutsche Reichsbürger, der preußische „Untertan“, wie es so beliebt heißt, zahlt ruhig seine Steuer und ist auch nicht läumig, der weisen Regierung das „Menschenmaterial“ zu liefern, dessen sie zur Ausführung ihrer Pläne bedarf. Um die Verwendung kümmert er sich nicht. Auch seine mehr oder weniger berufene Vertreterin, die bürgerliche Pflanze, die sonst auf einem Hofball die jüngste Prinzessin bis auf das Spitzenglied durchmisst, sieht nichts.

Es ist aber doch interessant, aus dem Zahlenmeer, das aus unseren statistischen Annern herauskriecht, einmal einiges herauszufischen. Wir stellen daher gleich einige interessante Zahlen voran. Nach den Ergebnissen der vier Volkszählungen in den Jahren 1871, 1880, 1890 und 1900 waren in Deutschland vorhanden:

Table with 4 columns: Year (1871, 1880, 1890, 1900) and two rows of population statistics (Danish state citizens and born in Denmark).

In den ersten neun Jahren nahm also die Zahl der staatsangehörigen Dänen um fast 10 000, in den folgenden zehn Jahren um fast 11 000 zu, von 1890 bis 1900 aber um über 8000 ab. Worin diese Abnahme begründet ist, soll nicht näher untersucht werden; so ganz wirklich scheint sie nicht zu sein, vielleicht ist sie herbeigeführt durch künstliche Manipulationen, noch ehe die Zahlen zur Verarbeitung gelangten. Immerhin wollen wir die Zahlen als richtig annehmen. Dann haben sich die Dänen von 1871 bis 1900 um 11 402 oder um 75,2 Prozent vermehrt. In derselben Zeit hat sich die gesamte Reichsbevölkerung aber nur um die Hälfte (57,3 Proz.) vermehrt! Die Zahl der in Dänemark Geborenen ist für 1871 leider nicht bekannt, seit 1880 aber hat sie um über 2000 abgenommen. Das mag etwa dem allmählichen Absterben der ehemals in Dänemark geborenen Bevölkerung entsprechen. Jedenfalls ist das ein Zeichen, daß die Uebervandlung von Dänemark nach Deutschland keine besonderen Verhältnisse aufweist, die die starke Zunahme der dänischen Staatsangehörigen in Deutschland erklären. Trotz einer Abnahme der aus Dänemark Gebürtigen ist also eine starke Zunahme der dänischen Staatsangehörigen nachgewiesen, die noch dazu höchst wahrscheinlich nicht durch dänische Zuwanderung verursacht ist!

Das also ist das Ergebnis des Kollers-Rurses! Aber noch ein anderes weist auf das Unsinvolle dieser politischen Zahlen hin: Das ist die Mutterfrage. Wenn auch in dem amtlichen Werke, dem wir die meisten unserer Zahlen entnehmen, behauptet wird, daß Volkstum und Muttersprache sich nicht decken, so erlauben wir uns doch gegenteiliger Meinung zu sein. Denn der Muttersprache kann man niemals die Staatsangehörigkeit oder Gebürtigkeit als charakteristische Merkmale des Volkstums gegenüberstellen. Die Erziehung und besonders die Sprache, in der die Menschen denken und sprechen, sind die eigentlichen Merkmale ihres Volkstums. Wenn demnach 211 679 sich des Französischen als Muttersprache bedienenden Personen nur 33 589 in Frankreich geborene und 20 478 französische Staatsangehörige gegenüberstellen, so befragt dies eben, daß 211 679 Personen in Deutschland noch echtes französisches Volkstum besitzen, nicht 33 588 oder 20 478.

Am 1. Dezember 1900 wurden nun im Deutschen Reich 186 793 Personen dänischer Muttersprache gezählt, und 3842, die dänisch und deutsch als Muttersprache benutzten. Am 1. Dezember 1890 lauteten die entsprechenden Zahlen 138 185 bzw. 2529; die nur dänisch als Muttersprache sprechenden Personen haben um 1342 ab-, die dänisch und deutsch redenden um 1313 zugenommen. Danach hat es den Anschein, als ob die der ersten Zahl verloren gegangene Personenzahl im Laufe der Zeit sich auch der deutschen Sprache bemächtigt hat. Interessant sind ferner die Zahlen der Personen dänischer Muttersprache, die unter Benutzung der Schätzungen Voetsch und Brämers in Preußen zu den verschiedenen Zeiten vorhanden waren; sie betragen:

Table with 4 columns: Year (1868, 1867, 1866, 1865) and two rows of population statistics.

Diese Ziffern sind zwar nicht auf einheitlicher Grundlage gewonnen, immerhin geben sie, wie die amtliche preussische Statistik bemerkt, ein im ganzen zutreffendes Bild der Entwicklung dieser Sprachgemeinschaft. Von einem ernstlichen Verschwinden des dani-

*) Die Deutschen im Auslande und die Ausländer im Deutschen Reich. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches. Ergänzungsheft zu 1905, I Seite 23.

sehen Volkstums kann da gar keine Rede sein. Es zeigt sich eben auch hier wieder, wie unsinnig es ist, durch Gewalt und Pressionsmaßnahmen dem Volke sein Volkstum und die dieses am besten charakterisierende Muttersprache rauben zu wollen. In ganzer also enthält uns auch die Statistik dieser selben Regierung ein schlechtes Fazit ihrer Dänenpolitik, der sprichwörtlich gewordenen Kollerei.

Partei und Genossenschaftswesen.

Zu diesem Thema schreibt uns ein genossenschaftlicher Gewerkschaftler:

Für den genossenschaftlichen Wohnungsbau der Reichsbediensteten hat der Reichstag alljährlich einige Millionen Hypothekendarlehen an Baugenossenschaften im Etat des Reichsamts des Innern bewilligt. Insgesamt belaufen sich die bis jetzt ausgetheilten Reichshypotheken auf die Summe von rund 20 Millionen Mark. Die Aufzählung der mit solchen Hypotheken bedachten Genossenschaften im obliegenden Bericht über den Reichswohnungsfonds läßt erkennen, daß für die Beilegung lediglich der Herstellungswert des Grundstücks im Verhältnis zu den darauf untergebrachten Reichsbediensteten maßgebend war, und daß die Parteistellung der übrigen Baugenossen dabei keine Rolle gespielt hat. Denn sonst könnten sich keine Genossenschaften darunter befinden, zu deren Mitglieder, wie der unterrichtete Genossenschaftler weiß, ganz natürlich auch ein starker Prozentsatz sozialdemokratischer Arbeiter zählt.

Nun hat der Mann, zu dessen Ressort der Reichswohnungsfonds gehört, der Staatssekretär des Innern Graf von Posadowski, kürzlich eine Einladung zur Grundsteinlegung eines Genossenschaftshauses des Vaterländischen Bauvereins zu Berlin angenommen, der allerdings seinen unserer Parteigenossen in seinen Reihen hat; — denn der Vaterländische Bauverein ist eine Inzuchtgenossenschaft der Leiter der „christlichen“ Gewerkschaften — und bei dieser Gelegenheit hat der Staatssekretär eine Rede gehalten, wie sich das von selbst versteht, und der bösen Sozialdemokratie eins ausgewischt, wie sich das bei einem Reichsministerpräsidenten heute auch von selbst versteht. Die seltene Gelegenheit mußte ausgenutzt werden, wenn auch der Gegenstand der Veranstaltung selbst keine passende Handhabung dazu bot. Das Baugenossenschaftswesen beruht darin, daß man unter Verhütung von irgendwelchen politischen oder religiösen Zusammenhängen sich selbst eine Wohnung baut und damit seine Familie aus ihrer heutigen Romadensitzung und aus den Händen der Auswüchsern befreit, die zu Beginn ihrer „Arbeit“ weniger Kapital und mehr Fertigkeit in der Hypothekenbeschaffung besitzen. Letzteres ist der Schwerpunkt des ganzen baugenossenschaftlichen Arbeitsfeldes. Demwegen haben auch Reichstag, Landtag, Landes- und Provinzialparlamente und andere verlässliche, Geldmittel zur hypothekarischen Anlage bei Genossenschaften bereitzuhalten. Da bietet nun eines der Ergebnisse der vereinten Tätigkeit von Genossenschaft, Reich und Versicherungsanstalt: die Grundsteinlegung für einen Häuserblock, der zweifellos wenig Anlaß zu einem Ausfall gegen uns. Man muß dazu schon einen großen sachlichen Schmeißer machen und die Dinge auf den Kopf stellen. Und der Verwalter des Reichswohnungsfonds tut es. Nachdem er gesagt hat:

„Das Kind, das in hohen lustigen Zimmern aufwächst, die Anaben und Mädchen, die auf weiten Höhen spielen dürfen, der Mann, der nach des Tages Arbeit in ein behagliches Heim zurückkehrt, sie alle sind ethisch durch das Haus beeinflusst; und deshalb die hohe Bedeutung des Wohnungsproblems, an dessen Lösung wir hier mitarbeiten wollen,“

fährt er fort: „Nun, meine Herren, wissen Sie es so gut wie ich, daß es eine große Partei gibt, die von allen derartigen Bestrebungen nichts wissen mag. Diese Partei steht auf dem Standpunkt“

Und nun gibt Erzellen Posadowski eine ganz exzellente Darstellung des sozialdemokratischen Parteistandpunktes, die in den Worten gipfelt: „Wir glauben nicht im Sinne der Sozialdemokratie an einen solchen Zukunftsstaat, weil alle die Unterschiede in den Veranlagungen des Geistes... nicht durch Gesetze geregelt oder gar aus der Welt geschafft werden können.“ Anders als sonst in Menschenköpfen malt sich in einem Ministerkopf der Zukunftsstaat. In dessen dieses Vergnügens wollen wir ihm ruhig gönnen. Aber wie kommt der Staatssekretär dazu, als Repräsentant des vom Reichstage geschaffenen Hypothekendarlehens seinen Hörern zu erzählen, die böse sozialdemokratische Partei mag von allen derartigen Bestrebungen, von diesem Hypothekendarlehens nichts wissen? Dieselbe Partei, die an der Bewilligung des Fonds alljährlich teilgenommen und erst im letzten Jahre wieder durch den Mund des Genossen Singer ihre Sympathien ausgedrückt hat? Wenn Posadowski es wirklich nicht mehr wissen sollte, daß Singer in seiner damaligen Rede — heiläufig bemerkt, über fünf Spalten des amtlichen Berichts — eine Beschränkung der Hypothekendarlehen auf Genossenschaften mit sozialem Bodensatz verlangt hat und daß darauf Posadowski diesem Grundsatze sogleich zugestimmt hat, dann wollen wir ihm hiermit sein Gedächtnis auffrischen. Bei jeder Gelegenheit haben unsere Vertreter im Reichstag den Standpunkt unserer Partei in diesen Dingen zum Ausdruck gebracht. Es kann überhaupt keine andere politische Partei geben, die von diesen Bestrebungen mehr wissen mag als die unserige, einfach weil es heute kein anderes un-

politisches Mittel als die Genossenschaft gibt, den Grund und Boden in sozialer Besitz zu bringen, Insein in dem Meer der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu schaffen. Mit dieser einen rein wirtschaftlichen Aufgabe ist aber auch der Wirkungsbereich der Genossenschaft erschöpft, und sie hat weder den Anspruch noch die Aufgabe, irgend eine politische Bedeutung zu gewinnen.

Um so verwerflicher wäre es aber gerade von dem Manne, dem die Verwaltung des Reichshypothekendarlehens anvertraut ist, wenn er versuchen wollte, in diese rein wirtschaftliche und wirtschaftlich bedeutende Bewegung parteipolitische Gegensätze hineinzutragen. Wollte er die Tatsachen so schildern, wie sie wären, so müßte er sagen: „Es gibt keine Partei, die als politische Partei an sich von allen derartigen Dingen nichts wissen mag; so sind in politischer Hinsicht aus circa 5000 — etwa zwei Drittel — von den Baugenossenschaftlern Groß-Berlins der sozialdemokratischen Partei zuzuzählen. Denn diese Dinge haben einen rein wirtschaftlichen Charakter. Es gibt nur eine wirtschaftliche Partei, die der Reichsbediensteten, die sich dem Ineinandergreifen von öffentlicher und genossenschaftlicher Initiative entgegenstellt. Dann gibt es weiter eine andere, an Mitteln große wirtschaftliche Gruppe — ein sehr wichtiges Glied der staatlichen Ordnung, weil unsere Regierungen ihre Anleihen bei ihr unterbringen —, nämlich den Großbankkapitalismus, der sich um diese Bestrebungen nicht zu kümmern braucht, weil er sie stillschweigend durch seine großen kapitalistischen Mittel überwindet. Die Großbanken haben den Ring von Industrie- und Wohnerräten, den sie um Berlin legen, bald geschlossen. Sie können es abwarten, bis die schaffende Menschheit diese Terrains braucht und die Zeit zur Gründung einer Terraingesellschaft reif ist. Die Preise, die ihr dann gezahlt werden, kennen keine hohen, lustigen Zimmer, in denen das Kind aufwächst, keine weiten Höfe, auf denen Anaben und Mädchen spielen können. Der Arbeiter, der nach seiner Tagesarbeit in sein „Heim“ zurückkehrt, und seine Frau, die um der Niets willen mitbedienen muß, sie werden zu parasitären Menschen herangezogen, dank der unpolitischen und darum auch von niemand gebührenden Arbeit des Großkapitalismus, der schon heute allein ein Drittel der Niets als Grundrente mit Beschlag belegt.“

Zum Arbeitersekretär in München wurde der Genosse Paul Kampfmeyer gewählt.

Vermischtes.

Mißbehagen eines Arbeitswilligen. Aus Halle berichtet man uns unterm 24. Oktober: Während des Kürschnerstreiks in Schöneberg sollen der Kürschner Heinrich Zimmermann und der Arbeiter Paul Rohle dem Arbeitswilligen Wötcher, so hieß es wörtlich in einem vor der Halleischen Strafkammer zur Verlesung gelangten Erkenntnis des Schöffenrichters, „ein nicht unerhebliches Mißbehagen bereitet haben“. Zur Anlage stand ein Vorgang, der sich am 26. Juni auf dem Schlingensfest abspielte und bei dem Wötcher der Streikbrecher geworden, etwas Prügel erhalten hatte. Das Schöffengericht hatte die Vereitung dieses nicht unerheblichen Mißbehagens an Zimmermann und Rohle mit je drei Monaten Gefängnis geahndet. Die gegen dieses Urteil seitens der Angeklagten eingelegten Berufungen wurden vom Landgericht Halle verworfen.

Man läßt den Armen schuldig werden. Vor der 3. Strafkammer hatte sich der vormalige Postbriefträger Max Reinhold Herbrig aus Oppach bei Lobau wegen Unterschlagung, Urkundenfälschung und Unterdrückung von Briefschaften zu verantworten. Herbrig trat im Jahre 1900 beim kaiserlichen Postamt zu Bautzen als Posthilfsbote ein und erhielt anfänglich nur einen Tagelohn von 1,30 M. Dieser geringe Verdienst konnte dem jetzt 20jährigen Manne natürlich nicht einmal zur Vestretzung der notwendigen Lebensbedürfnisse genügen. Er machte Schulden und als er im vorigen Jahre zuerst nach Dresden und dann im März dieses Jahres gegen 2,40 M. pro Tag nach Klein-Schachwitz versetzt wurde, vergriff er sich an den ihm zur Ablieferung übergebenen Postanweisungsgeldern. Der Beamte, der beim Postamt Klein-Schachwitz auch als Geldbriefträger fungierte, unterschlug in der Zeit vom 28. Juli bis 30. August sechs einzelne Geldbeträge im Betrage von 2,60 M. und verschah, um die Veruntreuungen zu verdecken, die Postanweisungen mit falschen Cautions. Die unterschlagenen Gelder verwendete er zur Bezahlung seiner Schulden. Ferner unterdrückte der Angeklagte 28 ihm zur Vestrellung übergebene Briefschaften (Postkarten und Drucksachen), angeblich deshalb, weil er zur Vestrellung derselben keine Zeit gehabt habe. Das Gericht erkannte auf 10 Monate Gefängnis. Ein Monat gilt als verbüßt.

Die Postverwaltung aber war nicht angeklagt.

Dynamit-Attentat. In der vergangenen Nacht explodierte vor dem Pfarrhause in Wammagen (Eifel) eine von rüchloser Hand gelegte Dynamitpatrone. Die Steintrappe, die Türe und 10 Fenster-scheiben wurden zertrümmert, ein gegenüberliegendes Haus beschädigt. Das Dynamit soll aus dem Wechemacher Bergwerk gestohlen sein. Vom Täter fehlt jede Spur.

Advertisement for Sunlight Soap. Features an illustration of a woman washing clothes and a child. Text: Sunlight Seife. Ganz unbesorgt kann jetzt die fürsorgliche Hausfrau bei Verwendung von Sunlight Seife sein, während sie sonst die teuren Bierstücke aus kostbarer Seide, die feinen und empfindlichen Flanell- und Wollstoffe mit bangem Gefühl in die Wäsche geben mußte. Wie oft erhielt sie die liebgewonnenen Gegenstände ihrer häuslichen Sorge durch den Gebrauch minderwertiger Seifen verdorben, bestreut und zusammengeschrumpft wieder! Die vorsichtige Hausfrau bestche also darauf, daß ihre Schätze nur mit Sunlight Seife gewaschen werden. Wunderbarste Reinigungskraft, absolute Unschädlichkeit, Fehlen aller scharfen Bestandteile werden garantiert. Hierzu treten noch große Ausgiebigkeit, leichte Anwendung, verminderter Arbeitsaufwand. Sie ist bei richtiger Verwendung die billigste Seife für den Haushalt. Sparsam im Verbrauch — in der Wirkung wunderbar.

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berliner Reichstagswahlkreis (Ost).

Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr,
in **Boekers Gesellschaftshaus**, Weberstr. 17:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über den Antrag des Vorstandes und der Bezirksführer auf Anstellung eines befohlenen Kassierers. 2. Wahl eines Kassierers. 3. Bericht von der Brandenburger Parteikonferenz.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Stukkateure!

Montag, den 30. Oktober ex., abends 8 Uhr pünktlich, in den **Musiker-Sälen**, Kaiser Wilhelmstraße 18m:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die Durchführung der Fensterfrage. 2. Diskussion.

181/11*

Der Einberufer.

Ortskrankenkasse Weissensee.

Bekanntmachung.

Gemäß § 67 der Kassensatzungen bringen wir hiermit die nachstehenden, in den Generalversammlungen vom 18. Mai-3. August 1905 beschlossenen und von dem Bezirksausschuss zu Potsdam unter dem 25. September 1905 genehmigten Satzungs-Änderungen den Mitgliedern und Arbeitgebern zur gefälligen Kenntnis.

Die Änderungen treten am 6. November 1905 in Kraft.

II. Nachtrag

zur Satzung der Ortskrankenkasse für den Gemeindebezirk Weissensee vom 27. April/18. August 1904, beschlossen in der Generalversammlung vom 18. Mai/3. August 1905.

§ 10 erhält folgende Fassung.

Die Arbeitgeber haben jede von ihnen beschäftigte versicherungspflichtige Person, welche auf Grund des § 2 Mitglied der Kasse ist, spätestens am dritten Tage nach dem Beginn der Beschäftigung im Kassenlokal schriftlich anzumelden und spätestens am dritten Tage nach Beendigung der Beschäftigung schriftlich abzumelden. In dem im § 2 Abs. 3 erwähnten Fällen beginnt die Frist für die Anmeldung erst mit dem Ablauf von zwei Wochen nach dem Beginn der Beschäftigung.

Die Anmeldung muß enthalten:
den Vor- und Zunamen, Geburtsort und Geburtsjahr, die Wohnung und die Beschäftigung, den Zeitpunkt des Eintritts in die Beschäftigung, den täglichen Arbeitsverdienst des Anzumeldenden, welchen der Betroffene zunächst bezieht.

Gehört die anzumeldende Person bereits der Ortskrankenkasse Weissensee an, so ist die Mitgliedsnummer auf der Anmeldung anzugeben; war hingegen die anzumeldende Person Mitglied einer anderen Kasse, so ist der Name der Kasse anzugeben. In beiden Fällen muß der Anmeldung das Mitgliedsbuch beigelegt werden.

Die Anmeldung muß enthalten:
den Vor- und Zunamen, Geburtsort und Geburtsjahr sowie die Wohnung und die Beschäftigung, den Zeitpunkt des Austritts aus der Beschäftigung und die Nummer des Mitgliedsbuches.

Die Meldungen müssen mit der Unterschrift (Vor- und Zunamen) des Arbeitgebers versehen sein und die Wohnung und Betriebsart derselben genau bezeichnen.

Meldungen, welche den Vorschriften nicht entsprechen, können als unvollständig zurückgewiesen werden.

Sämtliche Meldungen sind in zweifacher Ausfertigung einzureichen.

Wenn in der Beschäftigung einer Person, welche der Versicherungspflicht bisher nicht unterlag, während der Dauer ihrer Beschäftigung bei demselben Arbeitgeber eine Veränderung eintritt, durch welche die Person auf Grund des § 2 Mitglied dieser Kasse wird, so haben die Arbeitgeber auch für diese Person spätestens am dritten Tage nach Eintritt der Veränderung die vorstehend erwähnte Anmeldung zu bewirken. Dabei ist an Stelle des Eintritts in die Beschäftigung der Zeitpunkt des Eintritts dieser Veränderung anzugeben.

Bei Personen, welche gegen Stücklohn arbeiten, ist als täglicher Arbeitsverdienst der Durchschnittsverdienst der letzten drei Wochen einer dem Arbeitgeber in gleicher Art beschäftigten Person anzugeben. Hat der Arbeitgeber Personen in gleicher Art bisher noch nicht beschäftigt, so gilt einwilligend als Maßstab für die Bemessung des täglichen Arbeitsverdienstes der Durchschnittsverdienst der von anderen Arbeitgebern in gleicher Art beschäftigten Personen.

Änderungen in dem täglichen Arbeitsverdienste, welche die Verletzung in eine andere Mitgliedsklasse zur Folge haben, sind vom Arbeitgeber spätestens am dritten Tage nach Eintritt der Veränderung im Kassenlokal schriftlich anzumelden.

Die Versäumnis dieser Verpflichtungen zieht Geldstrafen bis zu 20 M. nach sich.

Arbeitgeber, welche ihrer Anmeldepflicht vorsätzlich oder fahrlässigweise nicht genügen, sind außerdem verpflichtet, alle Aufwendungen zu erlassen, welche die Kasse in einem der Anmeldung durch die nicht angemeldete Person veranlaßten Unterstufungskosten auf Grund dieser Bestimmung gemacht hat.

§ 12 erhält folgende Fassung:

B. Maßstab für die Bemessung der Unterstufungen und Beiträge.
Für die Bemessung der Höhe der Unterstufungen und der Beiträge werden die Kassemitglieder in 4 Klassen eingeteilt.

1. Kassemitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 3,00 M. und mehr beträgt, I. Klasse.
2. Kassemitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 2 bis 2,99 M. beträgt, II. Klasse.
3. Kassemitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 1,50 bis 1,99 M. beträgt, III. Klasse.
4. Kassemitglieder, deren Arbeitsverdienst weniger als 1,50 M. beträgt, IV. Klasse.

Dem täglichen Arbeitsverdienst sind nach § 6 der Kassensatzungen auch eventuell vom Arbeitgeber gewährte Kantinen und Naturalbezüge hinzuzurechnen.

Der durchschnittliche Tageslohn ist bis auf weiteres festgesetzt:

für die I. Klasse auf	3,00 M.
II. Klasse	2,00
III. Klasse	1,50
IV. Klasse	1,00

Jedes Kassemitglied wird auf Grund seiner Anmeldung nach Maßgabe des darin angegebenen Arbeitsverdienstes durch die Kassenverwaltung in eine Klasse eingeteilt, welche in dem Quittungsbuch des Kassemitgliedes (§ 36) einzutragen ist. Verlegungen in eine höhere oder niedrigere Klasse finden bei veränderten Arbeitsverdienst jedoch nur von vier Wochen zu vier Wochen statt.

Behörden der Mitglieder gegen die Festsetzung der Klassen werden von der Aufsichtsbehörde entschieden.

§ 13 erhält folgende Fassung:

Als Unterstützung wird den Kassemitgliedern im Falle einer Krankheit oder durch Krankheit herbeigeführter Erwerbsunfähigkeit gewährt:

1. vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung und Arznei;
2. die Lieferung von Brillen, Druckbändern und ähnlichen Vorrichtungen und Hilfsmitteln, welche zur Heilung des Erkrankten oder zur Verhütung oder zur Erhaltung der Erwerbsfähigkeit nach beendeter Heilung erforderlich sind;
3. im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom Tage der Erkrankung ab ausschließlich der Sonntage täglich drei Rüstel des im § 12 festgesetzten durchschnittlichen Tageslohnes und zwar:

a) für Mitglieder der I. Klasse	1,80 M.
b) II. Klasse	1,20
c) III. Klasse	0,90
d) IV. Klasse	0,60

Die Krankenunterstützung wird für die Dauer der Krankheit gewährt, sie endet spätestens mit dem Ablauf der 26. Woche nach Beginn der Krankheit, im Falle der Erwerbsunfähigkeit (Absatz I Ziffer 3) spätestens mit Ablauf der 26. Woche nach Beginn des Krankengeldbezuges, sofern diese Zeitdauer nicht durch § 16 auf einen kürzeren Zeitraum beschränkt ist.

Endet der Bezug des Krankengeldes erst nach Ablauf der 13. resp. 26. Woche nach Beginn der Krankheit, so endet mit dem Bezuge des Krankengeldes auch der Anspruch auf die im Abs. I unter 1 und 2 bezeichneten Leistungen.

§ 14 Abs. 4 erhält folgenden Zusatz:

Die im Krankenhause untergebrachten, unverheirateten Mitglieder erhalten ein Zehntel des im § 13 Absatz 3 festgesetzten Krankengeldes und zwar:

a) Mitglieder der I. Klasse	0,18 Mark
b) II. Klasse	0,12
c) III. Klasse	0,09
d) IV. Klasse	0,06

Die Zahlung erfolgt nach Entlassung aus dem Krankenhause.

Im § 16 soll es anstatt: „die Hälfte des durchschnittlichen Tageslohnes“ heißen: „die Hälfte des im § 12 festgesetzten durchschnittlichen Tageslohnes“.

Im § 19 soll es anstatt: „durchschnittlichen Tageslohnes“ heißen: „des im § 12 festgesetzten durchschnittlichen Tageslohnes“.

§ 20 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Beim Tode eines Mitgliedes, welches vor seinem Ableben mindestens 6 fällige Wochenbeiträge ununterbrochen zu einer Jünglingskrankenkasse oder Gemeindefrankenversicherung gezahlt hat, gewährt die Kasse ein Sterbegeld im 40fachen Betrage des im § 12 festgesetzten durchschnittlichen Tageslohnes. Für Mitglieder, welche diese Bedingungen nicht erfüllt haben, wird ein Sterbegeld im 20fachen Betrage des im § 12 festgesetzten Arbeitsverdienstes gewährt.

§ 21 Abs. 1 lautet wie folgt:

Das Recht auf die Unterstützung beginnt für diejenigen, welche der Kasse auf Grund des § 2 angehören, mit dem Tage des Beginns der Mitgliedschaft. Solchen Mitgliedern, welche vom Tage der Erwerbsunfähigkeit ab gerechnet nicht mindestens 6 fällige Wochenbeiträge ununterbrochen zu einer Jünglingskrankenkasse oder einer Gemeindefrankenversicherung gezahlt haben, wird das Krankengeld bis zur Dauer von 26 Wochen nach näherer Bestimmung des § 6 Abs. 2 des Gesetzes, nur im Betrage der Hälfte des der Bemessung zugrunde liegenden durchschnittlichen Tageslohnes gewährt. Nur die im § 20 Abs. 2 Ziff. 3 bezeichneten Personen, welche vorübergehend aus der Kasse ausgeschieden sind, erhalten beim Wiedereintritt in die letztere schon vom Tage des Wiedereintritts ab die vollen fälligen Wochenbeiträge und die vollen Unterstufungen ohne die vorstehenden Beschränkungen. Absatz II bleibt unverändert.

Im § 22 soll es anstatt „durchschnittlichen Tageslohnes“ heißen: „des im § 12 festgesetzten durchschnittlichen Tageslohnes“.

§ 25 Absatz I erhält folgende Fassung:

Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt an jedem Werktage im Kassenlokal und zwar nach Ablauf einer jeden Krankenswoche, bezugsweise nach Beendigung der Krankheit, sobald dieselbe weniger als eine Woche gedauert hat, gegen Einlieferung eines von der Kassenverwaltung ausgestellten und vom Vereinsarzt in der vorgeschriebenen Weise ausgefüllten Krankenscheines, in welchem die Zahl der Wochentage, während welcher der Erkrankte erwerbsunfähig war, angegeben sein muß.

§ 27 erhält folgende Fassung:

Die Unterstützung der Wöchnerinnen wird erstmalig am siebenten Tage nach der Entbindung gegen Einlieferung einer Bescheinigung des Standesamtes über die Eintragung des Geburtstages und demnachst nach Ablauf jeder weiteren vollen Woche gezahlt.

§ 29 Absatz I erhält folgende Fassung:

IV. Beiträge.
a) Eintrittsgeld.
Neu einretrende Mitglieder der Kasse haben ein Eintrittsgeld im dreifachen Betrage ihres Wochenbeitrages zu zahlen und zwar:

I. Klasse	2,40 M.
II. Klasse	1,60
III. Klasse	1,25
IV. Klasse	0,80

§ 30 lautet wie folgt:

Die wöchentlichen Kasseneinträge betragen fortan 4%, vom Hundert des im § 12 festgesetzten durchschnittlichen Tageslohnes.

I. Klasse	0,81 M.
II. Klasse	0,54
III. Klasse	0,42
IV. Klasse	0,27

Der letzte Absatz bleibt unverändert.

§ 36 erhält folgende Fassung:

Quittungsbücher.
Für jedes Kassemitglied wird ein Quittungsbuch ausgefertigt, welches eine Angabe über die Höhe der Beiträge (§ 30) und der eintretendenfalls zu gewährenden Unterstützung enthält.

Dasselbe wird bei der ersten Beitragszahlung, sofern dieselbe durch den Arbeitgeber erfolgt, diesem, andernfalls dem Kassemitgliede eingehändigt. Jede Zahlung von Beiträgen und Eintrittsgeldern ist in dem Quittungsbuche durch den Kassanten, dessen Stellvertreter oder Kassantenbot zu quittieren. Diese Quittung ist für die Kasse verbindlich. Auf Befehl des Vorstandes können die Beiträge auch gegen besondere Quittung erhoben werden, in diesem Falle unterbleibt die Quittung im Mitgliedsbuche und hat der Arbeitgeber die geleisteten Zahlungen in demselben zu bescheinigen. Kassemitgliedern, für welche die Einzahlung der Beiträge durch den Arbeitgeber erfolgt, ist das Quittungsbuch bei jeder Lohnzahlung zur Einsicht vorzulegen und beim Auscheiden aus der Beschäftigung einzuhandigen, für sie genügt bei jeder Beitragszahlung während des Arbeitsverhältnisses der Quittungsvermerk des Arbeitgebers und kann von ihnen nach dem Auscheiden aus der bisherigen Arbeit das Quittungsbuch zur Abstrempelung mit dem Tagesstempel bei der Anmeldung an der Kasse vorgelegt werden.

Für Erneuerung eines verlorengegangenen Quittungsbuches wird eine Gebühr von 10 M. erhoben.

§ 37 Abs. 2 Ziffer 9 erhält folgende Fassung:

Festsetzung der Vergütung für die Beamten.
Weissensee, den 4. August 1905.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse Weissensee.

W. Reske. C. Jung.

Albert Kirchner. Bruno Stein. H. Mohr. O. Scheer. Malissa.

Vorsitzender Nachtrag wird mit der Rüge genehmigt, daß in § 20 Abs. 1 am Schluß anstatt „Arbeitsverdienstes“ „durchschnittlichen Tageslohnes“ gesetzt wird.

Potsdam, den 30. September 1905.

B. 9021. Namens des Bezirks-Ausschusses.

Der Vorsitzende. In Vertretung: Reich.

Weissensee, den 20. Oktober 1905.

Der Vorstand. S. H. B. Reske, Vorsitzender.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, den 27. Oktober 1905, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom dritten Quartal pro 1905.
2. Berichterstattung über die mit dem Berliner Betonverein geführten Vertragsverhandlungen und endgültige Beschlußfassung über den Vertrag.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um rege Teilnahme der Mitglieder an dieser Versammlung ersucht

Der Vorstand.

Dr. Simmel, Prinzess-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Hautleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

14 000 Mark

als I. Hypothek auf schönes Grundstück mit neuen Gebäuden zum Ausbau für Arbeiter-Zweck gesucht. Gest. Offerten erbeten an 296/12* E. Frenz, Perleberg.

Verein Berliner Hausdiener

gegründet 1885.

Arbeitsnachweis u. Bureau: Alte Leipzigerstraße 1. Eing. Rausch Hof. Geöffnet von 8-6 Uhr. Sonntags geschlossen. Telefon: Amt I, 2832.

Donnerstag, 26. d. M., abends 9 Uhr, in der „Berliner Ressource“, Kommandantenstr. 57:

I. außerordl. General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Mitteilungen. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes, Angestellten, Redatoren und der Beschwerdef Kommission. 3. Anträge.

Der wichtigen Tages-Ordnung wegen sind sämtliche Mitglieder verpflichtet an der Versammlung teilzunehmen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am Donnerstag, den 26. Oktober 1905, bei Keller, Roppenstraße 29:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Welche Lehren ziehen wir aus der Ausperrung in der Elektrizitäts-Industrie? Referent: Th. Glocke. 2. Berufstätigkeit und Differenzen, Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch nebst Karte legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Achtung! An gesperrte der Elektrizitäts-Industrie!

Diesem Mitglieder, die aus Anlaß der Ausperrung noch Unterstützung zu beantragen haben, werden ersucht, ihr Geld in den nächsten Tagen abzugeben.

Die Auszahlung erfolgt täglich bis 7 Uhr abends im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Achtung! Montag, 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 5:

Vorbereitung d. Delegierten d. Mechaniker-Krankenkasse

159/11 Der Einberufer.

Kranzbinder! Kranzbinderinnen!

Freitag, den 27. Oktober d. J., abends 9 Uhr, in Dräuels Festsaal, Neue Friedrichstraße 25 (2. Saal oben):

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung der Kommission über den ausgearbeiteten Tarif. 2. Diskussion hierzu.

Ortsverwaltung Groß-Berlin des Allg. Deutschen Gewerkschafts-Bundes.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Achtung! Hilfsarbeiter bei Stukkateuren.

Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

aller bei den Stukkateuren beschäftigten Hilfsarbeiter in den „Industrie-Festsaal“, Weichstr. 19-20.

Tages-Ordnung: 1. Die Stellung der Hilfsarbeiter bei Stukkateuren zur Organisation. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Alle Kollegen, welche bei Stukkateuren beschäftigt sind, müssen in dieser Versammlung erscheinen. Die Stukkateure werden ersucht, ihre Hilfsarbeiter auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

Der Zweigvereins-Vorstand.

Achtung! Lederarbeiter, Weißgerber, Färber, Lohgerber!

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Hüfliches und zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Achtung!! „Stoffe“.

Stoffe zu Kostümen, Regenröcken, Sportröcken, fertige Röcke.

Stoffe zu Damenpaletots, Eskimo, Astrachan, Breitschwanz, fertige Paletots kaufen Sie billig

in der Werkstatt Pankstr. 16a, I, kein Laden.

Reste: Kostüme, Mäntel, Astrachan Konfektion: Jacketts + Röcke + Blusen

C. PELZ, Kottbuserstraße 4.

Heute Donnerstag, abends Punkt 9 Uhr,
in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114
nur noch

einen populären Volks-Vortrag

frei nach Ernst Häckel über

Die Abstammung des Menschen

mit 49 künstlerischen Lichtbildern
gehalten von Herrn August Kahl-Jena.

Dieser Vortrag wird im Interesse der Volks-Aufklärung von der Berliner Freireligiösen Gemeinde arrangiert. Die Disposition des Vortrags des Herrn Kahl und die Anordnung der dazu gehörigen Lichtbilder sind von Herrn Professor Ernst Häckel geprüft und beides mit dem Prädikat **vortrefflich** belegt worden.

Zutritt für jedermann. Entree nur 20 Pf.

Abendkasse.

Es findet nur noch dieser Vortrag statt.

Vereinsvorstände werden ganz besonders auf diesen Vortrag aufmerksam gemacht.

Billetts im Vorverkauf an den Billettkassen der Freireligiösen Gemeinde und bei A. Hoffmann, Blumenstr. 14, W. Mohs, Tilsiterstr. 70 II, B. Schröder, Passauerstr. 3, Laden, Rixdorf, Prinz Handjerystr. 7, Expedition des „Vorwärts“, Gottfried Schulz, Admiralstr. 10a, Laden. Gegen Einzahlung des Betrages nebst Porto auch brieflich.

Sozialdemokratisch. Zentral-Wahlverein

Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Sonntag, den 29. Oktober cr., nachmittags 2 Uhr, in Fritz Goppes Festsälen, Rixdorf, Hermannstraße Nr. 49:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Mitteilungen des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Die Neuorganisation Groß-Berlins. 3. Anträge. 4. Bericht von der Brandenburger Provinzialkonferenz. 5. Verschiedenes. Laut Statut ist jeder Wahlverein berechtigt, drei Delegierte zu entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandat versehen sein. Parteigenossen haben als Gäste Zutritt.

Der Vorstand. J. A.: W. Eberhardt.

Göderbrucher Gänsefedern
mit allen Daunen, wie sie von der Gans kommen, a Pfd. 1,40 M., versendet gegen Nachnahme 29025
Hermann Juhrsch,
Genshmar (Oberbrunn).

Hygienische
Sonderausg. Neuest. Katalog
m. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichsrasse 91/92.

Käuferversammlung Selbsthilfe G. m. b. H.

Freitag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr,
in Goppes Festsälen, Rixdorf, Hermannstraße 49/50:

Öffentl. Lichtbildervortrag

über: „Die englische, deutsche und schweizerische Konsumvereinsbewegung in Wort und Bild.“

Vortragender: Herr M. Krolik, Chemnitz.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

RABATT-SPAR-VEREIN „NORDEN“

Die

Rabatt-Auszahlung 1905

findet für Inhaber weißer Zettel in:

Fröbel's Allerlei Theater, Schönhauser Allee 148,

früher Pahlmann.

für Inhaber roter Zettel im:

Gesellschaftshaus Wedding, Inh. G. Milbrodt,

Müller-Straße 7 (an der Fenn-Straße)

von Vormittags 10 Uhr bis Nachm. 3 Uhr

in folgender Reihenfolge der Buchnummern statt:

Freitag, do., Sonnabend, Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Montag, do., Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Montag, do., Dienstag, do.	1. Dezbr. 1. 2. 4. 4. 5. 6. 6. 7. 7. 8. 8. 9. 9. 11. 11. 12. 12.	Buchnummer	1— 6000 12001— 18000 18001— 24000 24001— 30000 30001— 36000 36001— 42000 42001— 48000 48001— 54000 54001— 60000 60001— 66000 66001— 72000 72001— 78000 78001— 84000 84001— 90000 90001— 96000 96001— 102000 102001— 108000 108001— 114000 114001— 120000	Vorm. v. 10-12 Uhr	Nachm. 1-3	Mittwoch, do., Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Montag, do., Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Montag, do., Dienstag, do.	13. Dezbr. 13. 14. 14. 15. 15. 16. 18. 18. 18. 19. 19. 19.	Buchnummer	120001— 126000 126001— 132000 132001— 138000 138001— 144000 144001— 150000 150001— 156000 156001 u. darüb. 120001— 126000 126001— 132000 132001— 138000 138001— 144000 144001— 150000 150001— 156000 156001 u. darüb.	Vorm. v. 10-12 Uhr	Nachm. 1-3		
Freitag, do., Sonnabend, Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Montag, do., Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Montag, do., Dienstag, do.	1. 1. 2. 2. 4. 4. 5. 6. 6. 7. 7. 8. 8. 9. 9. 11. 11. 12. 12.	Buchnummer	1— 6000 12001— 18000 18001— 24000 24001— 30000 30001— 36000 36001— 42000 42001— 48000 48001— 54000 54001— 60000 60001— 66000 66001— 72000 72001— 78000 78001— 84000 84001— 90000 90001— 96000 96001— 102000 102001— 108000 108001— 114000 114001— 120000	Vorm. v. 10-12 Uhr	Nachm. 1-3	Mittwoch, do., Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Montag, do., Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Montag, do., Dienstag, do.	13. Dezbr. 13. 14. 14. 15. 15. 16. 18. 18. 18. 19. 19. 19.	Buchnummer	120001— 126000 126001— 132000 132001— 138000 138001— 144000 144001— 150000 150001— 156000 156001 u. darüb.	Vorm. v. 10-12 Uhr	Nachm. 1-3		

Die Säle werden Punkt 3 Uhr geschlossen, später Kommende können erst am nächsten Tage Geld erhalten.

Im Interesse einer glatten Abwicklung und Aufrechterhaltung des Verkehrs ist **Händlern** und **Zettelverteilern** der Aufenthalt im **Haus, Flur** und **Hof** der Auszahlunglokale **nicht gestattet.**

Wir ersuchen höflich, die oben angegebenen Zeiten genau einzuhalten, um uns eine geregelte Abfertigung zu ermöglichen. Die Zahlungen erfolgen nur gegen **Vorzeigung der weißen Sparbücher** und der **schwarzen Legitimationskarte.** Für grüne Sammelbücher wird auf **keinen Fall** Zahlung geleistet, sondern die betreffenden **Blätter des Sammelbuches** sind in den **Umtauschstellen** gegen ins Sparbuch zu klebende **Rabattmarken bis inkl. 17. November cr. umzutauschen.**

Marken, welche nach dem 17. November umgetauscht sind, können auf keinen Fall bei der diesjährigen Auszahlung honoriert werden, Vorschußzahlungen werden auch im Jahre 1906 jederzeit geleistet, während der Auszahlung vom 1.—19. Dezember finden jedoch keine Vorschußzahlungen statt.

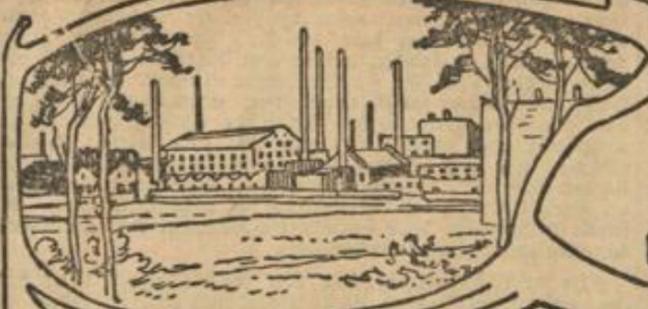
Für **verlorene weiße Bücher, in welche Marken von 1905 eingeklebt sind, können Ersatz-Sparbücher nur bis 28. November cr. ausgestellt werden.** Um Irrtümer zu vermeiden, ist es notwendig bei Zahlung des Spargeldes stets den zu empfangenden Betrag anzugeben, worum wir hierdurch höflichst ersuchen. An Kinder unter 14 Jahren wird Geld nicht verabfolgt.

Der **Umtausch** der Blätter für **1906** erfolgt vom **4. Dezember ab** in den Umtauschstellen, jedoch unter **Ausschluß der Weihnachtswoche** (19. bis 27. Dezember).

BERLIN, im Oktober 1905.

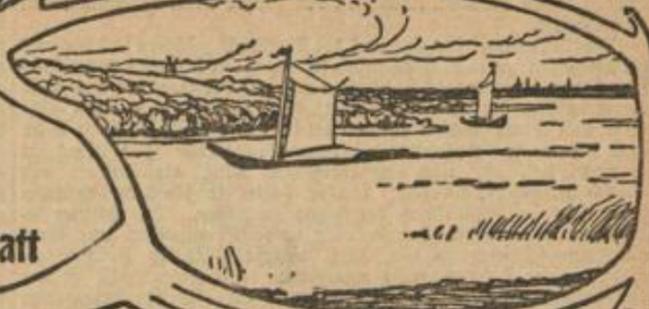
Rabatt-Spar-Verein „Norden“.

G. m. b. H.



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17. 1933.

Nr. 251. Donnerstag, den 26. Oktober 1905.

Inserate Sechseckpaltene Kolonetzelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Sonntag nachmittag 2 Uhr ist die Generalversammlung in Frey Hoppe's Festsaal, Hermannstr. 49, Nigdorf. Tagesordnung: 1. Mitteilungen des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Die Neuorganisation Groß-Berlins. 3. Anträge. 4. Bericht von der Brandenburger Provinzialkonferenz. 5. Verschiedenes. Laut Statut ist jeder Wahlverein berechtigt, drei Delegierte zu entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandaten versehen sein; Parteigenossen haben als Gäste Zutritt.
Der Vorstand. J. N.: B. Eberhardt.

Syandau. Am Freitag, den 27. Oktober, findet bei Köpnick, Pichelsdorferstraße 30, eine Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht von der Provinzialkonferenz. Bericht der Stadtverordneten. Aufstellung von Kandidaten. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Genossen dringend notwendig.
Am Sonntag, den 29. Oktober, früh: Flugblatt-Verbreitung, zu welcher alle Genossen eingeladen sind. Sammelplatz in den Bezirkslokalen um 7 Uhr.
Der Vorstand.

Wiersdorf. Sonntag nachmittag 2 1/2 Uhr findet im Lokale des Genossen Kaul, Börsenstr. 16 (früher Schmauser), eine Volksversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag von Schütte über: „Die Schule von heute“. 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Vertrauensperson. 4. Verschiedenes. Das Erscheinen der Parteigenossen, besonders der Frauen, ist dringend notwendig.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine Versammlung der Vereinigung der Roter, Lackierer, Anstreicher u. Befähigte sich zunächst mit der Auseinandersetzung ihrer beiden Gewerbegerichtsbeiräte Jost und Wägle über die Frage der Befähigung des Verbandstages deutscher Gewerbebeiräte durch den Magistrat. Nachdem jeder von beiden seinen Standpunkt dargelegt hatte, entschied sich die Versammlung nach längerer Diskussion durch Annahme einer Resolution dahingehend, daß in Zukunft die Beiräte unserer Branche dafür einzutreten haben, daß eine Delegation der Arbeitnehmerbeiräte auf Kosten der Stadt zu den Verbandstagen deutscher Gewerbebeiräte entsende. Einem Vortrage von Klemm über die Bedeutung der Gewerbebeiräte für die Arbeiterschaft, der beifällige Aufnahme fand, folgte die Nominierung von zwei Kandidaten zu den voraussichtlich im Januar nächsten Jahres stattfindenden Gewerbebeiratswahlen. Als Kandidaten wurden Bruno Jäger und Albert Lange aufgestellt. — Zum Schluß wurde noch auf die Bedeutung der am 6. November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen hingewiesen mit der Ermahnung, daß jeder Berufskollege am Tage der Wahl seine Schuldigkeit tun müsse.

Genosse Paul Schäffer schreibt uns: In Nummer 245 des „Vorwärts“ steht ein Bericht der Versammlung vom 13. Oktober, abgehalten im Charlottenburger Volkshaus, mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über „Weltanschauung und Taktik des Proletariats“. Ich soll danach gesagt haben: Erreicht sei durch den Parlamentarismus überhaupt noch nichts und die Schuld am Ueberparlamentarismus tragen die Zentralverbände. Demgegenüber erkläre ich, daß dem nicht so ist. Ich habe hervorgehoben, daß ich das Gute am Parlamentarismus, hauptsächlich in agitatorischer Beziehung, anerkenne, jedoch dem Ueberparlamentarismus, dem Glauben, durch Majorität im Reichstage auch die Macht im Staat erobert zu haben, entgegengetreten bin. Ich habe gesagt, daß die Tausende von Marx, welche für erfolglose Landtags- und Reichstagsmandate ausgeworfen werden, für Erziehung und Weledung der Arbeitermassen im sozialistischen Sinne besser verwendet werden könnten. Bezüglich der Zentralverbände führte ich aus, daß den Verbänden, durch ihre Neutralitätsklärung jeder revolutionäre Gedanke lästig geworden ist, was durch die Handlungen und Reden einzelner Gewerkschaftsführer zur Genüge bewiesen ist.

Nigdorf.

Durch Explosion einer Benzinlampe schwer verletzt wurde in der Nacht zum Mittwoch der Telegraphenarbeiter Paul Brieze aus der Lindenstr. 19 in Berlin. B. war in der Hermannstraße mit dem Verlegen von Fernsprechkabeln beschäftigt, wobei er eine Benzinlampe in Gebrauch hatte. Plötzlich explodierte die Lampe und B. erlitt im Gesicht sowie an beiden Händen schwere Brandwunden. Ein herbeigerufener Arzt legte dem Verletzten einen Rotverband an und ließ ihn dann nach dem städtischen Krankenhaus bringen.

Explosion eines Radelofens. Als der Glaslehrer Otto Fischer in der Werkstatt seines Meisters, Berlinerstr. 84, gestern morgen einen Radelofen anheitzte, explodierte dieser plötzlich unter großem Anst. Eine aus der Feuerung herausgeschlagene Stachelnasse versenkte dem Verletzten die Haare, im übrigen blieb derselbe glücklicherweise unverletzt. Die Ursache der Explosion konnte nicht ermittelt werden.

Die Bibliothek des Wahlvereins befindet sich in der Parteipredigt. Die Bücherausgabe erfolgt an Mitglieder unentgeltlich in der Zeit von 4 bis 8 Uhr täglich. Die Parteigenossen werden zu reger Benutzung der guten und umfangreichen Bibliothek aufgefordert.

Der Rauserverein „Selbsthilfe“ veranstaltet am Freitag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Hoppe's Festsaal, Hermannstr. 49/49, einen Lichtbildervortrag über die „Genossenschaftsbewegung in England, Deutschland und der Schweiz“. Vortragender Herr Martin Kröll. Chemnitz. Der Eintritt ist frei.

Schöneberg.

Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen geben diesmal unseren bürgerlichen Gegnern reichlich Gelegenheit, sich über die Personfrage in ausgedehntem Maße zu streiten. Wo immer nur ein Bezirksverein oder eine ähnliche Vereinigung auf die Besetzung mit Kandidaten aus ihrem nächsten Kreise glaubt Anspruch zu haben, entwickeln sich scheinbare Differenzen und Vorwürfe. Meist spielen sich diese innerhalb der ersten und zweiten Abteilung ab, wo unter Vorzeichen unserer schönsten aller Wahlen keine Ein-

mischung aus Arbeiterkreisen droht. In ihren Konventikeln spielt denn auch die Befragung mit genehmen oder nicht genehmen Personen die Hauptrolle. Jeder Kandidat soll im Falle seiner Wahl vornehmlich die Interessen „seines“ Bezirks oder Bezirks vertreten. Schwieriger gestaltet es sich schon, wenn ihnen in der dritten Abteilung einer von den „Besitzlosen“ entgegengestellt wird. Da kommt es schon darauf an, alle sonst vielleicht feindlichen Brüder unter einen Hut zu bringen. Handelt es sich doch hier darum, gegen den verhassten Sozialdemokraten loszugehen. Da müssen kleinliche Gegenläufe zurücktreten, um auf alle Fälle die Wahl eines „Noten“ zu verhindern. Der maßgebende Haus- und Grundbesitzerverein hat denn auch die Vorschlagsliste für die zweite und dritte Abteilung bereits festgelegt. In der letzteren ist von ihm für den fünften Bezirk, für den sozialdemokratischen unserer bewährter Genosse Rauer Gust. Däumig aufgestellt ist, der bisherige Vertreter Brauerdirektor Finde nominiert, welcher vordem als Hausbesitzer figurirte, diese Eigenschaft aber nach der neuesten Praxis, das heißt nach der erfolgten Auslösung, ob für diesen ein Bezirk ein Einzelbesitzer oder ein Nichtingelbesitzer zu wählen sei, nicht mehr zu haben brauche. Dieser Bezirk wird also fürderhin in der dritten Abteilung durch zwei Mieter vertreten sein. Im dritten Bezirk scheint man in Hausbesitzerkreisen noch keinen Wärtigen gefunden zu haben, vielleicht will man die bürgerlichen Wähler mit einer besonderen „Größe“ überraschen. Wir müssen natürlich alles daran setzen, daß dieser Bezirk, den wir seit Jahren inne haben und wo Genosse Mechaniker Gabriel kandidiert, stets in unserem Besitz bleiben wird. Im 6., 7. und 10. Bezirk (als Hausbesitzer) stehen unserem Kandidaten Genossen Ost die bisherigen bürgerlichen Stadtverordneten Bergemann, Speck und Schellack gegenüber, während unserem Genossen Erich Reiche, der im 10. Bezirk unsererseits als Mieter aufgestellt ist, noch kein Gegenkandidat seitens des Haus- und Grundbesitzervereins erwachsen ist. Der Bezirksverein für jenen Ortsteil will bekanntlich an der Kandidatur Babel festhalten.

Wie die Ungewißheit unter den rivalisierenden Gegnern auch vorläufig sich gestalten möge, zum guten Ende finden sie sich doch wieder zusammen. Unsere Genossen mögen deshalb die kurze Spanne Zeit noch fleißig benutzen, damit die Sozialdemokratie am Orte aus diesem kommunalen Wahlkampfe gestärkt hervorgehe.

Einen ihrer besten Beamten wird die Schöneberger Verwaltung in nächster Zeit verlieren. Herr Stadtrat Dr. Wild ist, wie wir erfahren, in unserer Nachbargemeinde Weiskensee von der dazu eingesetzten Kommission mit großer Mehrheit zur Wahl als Gemeindevorsteher empfohlen worden. — Die Befragung der zweiten Bürgermeisterstelle und der neugeschaffenen Kammererstelle, deren Bewerbungen am 25. d. M. ablaufen, wird die Kollegen in nächster Zeit beschäftigen.

Die städtischen Straßenreinerer haben an die Stadtverordnetenversammlung ein Gesuch um Verbesserung ihrer Lage gerichtet. Das Gesuch ist vorläufig dem Petitionsausschuß überwiesen worden.

Weiskensee.

Wurf wider Wurf. Nachdem der besoldete Schöffe bei der Bewerbung zum Gemeindevorsteher ausgefallen ist, scheint er der Wahl des Gemeindevorstehers kein Interesse mehr entgegen zu bringen. Die Kommission zur Prüfung der Bewerbungen hatte beantragt, die Wahl des Gemeindevorstehers am Dienstag nächster Woche vorzunehmen. Jedoch ist bis jetzt noch kein Wählernin angefernt, obwohl der Termin acht Tage vorher bekannt gemacht werden muß. Es scheint der Termin mit Absicht hinausgeschoben zu werden, im Gegenteil zum Verlangen der Gemeindevertretung, den Posten des Gemeindevorstehers so bald wie möglich zu besetzen.

Wegen Verleumdung des Amtsvorstehers von Neu-Weiskensee ist am 4. März vom Landgerichte II in Berlin der Kollereibesitzer Ernst Rertens verurteilt worden. Seine Revision wurde gestern, obwohl sie vom Reichsanwalte befürwortet wurde, vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Potsdam.

Unter dem Verdacht der Urkundenfälschung, des Betruges u. wurde in Potsdam auf freier Straße der jehige Rentier früherer Pianofortefabrikant Julius Gutzeit aus Berlin verhaftet. Gutzeit, welcher früher in sehr guten Verhältnissen lebte und mit der Tochter eines verstorbenen wohlhabenden Potsdamer Kaufmanns verheiratet ist, war seit einigen Jahren in Zahlungsschwierigkeiten geraten und ließ sich auf allerlei dunkle Finanzgeschäfte ein. Im Frühjahr betrieb Gutzeit mit einem Architekten eifrig das Projekt, in Potsdam die Häuser der Humboldtstraße, gegenüber dem Stadtschloß, vom Fuße der Langenbrücke bis zum Palast Barberin, durch eine Schloßfreibühnenallee niederzulegen, um so Raum für eine vom Kaiser gewünschte zweite Havelbrücke, welche die zukünftige elektrische Straßenbahn aufnehmen sollte, zu schaffen. Aus dieser Angelegenheit, durch welche Gutzeit seine Verhältnisse zu verbessern gedachte, ist aber nichts geworden. Als Gutzeit am Montag wie gewöhnlich von Potsdam, wo er an der Schwannendrücke eine Villa besitzt, nach Berlin fahren und an der Berlinerbrücke mit der Pferdebahn umsteigen wollte, wurde er durch einen Schuttmann verhaftet und später nach dem Moabitler Untersuchungsgefängnis gebracht.

Der Ansbau und die Weiterführung der Potsdamer Straßenbahn wird am Freitag die dortige Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen. Im Anschluß an den Neubau der Gliender Brücke beabsichtigt die Stadt innerhalb fünf Jahren unter Einführung des elektrischen Betriebes eine Ringbahn durch die im Kreise Teltow gelegenen Vororte Potsdams zu errichten. Von ihrem jetzigen Endpunkt an der Gliender Brücke würde die Bahn auf Doppelgleisen und mit Oberleitung über die neue Gliender Brücke, dann durch Klein-Gliender, Neubabelsberg und Rowaves-Neuendorf wieder nach Potsdam zurückzuführen, wofür bis jetzt der Langen Brücke wieder in das Straßennetz einmündet. Zugleich will die Stadt die elektrische Beleuchtung der neuen Gliender Brücke übernehmen.

Pantow.

Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung zu Pantow erteilte die formelle Genehmigung des mit den Separationsinteressenten unterm 13. Juli 1905 abgeschlossenen Vertrages. Eine Forderung der Rationalisationsgebietsordnung fand ebenfalls die Zustimmung der Gemeindevertretung. Ein Antrag der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft auf Bewilligung von Zugeständnissen hinsichtlich der Herstellung von Untergrundbahnen wurde dahin erledigt, daß man sich der gemeinsamen Beratung der Vororte und Berlin anschließen will, zu welcher bereits Termin am 28. d. M. im Berliner Rathaus angesetzt ist. Bei dieser Gelegenheit kamen wieder die Beschwerden gegen die Siemens-Bahn Pantow-Mittelstraße zur Sprache, die dahin ausklangen, daß man sich mit

der Berliner Verkehrscommission in Verbindung setzen soll, um in Zukunft mehr Berücksichtigung der Wünsche und Beschwerden Pantows zu erlangen. Der Entwurf zu einem Inspektorenwohnhaufe auf dem dritten Friedhofe der Gemeinde in der Schönholzer Heide wurde genehmigt und die Kosten in der Höhe von 36 000 M. hierzu bewilligt. Ein Antrag der Schulkommission, 600 M. Honorar für einen von der Gemeinde zu bestellenden Sprachlehrer zu bewilligen, wird einstimmig angenommen, da festgestellt ist, daß 90 Kinder in den Gemeindefachschulen Pantows mit Sprachlehren befaßt sind. Gemeindevertreter Professor Wendel erklärte sich bereit, die Kinder unentgeltlich darauf hin zu unterrichten, ob ein Heilverfahren angebracht ist, da Sprachstörungen vorkommen, welche unheilbar sind. Das Anerbieten des Professors Wendel wurde dankend angenommen. Bei der Bewilligung des Gehalts für einen neu anzustellenden Volksschulungsbeamten wurde von sozialdemokratischer Seite dagegen protestiert, daß man diese Beamten, welche mit Gemeindearbeiten überlastet sind, zur Einammlung von Kollekten für den Evangelischen Hilfsverein verwendet und damit noch mehr belastet. Der Gemeindevorsteher Gottschalk verteidigte die Verwendung der Beamten mit dem Hinweis auf die stete Hilfsbereitschaft dieses Vereins. Der Bureauvorsteher verwahrte sich dagegen, daß die Volksschulungsbeamten überlastet seien. — Auf Antrag unserer Genossen wurde einstimmig beschlossen, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung „Die Vergrößerung der Gemeindevertretung“ zu setzen.

Bernau.

Die Genossen in Bernau hatten zu Sonnabend eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung im Elysium einberufen, in der Genosse Grauer-Lichtenberg in ausführlicher Weise das Kommunalprogramm behandelte. In der darauf folgenden Diskussion appellierten eine Anzahl Redner an die Wählerschaft, zur Stadtverordnetenwahl zu agitieren. Als Kandidaten wurden die Genossen Werner, Hohensee und Helbig von der Versammlung aufgestellt. Die Agitation wurde einem Wahlomitee von drei Genossen übertragen und damit die Genossen Krüger, Hinge und Hoppe betraut.

Eberswalde.

In Eberswalde wurden drei Eindieher festgenommen, die lange Zeit die Gegend von Ober-Schönweide, Sabowa und weiter stromaufwärts heimgesucht haben. Als sie in Eberswalde mit einem Handwagen durch die Straßen fuhren, erregten sie den Verdacht eines Polizeibeamten. Dieser nahm sie fest und fand auf dem Wagen die Wäsche, die kürzlich dem Gastwirt Höflich in Ober-Schönweide gestohlen wurde. Die Eindieher sind junge Burken von 18-20 Jahren. Sie nennen sich Weber, Fretsch und Rantam. Wahrscheinlich sind dies solche Namen. Es wird vermutet, daß die Eindieher in Eberswalde ihren Fehler hatten.

Friedrichshagen.

Im Walde vergiftet hat sich gestern nachmittag die Ehefrau des Töpfermeisters Maria aus Friedrichshagen. Als man sie in der Nähe des Restaurants „Waldburg“ bei der Bahnhaltstelle Hirschgarten auffand, war sie bereits tot. Sie hatte Zisol genommen. Was sie dazu veranlaßte, ist nicht bekannt.

Diphtherie im Kreis Teltow. Die Diphtherie-Krankheit ist in größerem Umfange in Mittenwalde aufgetreten. Der zuständige Landrat des Kreises Teltow hat deshalb für den Umfang des Stadtbezirks Mittenwalde die allgemeine Anzeigepflicht nach Maßgabe des Regulativs von 1895 angeordnet. Diese Anzeigepflicht besteht darin, daß alle Familienhäupter, Haus- und Gastwirte, sowie alle Medizinalpersonen bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe schuldig sind, von den in ihrer Familie, ihrem Hause und ihrer Praxis vorkommenden Fällen der oben erwähnten Krankheit der zuständigen Ortspolizeibehörde umgesäumt schriftlich oder mündlich Anzeige zu machen.

Die plötzliche Einstellung des Hundefanges in den Bezirken seitens des Deutschen Tierchutzvereins, welche für die beteiligten Gemeinden um so überraschender kam, als der Bezirk tatsächlich in den früheren Jahren aus dem Hundefang in den Bezirken Ueberlück ergielte, hat diese Gemeinden in eine unangenehme Lage versetzt. In den meisten Ortsgemeinden ist ein Provisorium dadurch geschaffen, daß die Polizeibeamten angewiesen worden sind, auf maulkorblos in den Straßen umherlaufende Hunde zu achten und deren Besitzer zur Anzeige zu bringen, damit ihnen Strafmandate zugesandt werden können. Einzelne Gemeinden hatten schon früher einem „Privatunternehmer“ den Hundefang übertragen und zweifellos wird dieser, der bei Ausübung seines Berufes eine schöne Einnahme erzielt, sein „Geschäft“ wesentlich erweitern.

Berliner Nachrichten.

Das Nolite-Denkmal

auf dem Königsplatz wird heute unter großem militärischen Pomp enthüllt werden. Das der Symphonie und selbstlose der drei „Paladine“ alias Handlanger Wilhelms I. nun auch sein Denkmal erhält, ist vom patriotischen Standpunkt aus ja begreiflich. Drei volle Jahre hat es gedauert, bis das Standbild vollendet werden konnte, und die Art und Weise, wie für das Denkmal unter den deutschen Offizieren Sammlungen veranstaltet wurden, ist noch in peinlichster Erinnerung. Auf die erwähnte Weise kam ein Betrag von 650 000 M. zusammen. Was ist nun für diese Summe von dem Bildhauer Lipshues geleistet worden? Diesem Künstler hat der Kaiser bekanntlich die Herstellung des Denkmals, ohne irgend eine Konkurrenz zu veranstalten, übertragen. Wir erfahren da, daß zur Architektur 320 Kubikmeter oder mehr als 20 000 Zentner Rohmaterial nötig war und daß der Block, aus dem die Figur von 5,50 Meter Höhe gemeißelt ist, ein Gewicht von 1710 Zentner hatte. Unten am Sockel zieht sich in monumentalen Buchstaben die viel besprochene und wenig verständliche Inschrift herum, die Professor Schmalz verfaßt hat und die folgendermaßen lautet: „Dem rechten Volk zur rechten Zeit der rechte Mann im rechten Streit. Gottes Würfel fallen immer, wie sie auch fallen, auf die rechte Seite.“ Sonst ist das Postament ohne Schmuck. Als der Kaiser Herr Lipshues den Auftrag gab, wünschte er von vornherein ein Denkmal „ohne Poesie und Allegorie“. Die architektonische Anlage hat eine Gesamtbreite von 55 Meter. Eine abgerundete Haupttreppe von neun Stufen und zwei kleineren Seitenaufgängen führen zu dem markornbedeckten Plateau, das im Grundriß ein Oval bildet. Auf Balustraden hat man verzichtet. Die aus den großen Platten zusammengesetzte Rückwand trägt an den

Jugen Medallionreliefs mit gekreuzten Marschallkränzen, die kleineren vorderen Bandungen sind mit schlichten Vorberornamenten geschmückt. Das Motiv-Denkmal ist das größte Marmordenkmal, das Berlin besitzt.

Künstler nennen den Eindruck des Denkmals nicht und meinen, daß die Figur zu klein ausgefallen sei gegen die kräftigen Architekturtreile. Dann fällt es in künstlerischen auf, daß der Preis des Denkmals ungemein hoch ist; es wird erzählt, daß Herr Lubowes einen Gewinn von einer halben Million an dem Standbild erübrigt habe. Der Firma in Mosierfelden (Bayern), welche das Denkmal hergestellt hat, ist, wie uns mitgeteilt wird, die Summe von 205 000 M. gezahlt worden; hierfür hatte sie sämtliche Arbeiten einschließlich des Aufstellens der Figur zu leisten. Die Arbeiter in dem bayerischen Werke scheinen nicht sonderlich zufrieden mit ihrer Entlohnung gewesen zu sein, denn mehrfach fühlten sie sich genötigt, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Figur selbst ist von dem Laaser Marmorwerken (Fritz Zeller u. Co.) für den Betrag von 20 000 M. ausgeführt; für das Ueberarbeiten der Figur erhielt Herr Bildhauer Casol hier selbst 3500 M. Hierzu kommen noch die Fundamentierungsarbeiten, die annähernd 20 000 M. kosten mögen, sowie das Honorar für den Architekten Prof. Schmalz, das, hoch gegriffen, 10 000 M. ausmachen kann. Alles in allem kommen 318 500 M. heraus, so daß hiernach 531 500 M. für Herrn Professor Uphues übrig blieben. Ein sehr anständiges Künstlerhonorar, bei dem am Ende doch eine bessere Entlohnung der Arbeiter übrig gewesen wäre.

Ueber den Kampf, den Staat und Straßenbahn in der Angelegenheit des Tunnelprojektes gegen die Stadt Berlin führen, unterrichtet eine Mitteilung, die ein Berichterstatter im Interesse der Großen Berliner Straßenbahn der Presse zufindet. Der Berichterstatter der Großen teilt mit, daß die beiden Magistratsmitglieder, die „auf ihr Ansuchen zugelassen (!) wurden“, als das Tunnelprojekt durch Vertreter der Aufsichtsbehörden beraten wurde, „ziemlich schlecht abgehandelt“ hätten. Im einzelnen meldet der Bericht: Stadtbaurat Krause brachte die Einwände vor, welche Tags zuvor schon Oberbürgermeister Kirchner in der Stadtverordneten-Versammlung geltend gemacht hatte: der Entwurf der „Großen Berliner“ sei nur „Kittzengestalt“, er dürfe die älteren Projekte der Stadt nicht stören und die städtischen Behörden würden nur ihre Zustimmung geben, wenn die Straßenbahn anerkenne, daß von 1920 ab der Stadt das Verkehrsrecht zustehe. Es wurde entgegnet: von „Stützen“ könne gar nicht die Rede sein, die Pläne für neue Bahnhöfe u. a., die dem Landtage behufs Gelbbewilligung vorgelegt würden, pflegten ebenfalls nur generell gehalten zu sein. „Stützenhaft“ wären die ersten Pläne gewesen, welche der Magistrat mit dem Antrage auf Genehmigung der Straßenbahnlösungen sowie eines Unterpfaster-Vertrages eingereicht hätte. Das Projekt der Straßenbahn sei demgegenüber ausreichend begründet, um seine technische Ausführbarkeit beurteilen zu können. Was die „älteren Projekte“ anbetreffe, so möge doch nur eins genannt werden, das fertig oder genehmigt sei. Die Rechtsfrage, wie sich das Verhältnis der Stadt zu der „Großen Berliner“ nach 1920 stellen werde, sei hier völlig auszuscheiden; für die Aufsichtsbehörden handele es sich lediglich um die Prüfung der Fragen: entspricht das Tunnelprojekt den Verkehrsinteressen bzw. ist es geeignet, der Verkehrsnot abzuhelfen und ist es technisch ausführbar. Berührend wurde aber hinzugefügt, daß die Aufsichtsbehörden die Möglichkeit der Kreuzung verschiedener Straßentunnel nicht außer acht lassen würden. Nach dem ganzen Verlaufe der Tunnelkonferenz neigt man jetzt auch in städtischen Kreisen der Ansicht zu, daß das Projekt der Großen Berliner Straßenbahn sich der vollen Sympathie der Aufsichtsbehörden erfreut und von diesen zweifellos dem Magistrat zur Genehmigung empfohlen werden wird. — So wird in der Öffentlichkeit für die Pläne der Großen Berliner und gegen die Stadt Stimmung gemacht.

Auf Ungelegliches im roten Hause macht die „Vollsitz.“ aufmerksam. Sie erinnert daran, daß nicht allein Baurat Herzberg auswärts wohnt und daher sein Stadtvordernammandat zu Unrecht ausübt, sondern auch die Stadtvordernamens Sanitätsrat Dr. Neumann und Justizrat Dr. Friedemann in Berlin keinen Wohnsitz haben. Diese Angelegenheit wurde kürzlich in einer Versammlung besprochen. Zur Entschärfung dieses ungeleglichen Zustandes wurde geltend gemacht, daß nur wegen der Verdienste, die die beiden Herren sich als Stadtvordernamene erworben hätten, namentlich aber, weil man den der Versammlung seit Jahrzehnten angehörenden Sanitätsrat Dr. Neumann nicht habe kränken wollen, (!) über den Umstand, daß sie nicht wählbar seien, hinweggesehen habe. Weiter wurde zur Vermittlung mitgeteilt, daß Herr Neumann, dessen Mandat jetzt abläuft, ein Mandat nicht wieder annehme, der ungelegliche Zustand also von selbst aufhören werde. — Wenn liberale Stadtvordernamene in Betracht kommen, kann man eben fünf gerade sein lassen.

Mit der Abrüstung der alten Befestigung in der Friedrichstraße ist nunmehr begonnen worden, nachdem die elektrische Beleuchtung in der ganzen Ausdehnung des Straßenzuges zur Einführung gelangt ist. Die Gasandeleiter sind bereits abmontiert, und in den nächsten Tagen wird mit der Entfernung der Laternenpfähle begonnen werden. Durch die Beseitigung der den Bürgerseig bedingenden Eisenträger wird eine Verschönerung des Straßenzuges, vor allem aber eine Verbesserung der Fußgängerpassage herbeigeführt.

Der Inspektor des Berliner Gemeindefriedhofes bei Friedrichs-felde hat am Mittwoch eine Szene aufgeführt, die kennzeichnend für ihn ist. Uns war mitgeteilt worden, daß in der Irrenanstalt Perzberge eine Frau Vogt verstorben sei, die einige Tage vorher aus dem Siedehaus Frobelsfelde eingeliefert worden war, nachdem sie dort infolge einer Verwechslung mit einem falschen Medicament behandelt worden und dann schwer erkrankt war. Da wir den Wunsch hatten, Angehörige der Frau V. kennen zu lernen, so sandten wir zur Vererdigung einen Mitarbeiter hin, der sich Adressen geben lassen wollte. Als unser Mitarbeiter vor Beginn der Leichenfeier und außerhalb der Leichenhalle sich einigen Personen aus dem Gefolge vorstellte, wurde ihm gesagt, man habe ohnedies die Absicht gehabt, sich an den „Vorwärts“ zu wenden. Es entspann sich dann über Frau V. und ihren Tod eine Unterhaltung, die der vor der Halle umherstehende Inspektor mit anhörte. Nachher begab sich das Gefolge noch vor Anbruch des Pastors in die Halle, und unser Mitarbeiter hat, sich anschließen zu dürfen. Drinnen notierte er eine Adresse, die eine mit der Verstorbenen nicht verwandte Frau E. ihm gab. Da betrat eiliges Schrittes der Inspektor die Halle und fragte strengen Blickes den ihm offenbar unsympathischen Gast, wer er sei. Dieser erwiderte, das sei eigentlich gleichgültig, doch stelle er, wenn's ihm durchaus interessiere, sich als Vertreter des „Vorwärts“ vor. Darauf schalt der Inspektor in lautem, erregtem Tone: „Ja, warum machen Sie sich denn hier Notizen, hier in der Nähe einer Leiche? Wahren Sie doch wenigstens den Anstand!“ Der Gast erwiderte: „Eben mit Rücksicht auf die Nähe einer Leiche wünsche ich diese Unterhaltung hier nicht fortzusetzen. Draußen will ich mich Ihnen zur Verfügung stellen.“ Er folgte dem Inspektor und erklärte draußen dem weiter stehenden Herrn: „Ich halte es für durchaus unangemessen, in der Nähe einer Leiche einen erregten Wortwechsel zu beginnen. Das sind meine Begriffe von Anstand.“ Der Herr bemühte sich dann allmählich. Nachher aber gab er noch eine zweite Probe seines Inspektortones zum besten. Gegenüber einem Teilnehmer des Leichenbegängnisses, einem Herrn D., der neben ihm vor der Leichenhalle stand, äußerte er seinen Unwillen darüber, daß der Pastor so lange auf sich warten lasse. Er räsonnierte: „Aber ich sollte ihn mal eine halbe Stunde warten lassen, da könnte ich was zu hören kriegen!“ Als der Herr Pastor nach genau einer halben Stunde eintraf, war der Herr Inspektor desto devoter. — Ueber den Todesfall selber werden wir voranschicklich morgen Mitteilung machen. Vorläufig hat ein Bruder der Verstorbenen die Staatsanwaltschaft um Untersuchung gebeten.

Ueber einen ungläubigen Fall von Schäfermiffhandlung gibt das folgende, vom Arzt der Unfallstation 17 in der Badstraße 67 angestellte Attest Kunde: „Der Schüler Paul Sch. ist von seinem Schullehrer, Herrn K., mit einem Rohrstod und einer Schirmtrüde schwer mißhandelt worden, nachdem er das Klassenzimmer hat zumachen lassen. Der Knabe wurde eine Stunde später mit vorgestellter und dabei wurde folgender Befund erhoben: Beide Gehirnhälften, die Oberextremität und der Rücken hinauf bis zu den Schulterblättern, ferner beide Oberarme weisen blutunterlaufene, stark geschwollene Hautstrichen auf, stellenweise drei Finger dick. Besonders der linke Oberarm und der rechte Oberarm zeigten Folgen sehr roher Mißhandlung. Die linke Gesichtspartie ist stark gerötet und angeschwollen, Venen auf dem Kopfe deuten auf Schläge mit einem Instrument hin. Der Kopf schmerzte sehr, der Zunge kann sich nicht hinlegen und klagt über die Beine und Arme. Die Nüchternheit ist als eine sehr rohe anzusehen und hätte leicht zur dauernden Beeinträchtigung der Gesundheit des Schülers führen können. Der Junge muß für die nächste Zeit das Bett hüten.“

Der erste größere Schneefall erfolgte in der Nacht zum Mittwoch und überzog Straßen und Plätze mit einer weißen Decke, die jedoch innerhalb der Stadt Berlin wenig Bestand hatte und sich nach kurzer Zeit in Wasser auflöste. Die Umgebung der Hauptstadt dagegen zeigte bis in die späten Vormittagsstunden hinein eine echte Winterlandschaft. Auf den zum großen Teile noch das Herbstgemüßtragenden Feldern lagert die Schneedecke 3—5 Zentimeter hoch und die gestern morgen hier eintreffenden Eisenbahnzüge, wie auch die Milch- und Gemüßwagen aus den Vororten waren ebenfalls mit einer dichten Schneedecke belegt. Der Schnee war um so haltbarer, als die Temperatur am Morgen erheblich gefallen war. Das vorzeitige Eintreten des Winters verursacht der Landwirtschaft einen ganz empfindlichen Schaden, da die anhaltende Kälte die Vornahme der Ernte der Herbstgemüße sehr erschwert hat.

Der Hausdiener Kamm, der in der letzten Schwurgerichtstagung wegen Totschlages an lebensfähiger Zuchthausstrafe verurteilt worden ist, hat durch seinen Verteidiger Dr. Karl Löwenthal von dem Rechtsmittel der Revision Gebrauch gemacht.

Der Restaurateur Herr Gustav Schwarz in Regelort ersucht uns darauf hinzuweisen, daß er mit dem Manne, der vorgestern von einem Dampfer ins Wasser gesprungen ist, nicht identisch ist. Die Leiche des erwähnten Mannes ist übrigens noch nicht gefunden worden, auch ist seine Person noch nicht festgestellt.

Auf dem Gut Stolpe soll die Cholera völlig erloschen sein. Bereits seit einer Woche befindet sich weder ein Cholerafranker noch ein Bazillenträger in den Baracken. Die Medizinalkommission haben die Seuche für erloschen erklärt und den Arzt, der mit der ständigen Ueberwachung betraut war, von Stolpe zurückgezogen. Die Schmitzer Ueberleben wieder frei und die Verdarmen haben bis auf zwei den Ort verlassen. Alle acht Tage kommt wegen der Sicherheit bis auf weiteres der Arzt nach dem Gute und untersucht die Angestellten, ob noch irgend ein Verdacht vorliegt. — Nach allem kann der Pächter des Gutes wieder neue Galizier importieren und ihnen Gefasse zuweisen, die als Schweinehälle zu schlecht sind.

Taunischrauben. Eine Korrespondenz meldet: Der Abbruch der neun großen Gebäude, welche die Fischer-Gesellschaft angekauft hat, um auf dem vereinigten Tiefengrundstück ein Hotel in amerikanischem Stile zu errichten, ist nahezu vollendet. Aus dem umfangreichen Schutt- und Trümmerfeld ragt nur ein Gebäude der Vernichtung trodend noch empor. Es ist das dreistöckige Haus, welches der Zigarrenhändler Thormeyer, der darin seit dreißig Jahren sein Geschäft betreibt, an die Gesellschaft für 850 000 Mark verkauft hat. Inzwischen ließ er sich von der Hotelgesellschaft auch noch das Jungständer machen, daß ihm der Erlös des zukünftigen Hotelgebäudes Leipzigerplatz-Königsgräberstraße durch Kontrakt für die Dauer von zwanzig Jahren zum Fortbetriebe seines Zigarrengeschäftes vermietet würde. Nun aber will Herr Thormeyer sein altes Geschäft nicht eher räumen, als bis ihm in dem neuen Hotelgebäude der Erlös des alten Geschäftsbetriebes gebührend eingekauft ist. Es ist dieses also eine völlig unerfüllbare Forderung, da doch die Gesellschaft den Neubau nicht eher begeben kann, als bis ihr durch Räumung des alten Thormeyerschen Hauses der Abbruch ermöglicht ist. Herr Thormeyer seinerseits erklärt, daß sich seine Kunden, die er sich durch dreißigjährige Tätigkeit erworben, verlaufen würden, wenn er das Geschäft schlichte, ohne gleich das neue Lokal beziehen zu können. Er beziffert den ihm daraus erwachsenden Schaden nicht gerade allzu niedrig, so daß eine Einigung mit der Fischer-Gesellschaft ausgeschlossen erscheint und sich infolgedessen die Zivilgerichte mit der eigenartigen Rechtsfrage zu beschäftigen haben werden. Erwähnenswert ist ferner, daß der Besitzer der in demselben Hause befindlichen Potsdamer Bierhalle seine Wstansfordorderung neuerdings auf 350 000 Mark erhöht hat.

Ein Fernsprecher im Kriminalgericht. Einen Mangel, der sich im Kriminalgerichtsgebäude schon recht häufig sehr fühlbar gemacht hat, ist nun endlich abgeholfen worden: seit vorgestern ist im Haupt-Vestibül eine Fernsprechkabine mit einem automatischen Fernsprech-Apparat aufgestellt worden, dessen Benutzung gegen Entrichtung des üblichen Obolus jedermann gestattet ist. Den Schlüssel zur Kabine verwahrt der Pförtner.

Ein böses Ende hat die Vermögensgafahrt zweier fideles Hausdiener genommen, die mit unterschlagenem Gelde das nächste Berlin als Ziel erkoren hatten. Der Hausdiener Schulz, ein Rheinländer, war in der Heilanstalt „Wilsenstraße“ angesetzt und hatte von einem Gast der Anstalt den Auftrag bekommen, tausend Mark von der Post abzuholen. Mit diesem Gelde bestieg der junge Mann einen Zug, der gerade zur Abfahrt bereit stand, und fuhr nach Berlin, wo auch er einmal in Freuden leben wollte. Er besorgte das so gründlich, daß er Tag und Nacht nicht mehr zur Vernunft kam. In einer Anniernstippe hielt er schließlich alle Gäste frei und machte eine Beute von 500 Mark. Dafür schmückten ihn die Kellnerinnen mit bunten Bändern und Blumen und setzten ihn so in eine Droschke. Ein Wagen aber genügte Schulz nicht. Eine zweite Droschke ließ er dann vorausfahren, damit es so aussehe, als ob er „diere lang“ fahren würde. Der sonderbare Wagenzug mit dem buntgeschmückten Fahrgast ging nach Bries; dort fiel er einem Gendarmen auf, der die Erzählung des Schulz, er habe sich 900 M. gespart und von seinem Chef vier Wochen Urlaub erhalten, nicht glaubte. Vor der Kriminalpolizei, der er zugeführt wurde, legte Schulz ein Geständnis ab. Er wurde, daraufhin nach Noabit gebracht. Dort endigte auch die Fahrt des Hausdieners Karl Böhm. Dieser hatte von einem Kollegen in Werder 50 Mark bekommen, für die er ihm ein Fahrrad kaufen sollte. Dieses verschaffte sich D., jedoch billiger, indem er das erste beste Rad, das er herrenlos auf der Straße sah, stahl. Mit den 50 Mark kam er nach Berlin zurück, um sich einmal einen „fideles Tag“ zu machen. In einer Kneipe mit weiblicher Bedienung gab Böhm mehr Geld aus, als zu seinem schlechtesten Anzug passen wollte. Ein Kriminalbeamter, der hierdurch auf ihn aufmerksam wurde, nahm ihn ins Gebet. Reumütig gestand D. alles ein.

Die Sammeliste 6133 zur Stadtverordnetenwahl ging verloren. Der Finder wird gebeten, die Liste beim Genossen Riepman, Linienstr. 142, abzugeben.

Eine Protestversammlung gegen die Heilsarmee soll nächsten Montag abgehalten werden. Eine bis dahin unseres Wissens nicht an die Öffentlichkeit getretene Gemeinschaft zur Erörterung sozial-ethischer Fragen, die Wullenweberstr. 6 ihre Geschäftsstelle hat, teilt uns mit, daß sie am erwähnten Tage, abends 9 Uhr, nach dem Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12, eine Versammlung einberufen hat, in der der ehemalige Heilsarmee-Offizier Reigle sprechen wird. Dieser Herr hat kürzlich in einer Droschke die Zustände in der Heilsarmee beleuchtet.

Bei der Leistung der Beute überrascht wurden gestern nachmittags zwei Einbrecher in der Linienstraße. Sie waren dabei, auf einem Inzeratenteil veranlt.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlt.: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Neubau einen Korb mit Wäsche auszuwickeln, als ein Schühmann, der ihn verächtliches Beginnen gesehen hatte, dazu kam. Einer von ihnen ergriff rechtzeitig die Flucht, der andere dagegen, ein Stallschweizer Johann Stanned, wurde ergriffen. Er redete dem Beamten vor, daß er den Auftrag habe, den Korb zu einer Frau in der Lotzringstraße zu bringen, weil er aber diese Frau durchaus nicht finden konnte, so brachte der Schühmann ihn mit der Beute zur Wache und von dort zur Kriminalpolizei. Stanned war früher auf dem Grundstück Weinbergsweg Nr. 8 in Stellung gewesen und wußte dort genau Bescheid. Es war ihm auch bekannt, daß ein Mädchen, das in Schöneberg bei einer Offiziersfamilie dient und sich demnach verheiratet will, seine ganze Aussteuer in dem Korb bei einer Schwägerin am Weinbergsweg 8 untergestellt hatte. Mit seinem Helfershelfer hatte er nun die Kammer mit einem Beile erbrochen und die Aussteuer gestohlen.

In der Hofmannstraße fand eine Kesselexplosion statt. Am Seitenflügel des dortigen Grundstücks Nr. 17 haben die Akkumulatorkwerke von Limpke u. Co. S. m. B. G. ihre Fabrikräume. In einem derselben, in welchen chemische Substanzen hergestellt werden, erfolgte gestern nachmittags das Unglück. Bei einem mit kochendem Wasser angefüllten Kessel war die Dichtung verschlossen gewesen und die zwischen dem Dedel und Wasser befindlichen Gase explodierten plötzlich unter lauter Detonation. Da sich eine ganze Reihe von Arbeitern in dem Raum befanden hatten, glaubte man anfangs die Explosion habe furchtbare Folgen nach sich gezogen. Bis auf den Arbeiter Otto Stripple waren die übrigen Personen mit einer kurzen Betäubung davongekommen. St. hatte durch umherliegende Glascherben erhebliche Verletzungen an den Füßen davongetragen und wurde in einem Krankenwagen nach dem Urban-Krankenhaus gebracht.

Gorki, dem Künstler und dem Menschen, dem Kämpfer für Wahrheit in Leben und Kunst, wird der nächste vollständige Abend der Charlottenburger Volkskunstkommission gewidmet sein. Als rezitatorische Kräfte haben sich Frau Prof. Awaß-Hiller und Oberregisseur Julius Türk vom Theater des Westens, als Sängerin Elise Segal und Kurt Walter Goldschmidt für den Vortrag der veranstaltenden Kunstkommission zur Verfügung gestellt. Karten a 50 Pf., einige numerierte Plätze a 1 M. sind in allen Charlottenburger Buchhandlungen sowie im Dürer-Haus und Verein zur Förderung der Kunst Genthinerstr. 17, zu haben.

Der in der Berliner Arbeiterschaft sich des besten Rufes erfreuende Schwimmklub „Vorwärts“ Berlin, Mitgl. d. Arb.-Schwimmerbundes, ersucht uns mitzuteilen, daß er am Sonntag, den 29. Oktober d. J., zwei große Schauschwimmen in den städt. Volksschwimmbädern an der Säulingsbrücke (Zentrum) und in der Wärschstraße (Lola) abzuhalten gedenkt. Anfang 8 Uhr. Eintritt inkl. Nachfeier mit Preisverteilung, humoristischen Vorträgen und Tanz in den Andreas-Festhällen, Andreasstr. 21, nur 50 Pf. Um zahlreichen Zutritt zu bitten.

Das Volk dürft nach Wissen. Die wahr dieser Ausdruck ist, beweisen die von der Freireligiösen Gemeinde arrangierten Vorträge des Herrn August Kahl über „Die Abstammung des Menschen“. Sämtliche bisher stattgefundenen Vorträge waren so stark besucht, daß trotz der großen Säle, trotz Entfernung der Tische, Tausende zurückgewiesen werden mußten. Herr August Kahl hat sich daher entschlossen, noch einen Tag zu opfern und hält am heutigen Donnerstag, den 26. d. Mts., den Vortrag noch einmal in der „Neuen Welt“, Hakenstraße 109/114. Wir machen auf das heutige Inzerat in unserem Blatte besonders aufmerksam.

Im Arbeiterinnenheim II, Ufedomstr. 7, findet am Sonntag ein Gesellschaftsabend mit Theateraufführungen und Tanz statt. Mädchen und Frauen sind willkommen. Eintritt frei. Anfang 6 Uhr.

Zweite Hochschule. Am nächsten Freitag, den 27. (abends 9 1/2 Uhr), beginnt Herr Simon Kapfenlein in der Freien Hochschule (Aula des Königl. Gymnasiums) seinen Zyklus über: „Das Strafrecht und seine Reform“. Am Sonnabend, den 28. (abends 8 1/2 Uhr), findet der erste Einzelvortrag dieses Quartals im Bürgercafé des Rathhauses statt. Herr Dr. Bruno Wille wird aus seinem noch ungedruckten Roman: „Die Abendburg“ (Roman eines Buschpredigers), vorlesen. Zur Vorlesung gelangt der Abhandlung: „Die Magdeburger Blutgerichtszeit“. Für diesen Vortrag sind Karten a 50 Pf. in den bekannten Verkaufsstellen zu haben. Für die Mitglieder der Freien Volkshöhe und der Gewerkschaften Karten zu ermäßigten Preisen im Gewerkschaftshaus bei Gorki.

An der Freien Hochschule zu Berlin hält auch in diesem Winter Herr Dr. Magnus Heischel-Charlottenburg einen Kursus über „Das Geschlechtsleben und seine Befeh“. Der Vortragszyklus, welcher die ganze sexuelle Frage mit besonderer Veranschaulichung der sexuellen Hygiene behandelt und durch zahlreiche Tafeln und Präparate unterstützt wird, beginnt am Montag, den 31. Oktober, abends 8 Uhr in der Aula des Königl. Gymnasiums.

Zum Besten der Ausgesperrten in der Elektrizitäts-Industrie veranstaltet der Gesangverein „Reu erwaicht“ unter Mitwirkung der Leipziger Sänger (Klug-Neumann) und der Konzertkapelle Sonntag, mittags 12 Uhr, in Ballschmieders Salon, Badstraße 46, eine Matinee mit ausgewähltem Programm. Der Eintritt kostet nur 25 Pf.; es ist daher wohl auf zahlreichen Besuch zu rechnen.

Eine Wohltätigkeitsmatinee zum Besten der Ausgesperrten in der Elektro-Industrie findet Sonntagmittags Punkt 12 Uhr im Cirkus, Landsberger Allee 40/41, statt. Das Konzert, an welchem die Humoristen Schmelzer und Sönrich mitwirken, ist veranstaltet von den Gesangvereinen „Harmonie-Ost“ und „Generalb.“ und vom Musikverein „Hoffnung-Ost“. Das Programm kostet 25 Pf. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Teßnows Volksgarten Hakenfelde des Spandau. Sonntag, den 29. Oktober 1905: Großes Wurstessen verbunden mit Tanzkränzchen. mogu ich alle meine merkten Bekannten, Freunde und Bekannten hiermit ganz ergebenst einlade. Hochachtungsvoll Max Teßnow.	METZNER Kinderwagen Korbwaren, Bettstellen Grüßtes Lager Berlins Andreasstr. 23, Brunnenstr. 95 Beusselstr. 67, Leipzigerstr. 54-55 Verkauft Hof in fehrgehenden. 1000 Mark zahle jedem, der mir in Berlin ein größeres Melohaus special-Geschäft in der Branche am das wenigste nachweist. Katalog gratis. Frettschen, Alts verkauft: Damann, Gregerstraße 8. 182
---	--